



16.025

**Förderung von Bildung,
Forschung und Innovation
in den Jahren 2017–2020****Encouragement de la formation,
de la recherche et de l'innovation
pendant les années 2017–2020***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.06.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.09.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.09.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.09.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.09.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.11.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.16 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir über Verpflichtungskredite befinden und somit die mitberichtende Finanzkommission gemäss Artikel 50 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes über dieselben Rechte verfügt wie die federführende WBK. Das bedeutet, dass die Anträge der Finanzkommission auf der Fahne aufgeführt sind und im Rat mündlich begründet werden können. Die Sprecher der mitberichtenden Finanzkommission sind die Herren Hausammann und Bourgeois.

Das Geschäft umfasst insgesamt 16 Vorlagen. Wir führen eine gemeinsame Eintretensdebatte. Die Sprecher der mitberichtenden Finanzkommission und Herr Maire für seine Minderheit I der Finanzkommission werden bereits im Rahmen der Eintretensdebatte das Wort erhalten, sich dafür in der Detailberatung dann aber nicht mehr äussern.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich möchte bei diesem Geschäft vorausschicken, dass es sich um mehrere Neuheiten handelt, obwohl die BFI-Botschaft ja an und für sich als Geschäft und als Gefäss bekannt ist. Es ist die erste BFI-Botschaft, die wir diskutieren, die nach den Kriterien bzw. Prozeduren des neuen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes aufgebaut wurde. Das heisst, dass man dann eigentlich via die Rektorenkonferenz die Anträge in der Hochschulkonferenz behandelt. Dieses Mitbestimmungsrecht der neuen Gremien wurde auch schon in anderen Bundesbeschlüssen sichtbar.

Die Botschaft umfasst Mittel in der Höhe von rund 26 Milliarden Schweizerfranken über die vier Jahre verteilt. Im Kern geht es um Folgendes: Es geht um die Finanzierung der bundesseitigen Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, der Hochschulen – das umfasst namentlich den ETH-Bereich, die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen – und der Weiterbildung sowie von Forschung und Innovation. Sie sehen, der BFI-Bereich ist sehr breit, und es ist der grösste Verpflichtungskredit unter den Geschäften, die man finanzpolitisch diskutiert.

Die Förderschwerpunkte in dieser Periode sind die vier folgenden – ich fasse sie einfach auf vier zusammen, weil die Zeit sonst nicht reicht -:

Der erste Schwerpunkt ist, die höhere Berufsbildung zu stärken, insbesondere im Bereich der Finanzierung der Prüfung der höheren Berufsbildung. Das ist wahrscheinlich die grösste Neuerung. Der Bund verpflichtet sich hier, mit der Änderung des Berufsbildungsgesetzes, den Leuten, die einen Vorbereitungskurs für eine Prüfung der höheren Berufsbildung besuchen, stärker unter die Arme zu greifen.



Der zweite Schwerpunkt betrifft den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es ist immer mehr so, dass bei verschiedenen Hochschultypen der wissenschaftliche Nachwuchs zu wenig gefördert werden kann. Es ist auch spürbar, dass bei einigen Hochschultypen vor allem ausländisches Personal eingestellt werden muss, weil es an inländischen Leuten fehlt, die eine akademische Karriere machen wollen. Es ist auch ein zentrales Anliegen dieser Vorlage, dass man den eigenen Leuten im Land eine solche Karriere ermöglichen bzw. erleichtern kann. Der dritte Schwerpunkt ist die Ausbildung in Humanmedizin. Man versucht insbesondere im ETH-Bereich, die Humanmedizin auszubilden zu stärken. Denn wie Sie ja wissen, bilden wir zu wenige Hausärzte aus. Mit dieser BFI-Botschaft kann ein effektives positives Momentum genutzt werden, indem man diesen Teil integriert und dann auch die entsprechenden Finanzen bereitstellt.

Der vierte Schwerpunkt, den ich erwähnen möchte, ist die Investition in Forschung und Innovation. Wir haben erst kürzlich, d. h. gestern, die Differenz beim neuen Innosuisse-Gesetz ausgeräumt. Die Innosuisse, die ja die Nachfolgerin der KTI ist, wird über den Bereich, den wir heute diskutieren, finanziert. Ebenfalls finanziert wird der Schweizerische Nationalfonds, und in Vorlage 9 werden dann die verschiedenen Tatbestände nach dem Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz finanziert, namentlich die Technologiekompetenzzentren. Dort entstehen auch neue Dinge.

Das ganz kurz zum Inhaltlichen dieses Geschäftes.

Gesetzlich haben wir auch noch einige Vorgaben zu erfüllen. Der Bund hat einen 25-prozentigen Anteil an den öffentlichen Berufsbildungsausgaben zu finanzieren, und diesen 25 Prozent will diese Botschaft nachleben. Es geht auch darum, das habe ich teilweise schon erwähnt, dass man im Rahmen dieser Botschaft fünf verschiedene Bundesgesetze anpasst. Darunter sind das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz, das ETH-Gesetz und das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, die angepasst werden, um nur drei von ihnen zu nennen. Diese sehen Sie dann ab Vorlage 11. Alle Vorlagen nach Vorlage 10, also die Vorlagen 11 bis und mit 16, beinhalten materielle Änderungen von Bundesgesetzen. Die ersten zehn Vorlagen betreffen Verpflichtungskredite, über die wir jeweils einzeln abstimmen werden.

Bezüglich des Ablaufs der Beratungen hat die Präsidentin vorhin ausgeführt, dass erstmals auch die Finanzkommission gleichberechtigt bzw. antragsberechtigt ist. Es ist so, dass die Finanzkommission diese Vorlage am 22. März 2016 diskutiert hat, aber ausschliesslich aufgrund von finanzpolitischen Argumenten; sie hat sonst keine inhaltliche Debatte geführt. Die Beratungen in der WBK fanden am 15. April mit Anhörungen bzw. am 26. und 27. Mai mit der Eintretensdebatte und der Detailberatung statt.

Die Diskussion in der Kommission hat sich etwa wie folgt ergeben: Die WBK des Nationalrates hat ja mit der Motion 15.3011 bereits einmal einen Vorstoss gemacht, um den BFI-Bereich in der Periode 2017–2020 ausreichend mit finanziellen Mitteln auszustatten; dies aus folgenden Gründen: Wir haben uns schon damals gesagt, dass es wichtig ist, einerseits das Wachstum bei den Studentenzahlen finanzieren zu können, andererseits aber eben auch die neuen Aufgaben, von denen ich Ihnen vorhin Teile erläutert habe, ausreichend alimentieren zu können. Das war ganz grundlegend in etwa die Ausgangslage in der Kommission.

Bei den finanzpolitischen Argumenten ist es so – das ist eine ganz wichtige Botschaft, die ich Ihnen heute Morgen mitgeben möchte -: Wir haben einen vierjährigen Verpflichtungskredit vor uns. Wenn Sie die Botschaft des Bundesrates lesen, sehen Sie, dass dort eine sehr, sehr wichtige Aussage gemacht wird. Diese Aussage lautet, dass die beantragten Verpflichtungskredite nur bei einer positiven Entwicklung der Haushaltlage finanzierbar sind bzw. der Zahlungsrahmen als Obergrenze gilt. Das heisst, wenn man über Verpflichtungskredite bei der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Sicherheit oder bei anderen Dingen spricht, muss man sagen, dass hier das genau gleiche Prinzip gilt. Wir haben letzte

AB 2016 N 944 / BO 2016 N 944

Woche der Vorlage zur Entwicklungszusammenarbeit ein sehr weites Korsett gegeben. Es wäre schade, wenn man dann ausgerechnet bei der Bildungspolitik, bei der es um die Inländer, um unser inländisches Potenzial geht, schon mit dem Nachteil eines engeren Korsetts in die Budgetberatungen steigen würde. Das wäre äusserst bedauerlich. Das ist ein zentrales Argument, das ich Ihnen mitgeben möchte. Es ist ein vierjähriger Verpflichtungskredit, der nur ausgefüllt werden kann, sofern es die Haushaltlage des Bundes zulässt. Denken Sie in den nächsten paar Stunden darüber nach, was das bedeuten könnte.

Ich möchte bei den bildungspolitischen Herausforderungen zum Schluss noch zwei Dinge erwähnen. Erstens ist der BFI-Bereich international das Prunk- und Sahnestück unseres Landes. In den wenigen Jahren, da ich in diesem Hause politisieren durfte, konnte ich Delegationen aus Deutschland, Frankreich, Finnland, den USA, China und Korea begrüßen, um nur ein Thema zu diskutieren: die duale Berufsbildung und den dualen Hochschulraum. Das ist international das Sahnestück dieser Bildungslandschaft. Zweitens sind alle



Massnahmen, die wir in diesem Saal beim Inländervorrang oder bei irgendwelchen Dingen zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative diskutieren werden, wo man vielleicht ein Inländerpotenzial erschliessen kann, im Vergleich zu dieser Botschaft absolute Peanuts, wie sie feststellen, wenn Sie die Zahlen ansehen. Absolute Peanuts!

Wenn man einen funktionierenden Bildungsraum hat, in welchem jede Person ihren eigenen Weg gehen kann, der fein verästelt ist, in dem Passerellen entstehen zwischen theoretischer Grundausbildung und praktischer Hochschulbildung und umgekehrt, dann ist dies der Zeitpunkt, diese Botschaft zu bereinigen, und zwar in der Fassung der Mehrheit. Deshalb schlägt Ihnen die WBK-NR denn auch vor, bei diesem Geschäft ein durchschnittliches Wachstum von 3,2 Prozent einzustellen. Das ist nicht vermessen, wenn man daran denkt, dass die Hochschulen bis 2024 zu etwa 4 Prozent bei den Universitäten, 11 Prozent bei den Fachhochschulen und 23 Prozent bei den pädagogischen Hochschulen im Wachstum begriffen sein können – dies die Zahlen des Bundesamtes für Statistik, damit Sie sie auch mitnehmen. Wie gesagt, geht es eben auch darum, dass verschiedene Bereiche neu hinzukommen; ich habe sie vorhin erwähnt.

Ausreden gelten übrigens auch keine mehr. Es wurde viel davon gesprochen, die Milchkuh-Initiative würde der Bildung schaden. Die Milchkuh-Initiative wurde jetzt abgelehnt. Diese Ausrede zählt auch nicht mehr – nur um das auch noch zu sagen.

Zum Schluss möchte ich einfach noch einen Satz in den Raum werfen: Die Schweiz hat ein einziges Potenzial, und das ist die graue Masse zwischen den Ohren, das Gehirn. Deshalb ist es sehr wichtig, dass man hier die nötigen finanziellen Mittel einstellt. Um es auf einen Satz zu konzentrieren: Die Schweiz hat nur dann Erfolg, wenn wir etwa 10 Prozent besser sind als Deutschland und zehn Jahre früher sind als China. Nur dann hat unser Land Erfolg. Heute können wir diesen Erfolg mitgestalten.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: Notre conseil a le privilège ce matin de traiter les projets qui accompagnent le message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation (FRI) pendant les années 2017–2020. Le message FRI a une importance essentielle pour notre pays, de Genève à Romanshorn et de Bâle à Chiasso en passant par le tunnel de base du Saint-Gothard.

En effet, la formation, la recherche et l'innovation sont les piliers du succès de notre pays. En Suisse, aujourd'hui, 42 pour cent des employés ont recours à la science ou à la technologie dans leur travail, selon un récent rapport publié sous l'égide du Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI). Notre pays est en tête des pays européens dans ce classement. Nous devançons la Suède, le Danemark, la Finlande et l'Allemagne, et sommes ainsi l'économie de la connaissance la plus avancée du continent européen. Ce succès est confirmé par notre première place au classement des pays les plus innovants. Il est aussi confirmé par le fait qu'aucun autre pays européen ne connaît une telle concentration de hautes écoles reconnues internationalement sur un si petit territoire. Il est aussi confirmé par l'excellence de notre système de formation professionnelle.

En examinant les projets qui nous sont soumis, nous prenons des décisions à long terme pour le développement de notre économie, pour notre capacité à continuer à créer de la valeur ajoutée et à renforcer les conditions-cadres de notre société.

Comme vous le savez, les perspectives économiques mondiales sont peu claires.

La Suisse souffre de la force de son franc et se trouve dans l'incertitude à l'égard de ses principaux partenaires commerciaux de l'Union européenne. L'importance stratégique du domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation est encore renforcée par ces facteurs déstabilisants. Car, dans ce domaine, le Parlement peut vraiment agir. Nous pouvons agir ce matin.

Dans le message FRI, le Conseil fédéral fixe les orientations à suivre pour les acteurs du domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation. Pour les années 2017 à 2020, les défis sont nombreux, nous l'avons entendu. Il convient d'abord de renforcer la formation professionnelle supérieure. Le Conseil fédéral reconnaît enfin cette nécessité, longtemps soulignée par les milieux de l'économie et les syndicats, de mieux soutenir les participants. Dans les hautes écoles, il convient de rendre la carrière scientifique plus attractive pour les jeunes issus de notre système de formation, qui souvent le quittent, car il est trop incertain. Les écoles de médecine sont mises au défi de créer des places d'étude supplémentaires pour réduire notre dépendance aux médecins formés à l'étranger. Enfin, le Conseil fédéral poursuit son engagement en faveur de l'encouragement à l'innovation, condition essentielle au maintien de la compétitivité de ce pays. Il demande en particulier aux écoles polytechniques fédérales de jouer leur rôle de locomotive dans les nouveaux domaines.

Ces orientations s'ajoutent évidemment au quotidien des acteurs de la formation professionnelle et des hautes écoles, qui est d'agir contre la pénurie de personnel qualifié, de s'adapter à la hausse du nombre d'étudiants et d'assurer l'excellence dans la formation et la recherche. Pour remplir cette mission, Monsieur le conseiller



fédéral Schneider-Ammann déclarait dans la presse, en août 2014, viser une hausse des moyens financiers de 3,2 pour cent en moyenne annuelle.

Malheureusement, le programme de stabilisation des finances fédérales a conduit le Conseil fédéral à retenir 2 pour cent de croissance annuelle moyenne, soit près de 26 milliards de francs. Cela reste certes une croissance, mais cela signifie un fort ralentissement, en particulier pour nos hautes écoles, qui ne pourront compter que sur une croissance de 1,5 pour cent des contributions fédérales, contre 3,7 pour cent sur l'ensemble de la période en cours.

Sur la période 2015 à 2019, le plan financier de la Confédération annonce des dépenses globales en hausse de 2,7 pour cent. Pour le domaine FRI, la croissance sera de 1,9 pour cent seulement. Cela contredit les objectifs du programme de la législature du Conseil fédéral, qui veut faire du domaine FRI une priorité. Cela contredit aussi une motion soutenue en juin 2015 par ce même conseil, et qui demandait une croissance annuelle moyenne de 3,9 pour cent pour le domaine FRI.

La commission a consacré plusieurs journées à l'examen des projets relatifs au domaine FRI. Nous avons entendu les principaux acteurs concernés, qui, tous, tenaient le même discours: il y a un grand décalage entre les buts fixés par le Conseil fédéral dans son message et les moyens engagés réellement.

Les défenseurs de la formation professionnelle et les représentants du monde académique ont fait, lors des auditions, le même constat. Non seulement ils ont souhaité obtenir

AB 2016 N 945 / BO 2016 N 945

plus de moyens pour eux-mêmes, mais ils ont aussi reconnu les besoins supplémentaires nécessaires pour les autres.

Des représentants de la formation professionnelle et des hautes écoles ont signé, au printemps 2015, une déclaration commune dans laquelle ils invitaient le Parlement, le Conseil fédéral et les cantons à s'engager fortement en faveur de la formation, afin de renforcer l'économie et la société.

Cette unanimité des acteurs du domaine doit nous guider dans les débats à venir. La formation professionnelle et les hautes écoles sont complémentaires avant d'être concurrentes. Elles sont prêtes à agir ensemble pour renforcer notre économie et demandent ensemble les moyens pour atteindre les objectifs assignés. Il appartient à ce conseil de les entendre.

La commission a entendu les acteurs précités et veut renforcer les deux piliers de notre économie. Pour ce faire, elle propose, à l'unanimité, d'entrer en matière sur les projets FRI pour les années 2017 à 2020 et d'ouvrir la discussion sur les deux arrêtés fédéraux liés et sur les six modifications de loi nécessaires. Pour les modifications de loi, la commission vous propose, pour l'essentiel, de suivre le Conseil fédéral.

Au niveau financier, la commission vous propose des augmentations visant à porter la croissance annuelle moyenne de 2 à 3,2 pour cent, soit une hausse de 237 millions de francs par an, pour corriger le décalage entre les objectifs ambitieux du message et les moyens financiers mis à disposition.

Je citerai trois exemples pour illustrer ce décalage. Les moyens supplémentaires prévus pour renforcer la formation professionnelle supérieure ne sont pas vraiment supplémentaires. C'est une réallocation des moyens, qui conduira à des économies dans la formation professionnelle initiale, comme l'a relevé la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique.

Sur ces 100 millions de francs supplémentaires prévus pour le financement des places d'études en médecine, seuls 30 millions de francs sont des moyens supplémentaires par rapport à la période en cours. Le reste relève de coupes, notamment dans les infrastructures de recherche.

Enfin, avec une croissance annuelle moyenne de 1,5 pour cent seulement, les hautes écoles ne pourront pas engager les 160 professeurs assistants évoqués dans le message, ni investir dans les nouveaux domaines que sont le "big data" ou la médecine professionnalisée.

Vous l'aurez compris, le concept de la majorité des membres de la commission vise à renforcer de façon cohérente l'ensemble du domaine. Concrètement, il s'agit de revenir au montant initial prévu par le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche.

Une minorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture vous propose, au contraire, de procéder à des coupes dans le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche. Elle propose de couper dans tous les domaines de tâches, sauf dans celui de la formation professionnelle, pour plafonner les engagements de la Confédération au niveau de ceux de l'année 2016. L'argumentation de cette minorité est avant tout financière. Elle estime que la faible croissance prévue par le Conseil fédéral est incompatible avec d'autres engagements pris et d'autres obligations à assumer.

J'aimerais en outre vous dire que la commission s'est émue de voir que la Commission des finances l'a précédée dans l'examen du message FRI. Cette situation est rendue possible par une modification de la loi sur le



Parlement, adoptée l'an passé, qui donne lieu à de nombreuses incertitudes, s'agissant de l'examen de l'objet, et aboutit à la multiplication des propositions et des rapports de commission.

Une intervention en suspens auprès de la Commission des affaires juridiques doit clarifier la situation.

C'est avec plaisir que nous entendrons les points de vue de la Commission des finances lors du débat. Je précise néanmoins qu'elle n'a traité l'objet que sous l'angle financier; elle n'a pas conduit d'audition avec les représentants du domaine FRI et ne s'est pas vraiment documentée sur le projet. En tout état de cause, les décisions prises dans ce débat, sur les projets qui accompagnent le message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation durant les années à venir, devront être confirmées dans le cadre du programme de stabilisation des finances fédérales. Il est donc bon que la discussion sur les moyens financiers à allouer soit menée en toute connaissance de cause.

C'est avec ces considérations que je vous prie d'entrer en matière et d'accorder toute votre attention à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant les années 2017 à 2020.

Hausammann Markus (V, TG), für die Kommission: Ich spreche im Namen der Finanzkommission.

Die Debatte zur Staatsrechnung 2015 hat gezeigt: Die finanzielle Lage des Staatshaushaltes bleibt auch in Zukunft angespannt. Gemäss Bundesrat ist nach wie vor mit grossen Defiziten zu rechnen, und die Vorgaben der Schuldenbremse werden in den Jahren 2018 und 2019 weiterhin nicht erfüllt. So belaufen sich die strukturellen Defizite in den Finanzplanjahren 2018 und 2019 auf jeweils rund 500 Millionen Franken.

Die Finanzkommission beurteilte die Vorlage im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Bundeshaushalt. Da es sich bei den Anträgen der Finanzkommission um Konzeptanträge handelt, ist es sachdienlich, diese an dieser Stelle summarisch darzulegen.

Trotz angespannter Finanzlage beantragt die Mehrheit der FK-NR dem Nationalrat, den Bundesbeschlüssen gemäss Entwurf des Bundesrates zuzustimmen. Begründet wurde dieser Entscheid damit, dass das Parlament die relative Priorisierung des BFI-Bereichs in den letzten Jahren mehrfach bekräftigt habe. Der Beitrag des BFI-Bereichs zum Wohle der Wirtschaft, zur Entwicklung des Landes sowie zur Aufrechterhaltung des Know-hows im Wissenschafts- und Industriebereich sei unbestritten; dies habe sich dementsprechend in den von den eidgenössischen Räten gesprochenen Mitteln zu widerspiegeln. Da der BFI-Bereich gesetzlich ungebunden sei, habe er im Rahmen der Anpassungen der Legislaturfinanzplanung und damit beim Stabilisierungsprogramm 2017–2019 bereits beträchtliche Sparbemühungen leisten müssen. Gemessen am Anteil der BFI-Ausgaben am gesamten Bundeshaushalt von rund 10 Prozent falle die Kürzung von etwa 20 Prozent überdies überproportional aus.

Die Mehrheit der Kommission versteht ihren Antrag auch als Kompromiss zwischen den Anträgen der Minderheiten I und II der FK-NR. Sie erinnert daran – es wurde vom Kommissionssprecher bereits erwähnt –, dass mit der BFI-Botschaft 2017–2020 ein vierjähriger Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite beantragt werden. Damit werden vom Parlament lediglich Obergrenzen festgelegt. Diese können bei der jährlichen Budgetbehandlung vom Parlament unterschritten werden.

Die Minderheit I (Maire Jacques-André) der FK-NR beantragt dem Nationalrat, die Bundesbeschlüsse so anzupassen, dass die mit der BFI-Botschaft 2017–2020 beantragten Kredite mit durchschnittlich 3,2 Prozent statt mit 2,0 Prozent pro Jahr wachsen. Dieser Antrag unterlag in der Kommission mit 18 zu 7 Stimmen.

Die Minderheit II (Keller Peter) der FK-NR beantragt dem Nationalrat, dass die mit der BFI-Botschaft 2017–2020 beantragten Kredite auf dem Stand des Voranschlages 2016 plafoniert werden. Dieser Minderheitsantrag betrifft nicht Artikel 1 von Bundesbeschluss 1. Der Plafonierungsantrag unterlag in der Kommission mit 14 zu 11 Stimmen relativ knapp.

Die Minderheit III (Keller Peter) der FK-NR beantragt dem Nationalrat, dass die in Artikel 1 von Bundesbeschluss 1 beantragten Kredite zwar auch auf dem Stand des Voranschlages 2016 plafoniert werden; von der Plafonierung ausgenommen werden sollen aber die vom Bundesrat vorgesehenen Zusatzmittel gemäss Artikel 56a des

AB 2016 N 946 / BO 2016 N 946

Berufsbildungsgesetzes. Dieser Antrag unterlag in der Kommission mit 16 zu 9 Stimmen.

Da die Minderheiten noch die Möglichkeit haben werden, ihre Anträge zu begründen, führe ich diese nicht weiter aus.

Mit 18 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen beauftragte die FK-NR den Bundesrat zu untersuchen, wie bei den Finanzplänen und den mehrjährigen Finanzierungsbeschlüssen mit der Teuerung umgegangen werden kann, sodass diese nur ausbezahlt wird, wenn die Teuerung auch wirklich eintritt. Das von der Finanzkommission erkannte Teuerungsproblem ist keine BFI-Besonderheit. Die Kommission will das Problem deshalb mittels



eines sachpolitisch neutralen Finanzierungsinstruments generell lösen.

Der Bericht des Bundesrates sollte unter anderem die Vor- und Nachteile der bisherigen Praxis zur Teuerungsannahme bzw. von alternativen Methoden darlegen. Der Bericht liegt nun rechtzeitig für die Beratung der BFI-Botschaft vom 13. Juni 2016 in der ständerätlichen Finanzkommission vor. Die Subkommission 2 der FK-NR hatte letzte Woche Gelegenheit, sich mit dem Bericht zu befassen. Ich möchte an dieser Stelle einer politischen Würdigung durch die Plenarkommission aber nicht vorgreifen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie die Überlegungen der Finanzkommission in Ihren Entscheiden berücksichtigen.

Bourgeois Jacques (RL, FR), pour la commission: La Commission des finances de notre conseil s'est penchée sur le projet qui vous est soumis lors de sa séance des 21 et 22 mars derniers. Ses membres reconnaissent tous l'importance que revêtent pour notre pays la formation, la recherche et l'innovation. Toutefois, la majorité de la commission est d'avis que le crédit-cadre doit s'inscrire de façon équilibrée par rapport aux autres secteurs et que le principe de proportionnalité doit être respecté.

En préambule, je rappelle que le plan financier 2017–2019 de la législature, qui se fonde sur les paramètres fixés en automne 2015, prévoit pour chacune des trois années des déficits croissants allant d'environ 500 millions de francs en 2017 à près de 1 milliard de francs en 2019. Entre-temps, les chiffres ont évolué. Le 17 février 2016, le Conseil fédéral a pris acte des comptes 2015 de la Confédération et a adopté les directives concernant le budget 2017, assorti d'un plan intégré des tâches et des finances 2018–2020.

Malgré une embellie constatée dans les comptes 2015, qui est liée à plusieurs facteurs, le Conseil fédéral estime que d'importants déficits sont toujours à craindre et que les exigences du frein à l'endettement ne seront toujours pas remplies en 2018 et 2019. Ainsi, le plan financier prévoit des déficits structurels.

Plus concrètement, les directives du Conseil fédéral concernant le budget 2017, assorti d'un plan intégré des tâches et des finances 2018–2020, comptent avec un déficit structurel de 508 millions de francs en 2018 et de 487 millions de francs en 2019. Ces déficits doivent être éliminés, faute de quoi les budgets concernés ne seront pas conformes au frein à l'endettement inscrit dans la Constitution. Un déficit structurel de cette ampleur peut encore être comblé dans le cadre de l'examen du budget. Si le déficit était plus élevé, des programmes d'économies ou d'allègements venant s'ajouter au programme de stabilisation 2017–2019 seraient nécessaires, dont les mesures ont déjà été intégrées dans le message FRI 2017–2020. Eu égard aux perspectives budgétaires actuelles, il importe de faire preuve de retenue dans tous les projets de la Confédération.

Si des mesures d'économies supplémentaires étaient nécessaires, les crédits d'engagement et plafonds de dépenses présentés seraient, eux aussi, très probablement affectés, comme l'indique le Conseil fédéral au chiffre 5.1 du message FRI.

N'oublions pas, comme le relève le Conseil fédéral, que nous aurons, au cours de ces prochaines années, des charges supplémentaires qui grèveront les budgets, par exemple celles découlant du projet de réforme de l'AVS, de la réforme de l'imposition des entreprises III, de l'asile, de l'armée et du fonds routier FORTA. Par ailleurs, il sied de souligner que, malgré les mesures liées au programme de stabilisation 2017–2019 et des corrections liées au renchérissement, les montants alloués à la formation, à la recherche et à l'innovation seront en 2020, comparativement à 2015, toujours supérieurs de 11,2 pour cent. Ce qui n'est pas le cas pour d'autres secteurs faiblement liés.

Pour toutes ces raisons, la majorité de la Commission des finances vous recommande de suivre le projet du Conseil fédéral pour l'ensemble des crédits demandés pour la période 2017–2020, un projet qui tient compte de l'importance de ce domaine en proposant une croissance moyenne du budget annuel de 2 pour cent, soit une croissance totale de 8,1 pour cent au niveau des crédits budgétaires par rapport à la période précédente 2013–2016.

Le montant d'environ 26 milliards de francs demandé par le Conseil fédéral pour la période 2017–2020 représente environ 2 milliards de francs de plus que pour la période 2013–2016. Aucun autre secteur ne peut se targuer d'une telle croissance.

La Commission des finances vous recommande par conséquent d'approuver les arrêtés fédéraux selon le projet du Conseil fédéral. La proposition de porter la croissance annuelle de ce crédit-cadre de 2 à 3,2 pour cent a été rejetée par 18 voix contre 7, tout comme celle liée à un plafonnement des crédits FRI au niveau du budget 2016, qui a été rejetée par 14 voix contre 11.

Je finirai en évoquant la question de la gestion du renchérissement. Le projet FRI du Conseil fédéral table sur un renchérissement annuel de 0,9 pour cent en moyenne pour la période 2017–2020, ce qui peut sembler élevé au regard des chiffres de ces dernières années.

La Commission des finances a en effet constaté que, durant la période 2009 à 2016, en ce qui concerne les dépenses faiblement liées, le renchérissement présumé dépassait de loin le renchérissement réel. Elle a prié



le Conseil fédéral d'examiner comment on pourrait gérer le renchérissement dans le cadre des plans financiers et des arrêtés financiers pluriannuels, de sorte qu'il n'y ait une compensation qu'en cas de renchérissement réel.

Sur la base du rapport du Conseil fédéral, la Commission des finances du Conseil des Etats examinera ce point dans le cadre de l'examen préalable du message FRI, et ceci dans son ensemble.

Maire Jacques-André (S, NE): Je m'exprime dans le cadre du débat d'entrée en matière sur l'ensemble des propositions de minorité déposées au sein de la Commission des finances par les représentants des groupes socialiste et des Verts.

Dans son message FRI 2017–2020, le Conseil fédéral fixe des objectifs très ambitieux et veut surtout relever de nouveaux défis, notamment, comme l'ont rappelé les rapporteurs, pour augmenter le nombre de places d'étude en médecine humaine, pour mieux assurer la relève scientifique, pour renforcer la recherche et l'innovation et, bien sûr aussi, pour mieux soutenir financièrement les candidats qui suivent des cours préparant aux examens de formation professionnelle supérieure.

Ces objectifs sont très pertinents et nous les soutenons sans réserve. Toutefois, il convient d'admettre que le projet du Conseil fédéral ne prévoit pas les moyens financiers suffisants pour atteindre ces objectifs ambitieux. Lors de l'analyse sommaire du dossier, qui a été réalisée par la Commission des finances, les socialistes et les Verts ont déposé de ce fait des propositions de minorité, qui visent un taux de croissance annuelle moyen de 3,2 pour cent dans tous les domaines concernés. Pourquoi ce taux? Simplement, cela a été rappelé, parce que c'est celui qu'avait prévu initialement le Conseil fédéral. Lors de la consultation, ce taux annuel de croissance avait été approuvé par l'ensemble des milieux concernés. C'est donc dire s'il répondait clairement aux besoins. Au sein de la Commission des finances, il faut bien l'admettre et cela a aussi été dit, nous avons fait un examen sommaire de la situation uniquement sous l'angle financier,

AB 2016 N 947 / BO 2016 N 947

laissant à la commission ad hoc – et c'est logique – le soin de faire un travail beaucoup plus approfondi, avec les auditions des responsables des domaines concernés. Donc, ce travail sommaire effectué, nous avons déposé une proposition grossière de minorité I, qui prévoit simplement que le taux de croissance pour l'ensemble des domaines soit fixé à 3,2 pour cent, sur la base de calculs faits très rapidement. La commission a ensuite fait un travail beaucoup plus fouillé, beaucoup plus élaboré, en inscrivant des montants plus précis, mais globalement, comme vous avez pu le voir, les propositions de la majorité de la commission vont exactement dans le même sens que notre proposition d'augmentation à 3,2 pour cent.

Par conséquent, dans un souci de clarifier les choses, et surtout de simplifier le débat, qui sera suffisamment long et compliqué, nous avons décidé de retirer l'ensemble de nos propositions de minorité, pour nous rallier très clairement aux propositions de la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. Disons encore quelques mots sur le fond. Les milieux de la formation professionnelle, les hautes écoles, les institutions de recherche et de transfert de technologies soutiennent toutes les priorités du Conseil fédéral, qui permettront de relever les défis économiques et sociaux à venir. Tous ces acteurs veulent que le développement de la place scientifique et économique suisse se poursuive, afin que la Suisse conserve sa place de leader, qui a déjà été rappelée ce matin. Mais, pour la conserver, il faut y consacrer des moyens importants. Il a aussi été dit que nous ne sommes pas dans un débat dont l'objet serait l'établissement du budget annuel, mais dans un débat qui porte sur une planification sur quatre ans. Nous sommes là pour fixer des plafonds de dépenses qui ne seront peut-être pas atteints, selon les circonstances financières. J'en appelle donc vraiment à votre réflexion prospective pour que nous sachions fixer ces plafonds suffisamment haut. Ensuite, nous pourrions toujours, année après année, affiner notre analyse.

Avec la majorité de la commission, nous sommes bien conscients qu'une croissance annuelle moyenne pour les écoles polytechniques fédérales de 1,5 pour cent est insuffisante pour qu'elles puissent continuer à jouer leur rôle de pionnières dans le développement de la capacité d'innovation de l'économie suisse. Une croissance de la subvention de base de 1,4 pour cent par année ne permettra pas non plus aux universités de créer les postes nécessaires pour assurer la relève scientifique en Suisse. Les moyens destinés aux hautes écoles spécialisées ne suffiront pas à compenser l'augmentation toujours aussi prononcée – et c'est réjouissant – du nombre d'étudiants dans ces écoles. Sans un accroissement substantiel des aides fédérales aux cantons, le renforcement de la formation professionnelle supérieure signifierait – et cela est indiqué dans le message du Conseil fédéral – un affaiblissement de la formation professionnelle initiale qui, répétons-le, est une réussite en Suisse. Il est un peu aberrant de s'engager dans cette voie. Nous en appelons, là aussi, à votre bon sens et à votre sens de la prospective.



Pour toutes ces excellentes raisons, nous vous appelons donc à soutenir sans réserve les propositions de la majorité de la commission et, surtout, à rejeter très fermement toutes les propositions irresponsables défendues par la minorité Keller Peter qui plafonneraient les dépenses au niveau du budget 2016.

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Die Anträge der Minderheit I der Finanzkommission zu den Vorlagen 1 bis 10 sind zugunsten der Anträge der Mehrheit der Finanzkommission zurückgezogen worden.

Derder Fathi (RL, VD): Jusqu'à présent, nous avons énormément parlé de chiffres et c'est normal puisqu'il est question de crédits-cadres. Je propose toutefois que nous nous arrêtons sur les lettres et les mots qui sont au cœur du message du Conseil fédéral. Il y a trois lettres principales: F, R, I. De quoi parlons-nous concrètement? Je pense qu'il vaut la peine de s'y arrêter quelques instants.

Les lettres F, R et I correspondent respectivement à "formation", "recherche" et "innovation". Il s'agit de trois domaines dans lesquels la Suisse est aujourd'hui parmi les pays qui sont les meilleurs du monde, et ce pour une raison assez simple: nous n'avons pas le choix! Nous n'avons pas le choix, dans notre pays, de faire autre chose que d'être les meilleurs du monde dans les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation. La raison en est simple: nous sommes un petit pays, sans matières premières. C'est donc un élément vital, qui est au cœur de notre économie et qui contribue à notre prospérité.

Arrêtons-nous sur chacun de ces domaines. La formation, tout d'abord: la formation est excellente en Suisse, à tous les niveaux, et elle doit le rester, que ce soit la formation de base, la formation duale, la formation académique ou celle qui est dispensée dans les hautes écoles et, notamment, dans les écoles polytechniques fédérales. Nous avons la chance d'avoir deux hautes écoles polytechniques qui sont en tête des classements internationaux, et elles doivent y rester, car aucun écosystème innovant au monde ne peut se développer sans hautes écoles parmi les meilleures du monde. La Silicon Valley n'existerait pas sans l'Université de Stanford; le dynamisme de la côte Est des Etats-Unis n'existerait pas sans l'Université de Harvard. Disposer d'une formation de qualité est un besoin inconditionnel pour garantir notre développement.

Il en est de même pour la recherche: nous avons besoin d'investir massivement dans la recherche, tant au niveau privé que public. Et cela tombe bien, c'est ce que l'on fait en Suisse: les investissements sont répartis entre le public et le privé. Pour rester compétitifs, des investissements publics sont également nécessaires. La concurrence internationale est sévère et menace le classement de la Suisse. Des Etats comme Singapour investissent massivement dans la recherche, car leurs autorités savent que c'est en investissant massivement dans ce domaine qu'elles garantissent la prospérité du pays.

S'agissant de l'innovation, par contre, notre pays peut s'améliorer. En effet, nous ne sommes pas encore les meilleurs du monde dans ce domaine. Nous avons notamment quelques défauts en matière de transfert de technologie et de création d'entreprises innovantes, notamment de petites entreprises innovantes qu'on appelle "start-up à forts développements internationaux". Nous avons deux déficits principaux en Suisse: le capital risque et les cerveaux.

Le capital risque, nous en parlerons un autre jour, car il y a un sérieux problème de manque de cerveaux en Suisse. Nous avons les options suivantes. On peut les importer: nous avons, à ce niveau, un petit problème depuis deux ans – nous en parlions hier avec l'extension de l'accord de libre circulation à la Croatie. On peut les former, ce qui peut être intéressant. Cela, c'est un enjeu majeur: nous devons former des cerveaux pour compenser la pénurie de main-d'œuvre qualifiée. Il manque 15 000 ingénieurs, entendons-nous dire, des bio-informaticiens; bref, il manque des spécialistes. Dans tous ces domaines, nous devons donner à nos hautes écoles les moyens de les former, et ce d'autant que de nouveaux secteurs apparaissent.

La révolution numérique fait apparaître de nouveaux domaines dans lesquels nous attendons de nos hautes écoles qu'elles apportent des réponses. Elles doivent donner des réponses aux "data sciences", à la médecine personnalisée, dans le domaine de l'énergie, dans énormément de domaines où la société attend des réponses, domaines pour lesquels la formation de spécialistes est extrêmement coûteuse, si nous voulons apporter des réponses suffisantes aux nouveaux enjeux.

Nous le voyons, nous avons besoin de former des cerveaux, de former plus d'étudiants dans de nouveaux domaines. Or, tout cela a un coût. Quand j'entends dire qu'une minorité de la Commission des finances veut réduire ces budgets, je me dis qu'il s'agit d'irresponsabilité pure et simple, parce qu'il en va ici de la prospérité de notre pays.

AB 2016 N 948 / BO 2016 N 948

Pour toutes ces raisons, le groupe libéral-radical soutient une augmentation des budgets de la recherche. Une majorité du groupe soutient le Conseil fédéral en demandant 2 pour cent de hausse. Une minorité du groupe,



dont je fais partie, vous l'aurez compris, défend la position de la majorité de la commission, à savoir 3,2 pour cent de hausse. Quoi qu'il en soit, nous aurons l'occasion de débattre de ces pourcentages de hausse. Nous devons, ensemble, soutenir le Conseil fédéral et nous battre pour l'avenir de la Suisse.

Eymann Christoph (RL, BS): Meine Interessenbindungen: Ich bin Erziehungsdirektor des Kantons Basel-Stadt und Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz.

Die FDP-Liberale Fraktion folgt in ihrer Mehrheit den Anträgen des Bundesrates. Ausschlaggebend dafür sind ausschliesslich finanzielle Gründe. Mehrausgaben würden den Staatshaushalt in ein Ungleichgewicht bringen. In den letzten Botschaften für den BFI-Bereich sei massiv mehr Geld zur Verfügung gestellt worden als für andere Staatsaufgaben. Die beabsichtigte Erhöhung der Beiträge um 2 Prozent sei ausreichend, zur Reduktion der Ausgaben müsse auch die Bildung beitragen. So weit die Mehrheit der Fraktion.

Zum Inhalt: Es ist dem Herrn Bundespräsidenten hoch anzurechnen, dass er Themen in Angriff genommen hat, die seit Langem bekannt, aber nicht bearbeitet worden sind, zum Beispiel die Finanzierung der höheren Berufsbildung und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Humanmedizin. Zur Erreichung der vier Ziele, nämlich höhere Berufsbildung, wissenschaftlicher Nachwuchs, Humanmedizin und Innovation, wollte der Bundesrat ursprünglich 3,2 Prozent mehr Mittel einsetzen. Jetzt steht eine reduzierte Erhöhung von 2 Prozent zum Entscheid. Die Ziele sind aber nicht verändert worden. Sie sollen mit erheblich weniger zusätzlichem Geld erreicht werden, und das ist nicht möglich.

Bei der höheren Berufsbildung wird die ungenügende Bundesfinanzierung zu einer Mehrbelastung der Kantone führen. Es besteht die Gefahr, dass dies zulasten der Grundausbildung geht. Die Förderung des einheimischen wissenschaftlichen Nachwuchses mit Anreizsystemen muss in engen Grenzen erfolgen. Dabei wird übersehen, dass wir nach Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative mehr Geld für die Hochschulen brauchen, weil wir die Leistungen zur Ausbildung der Fachkräfte im Gegensatz zu früher künftig selber bezahlen müssen. Für zusätzliche Ausbildungsplätze in Humanmedizin wird zwar Geld gesprochen. Es ist aber anzumerken, dass die Universitäten mit medizinischer Fakultät finanzielle Vorleistungen erbracht haben und mit der befristeten Anschubfinanzierung die Finanzierung keineswegs gewährleistet ist. Wir haben nach wie vor ein Wachstum der Studentenzahlen zu verzeichnen. Nachholbedarf besteht auch bei den Betreuungsverhältnissen der Studierenden.

Die Konkurrenz unserer Hochschulen ist im Ausland. Zurzeit nehmen unsere Universitäten Spitzenplätze in den internationalen Rankings ein. Das ist aber sehr fragil. Wir dürfen uns nicht ausruhen. Auch Länder mit tieferem Lebensstandard wie China oder Singapur investieren sehr stark in Bildung und Forschung. Denn diese Länder wissen, dass der Weg zum Wohlstand über Bildung und Forschung führt. In absehbarer Zeit werden sie den heute noch bestehenden Rückstand zu unseren Hochschulen aufgeholt haben.

Wenn wir die Hochschulen unterfinanzieren, passiert morgen noch nichts. Bereits übermorgen wird sich das aber rächen, wenn es nicht mehr gelingt, die Besten für Forschung und Lehre zu gewinnen. Novartis ist zwar noch in Basel, aber eben auch schon in Singapur und Schanghai. Mittelmass ist für die Schweiz nicht gut genug. Unsere Innovationskraft basiert auf der Qualität der ETH Zürich und Lausanne, der kantonalen Universitäten und der Fachhochschulen. Wir sind es unserer Jugend schuldig, ihr beste Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Eine ausreichende Finanzierung ist dringend notwendig. Warum soll eine Gesellschaft, die sich von der Landwirtschaft, vom Handwerk und von der Industrie immer mehr in Richtung Wissen bewegt, ausgerechnet ihren Hochschulen nicht genügend Geld zur Verfügung stellen? Bildung ist kein Rohstoff. Auch hier gilt, dass man zuerst investieren muss, bevor ein Ertrag anfällt. Oder anders ausgedrückt: Um melken zu können, muss man zuerst füttern. Dies sind die Argumente der Minderheit der FDP-Liberalen Fraktion.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Si la petite Suisse veut que son économie reste compétitive, elle ne doit jamais s'arrêter d'innover et si nous voulons qu'elle innove, alors il faut encourager la recherche et la formation. C'est dans ce sens qu'il faut non seulement soutenir les projets qui nous sont soumis, mais également augmenter les crédits proposés par le Conseil fédéral.

On ne peut pas fixer des objectifs ambitieux et ne pas se donner les moyens de les atteindre. Pour l'instant, nos écoles polytechniques fédérales sont très bien placées dans les différents "rankings" internationaux, mais d'autres régions du monde, comme l'Asie, ont déjà dépassé notre pays et augmentent encore leur soutien à la recherche. Nous ne pouvons pas nous permettre de couper dans la recherche si nous voulons maintenir notre excellence.

Le Parlement avait adopté la motion 15.3011 de la CSEC-CN, "Période FRI 2017–2020. Mettre en oeuvre les réformes nécessaires sans compromettre la qualité", qui prévoyait une croissance annuelle moyenne de 3,9



pour cent pour le prochain message FRI. Les perspectives financières sont aujourd'hui moins bonnes, mais la proposition du Conseil fédéral visant une croissance de 2 pour cent est clairement insuffisante. C'est dans un souci de compromis que l'objectif de 3,2 pour cent a été retenu en commission. Les effets des coupes financières dans la recherche ne vont pas se voir tout de suite. Ces coupes donnent l'impression d'être indolores mais, en définitive, nous allons payer très cher ces mauvais choix stratégiques dans quelques années.

"Si vous pensez que l'éducation coûte cher, essayez l'ignorance", disait Abraham Lincoln. Le groupe UDC, comme à son habitude, veut couper dans ces crédits. On le sait bien, seuls l'armée et les paysans trouvent grâce aux yeux des membres de ce parti. Cette manie de dénigrer la recherche et la formation, de même que la culture ou l'aide au développement, est contre-productive pour notre pays, car ce sont bien nos jeunes qui vont faire la prospérité de la Suisse de demain. Nous n'avons pas de matières premières, mais nous avons des cerveaux, et les choix que nous faisons aujourd'hui influenceront le développement de notre recherche pour les quatre prochaines années. Ne nous trompons pas de priorité: les Vert'libéraux sont convaincus que la recherche et la formation sont un puissant moteur pour l'économie et la prospérité de notre pays.

Le groupe vert'libéral soutiendra les propositions de la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture aux arrêts financiers 1 à 10.

Weibel Thomas (GL, ZH): Sie wissen, der Bundesrat rechnet in der BFI-Botschaft mit einem Wachstum von durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr. Das ist klar niedriger als in der laufenden BFI-Periode. Aber es ist zu berücksichtigen, dass der Bundesrat auch zusätzliche Ziele in die BFI-Botschaft aufgenommen hat. So soll der einheimische wissenschaftliche Nachwuchs gefördert werden, es sollen zusätzliche Studienplätze für die Humanmedizin, insbesondere für die Grundversorgung, geschaffen werden, und es gilt, neue Forschungsbereiche aufzubauen. Ich nenne die personalisierte Medizin, das Thema Big Data oder Advanced Manufacturing. Zudem soll die höhere Berufsbildung gestärkt und gefördert und damit insgesamt das duale Bildungssystem unterstützt werden. Das braucht zusätzliches Geld, sonst ist die Umsetzung nicht möglich. Das hat eben auch Kollege Eymann für die FDP bestätigt.

Die Mehrheit der WBK legt ein umfassendes Konzept vor. Dieses Konzept räumt die Widersprüche zwischen den ehrgeizigen Zielen des Bundesrates und den dafür eingeplanten Mitteln aus. Das Konzept der WBK-Mehrheit bringt die Ziele und die Mittel in Einklang. Dazu sollen verschiedene Bereiche aufgestockt werden. Denn für die ETH reicht ein

AB 2016 N 949 / BO 2016 N 949

jährliches Wachstum von 1,5 Prozent nicht aus, um die Vorreiterrolle für die Innovation der Schweizer Wirtschaft beibehalten zu können. Für die Universitäten reicht ein Wachstum von 1,4 Prozent nicht aus, um die notwendigen Stellen zu schaffen und damit den wissenschaftlichen Nachwuchs der Schweiz zu sichern. Bei den Fachhochschulen reichen die geplanten Mittel vor dem Hintergrund der steigenden Studentenzahlen nicht aus. Auch für die Kantone sind die Bundesbeiträge zu erhöhen, denn dies sind Gelder zur Stärkung der höheren Berufsbildung. Wenn wir diese Erhöhung nicht machen, müssen die Kantone die Finanzierung irgendwo anders absparen, und die Gefahr ist gross, dass es beispielsweise in der Grundbildung erfolgen wird.

Zusammenfassend ist für uns das Konzept der WBK-Mehrheit ein ausgewogenes Konzept, auch wenn der Verpflichtungskredit um insgesamt 948 Millionen Franken aufgestockt werden soll. Dies entspricht einem durchschnittlichen Mittelwachstum von 3,2 Prozent pro Jahr und es entspricht – das wurde bereits angesprochen – der ursprünglichen Planung des Bundesrates. Ich mache darauf aufmerksam, dass es noch immer unter dem Wachstum der laufenden Periode liegt.

Übrigens empfiehlt ja auch Economiesuisse, einen höheren Verpflichtungskredit als vom Bundesrat beantragt zu genehmigen. Wir Grünliberalen haben die Motion der WBK-NR 15.3011 unterstützt, welche ein durchschnittliches Wachstum von 3,9 Prozent pro Jahr verlangt. Denn für uns ist die Bildung eine zentrale Aufgabe des Staates. Jede politische Couleur bestätigt ja, dass Bildung eine zentrale Ressource für die Entwicklung der Schweiz ist. Bildung ist der Motor für die Innovation. Ich stimme mit Herrn Eymann überein, dass wir in die Bildung investieren müssen. Dies ist auch eine Investition in die Zukunft.

Für uns ist der Antrag der WBK-Mehrheit mit einem Wachstum von 3,2 Prozent bereits ein Kompromiss. Wir sind also bereit, hier Abstriche zu akzeptieren, dies auch in Anbetracht der Situation des Finanzhaushaltes. Wir werden das Konzept der WBK-Mehrheit mittragen. Wir werden aber auch die Aufgaben annehmen und in den weiteren Beratungen, insbesondere in der Budgetdebatte, die Aufstockung der dringendsten Bedürfnisse für die ETH, die Universitäten, die Fachhochschulen und die Berufsbildung mit der aktuellen finanzpolitischen Lage in Einklang zu bringen versuchen und dort unsere bekannterweise stringente Finanzpolitik fortführen.

Glauser-Zufferey Alice (V, VD): La formation, la recherche et l'innovation sont des éléments importants de la



prospérité commune. La recherche est source de connaissances nouvelles espérées et parfois inattendues, et l'innovation est la clé pour un marché de pointe. Tout le monde en est certain, le groupe UDC aussi, soyez-en certaine, Madame Chevalley. Cependant, le groupe UDC n'est pas prêt à défavoriser les autres domaines au profit des hautes écoles, de la recherche et de l'innovation.

Dans le message FRI portant sur une période de quatre ans, on remarque rapidement que tous les domaines ont pour ligne directrice la continuité, avec un développement ciblé dans les quatre domaines suivants: la formation supérieure, la relève scientifique, la médecine humaine, l'activité d'innovation de l'économie privée. Le Conseil fédéral, qui tente de réaliser une planification financière équilibrée à long terme, a eu conscience de l'importance d'accorder au domaine FRI un encouragement particulier par un accroissement financier annuel de 2 pour cent, avec une modulation de progression de 1,5 pour cent par an pour les hautes écoles et de 2,9 pour cent par an pour la recherche, ce qui constitue encore une priorité et un soutien particulier. Les membres UDC de la commission n'ont pas voulu soutenir cet objectif, car nous visons une stabilisation des charges en exigeant, il est vrai, un effort considérable de la part de tous les départements et domaines. N'oublions pas, en outre, que ce domaine a déjà été favorisé lors de la législature passée.

Il ressort des débats de commission que notre groupe semble bien seul à considérer les charges importantes que le Conseil fédéral devra assumer ces prochaines années et qui, bien sûr, auront des répercussions sur les cantons. L'accroissement de la population, le ralentissement de l'économie sous l'effet du franc fort, la troisième réforme de l'imposition des entreprises, etc., seront inévitablement suivis de dépenses importantes en termes d'infrastructures, de santé et de sécurité. Le groupe UDC jouera, dans cette histoire, le rôle du méchant parce qu'il voudra obstinément se tenir à une rigueur financière prévue pour gros temps.

La majorité des membres de la commission a, à notre avis, succombé au chant des sirènes que lui ont entonné les représentants des hautes écoles et des domaines de la recherche et de l'innovation. La preuve en est qu'ils se déclarent très satisfaits des conclusions de la commission. On le serait à moins! Je ne peux que regretter que la majorité de la commission veuille tant donner. Près d'un milliard de francs sur quatre ans, sans négociation, c'est leur servir sur un plateau ce qu'ils désirent. Les commissaires membres de la majorité sont-ils à ce point persuadés que le domaine FRI remédiera à tous les maux dont souffre la Suisse? Devant tant de bonté, le groupe UDC reste songeur et ne peut en aucun cas abonder dans ce sens.

Le groupe relève encore quelques détails. Même si certains contestent le fait que la Commission des finances vienne dicter ses chiffres dans la commission spécifique, avant même l'étude de l'objet, il faut admettre que cet indicateur se révèle utile.

Un moyen louable et incitatif proposé par le Conseil fédéral concerne le financement des cours préparatoires pour les examens fédéraux, qui peuvent être onéreux pour les bénéficiaires, eux-mêmes souvent, bien sûr, en mal d'argent. On peut espérer que le versement de ces sommes sera fait rapidement et sans volume de travail administratif excessif.

Les adaptations et les mises à jour des lois fédérales, en particulier la modification de la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales (projet 12), ont provoqué des discussions, par exemple sur la mesure du Conseil fédéral visant à augmenter les taxes d'études pour les étudiants étrangers. Le groupe UDC est en faveur de cette mesure, arguant que, même doublées, elles n'atteignent pas le montant de ce qui exigé dans les hautes écoles étrangères concurrentes.

Le groupe UDC entre en matière et vous prie d'accepter ses propositions de minorité.

Tuena Mauro (V, ZH): Bildung ist das höchste Gut, das ist wohl unbestritten. Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Bildungswillige können auch in Zukunft auf unsere grosse Unterstützung zählen.

In der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 geht es um die Verteilung von rund 26 Milliarden Franken in den nächsten vier Jahren. Das sind 6,5 Milliarden Franken pro Jahr. Diese Kosten sind in den letzten sieben Jahren um 30 Prozent gewachsen. Zum Vergleich: Die Studentenzahlen sind im gleichen Zeitraum um lediglich 1 Prozent gewachsen.

Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Können wir es verantworten, unseren Kindern und Kindeskindern einen Schuldenberg zu hinterlassen? Strukturelle Defizite von 1,5 Milliarden Franken stehen vor der Tür. Hier gilt es eine vernünftige Abwägung vorzunehmen, welche für beide Waagschalen einer berühmten alten Apothekerwaage gilt.

Bereits der Bundesrat erhöhte die Ausgaben gegenüber heute um 2 Prozent. Die Kommissionsmehrheit geht noch weiter und erhöht die Ausgaben gar um 3,2 Prozent. Der Bundesrat geht zudem noch von einer Teuerung – und das ist mir unerklärlich, Herr Bundespräsident – von 0,9 Prozent aus, obwohl es in den letzten Jahren, Sie wissen das selbstverständlich, immer negativ war.

Angesichts dieser Tatsachen ist die SVP-Fraktion bereit, Ausgaben auf dem Niveau von 2016 zu bewilligen.



Das sind rund 6,2 Milliarden Franken pro Jahr. Gegenüber der letzten Periode ist das – das möchte ich erwähnen – eine Milliarde mehr. Das wären total 24,8 Milliarden Franken.

AB 2016 N 950 / BO 2016 N 950

Sie sehen, dass die SVP hier explizit nicht spart; nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Wir wollen einfach etwas weniger mehr ausgeben. Wir fordern mehr Effizienz, etwa beim Verwalten, das heisst eine Überprüfung der komplexen Strukturen. So müsste bei der Bildung nicht gespart werden. Eine entsprechende Motion wurde auch schon eingereicht.

Ich bitte Sie, jeweils die Anträge der Minderheit Keller Peter zu unterstützen.

Riklin Kathy (C, ZH): In der Bildung, Forschung und Innovation hat die Schweiz in den letzten Jahren grosse Fortschritte erreicht. Das Parlament war sich der Bedeutung bewusst und hat die Kredite in den Jahren nach 2007 entsprechend bewusst erhöht. Es bestand damals auch Nachholbedarf, Mauro Tuena! Denn Bildung und Forschung sind für ein Land wie die Schweiz matchentscheidend. Wie Marc Tribelhorn in der "NZZ" von gestern so treffend schreibt: Es handelt sich um unsere "geistige Landesversorgung".

Auch der Bundesrat sieht im BFI-Bereich eine hohe Bedeutung für unser Land und hat daher diesen Bereich prioritär behandelt. Ursprünglich wollte er, gemäss den notwendigen Anpassungen in den verschiedenen Bildungs- und Forschungsaufgaben, 3,9 Prozent mehr Mittel sprechen, dann wurden es 3,2 Prozent und heute beantragt uns der Bundesrat 2,0 Prozent. Die CVP-Fraktion wird den Antrag des Bundesrates unterstützen. Doch wenn ich das finanzielle Entlastungsprogramm vom 25. Mai anschau, sehe ich, dass die Bildung überproportional zusätzlich abgestraft wird. Sie soll ganze 18 Prozent oder volle 170 Millionen Franken beitragen. Das ist äusserst stossend.

Nun zur vorliegenden BFI-Botschaft: Sie ist übrigens sehr gut geschrieben, klar begründet und gut strukturiert. Ich möchte hier der Verwaltung und insbesondere den Verantwortlichen des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation ein Kompliment machen.

Der Bundesrat schlägt uns vier Förderschwerpunkte vor: die höhere Berufsbildung; die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch anreizorientierte Massnahmen; die Erhöhung der Abschlusszahlen in der Humanmedizin, dies ist dringend notwendig; die Priorisierung der Innovationsförderung mit langfristig und strukturell wirkenden Massnahmen. Diese Schwerpunkte sind richtig gewählt. Es wäre sehr bedauernd, wenn durch die geplanten Kürzungen gerade die endlich geplanten Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wieder unter die Räder kämen. Karriereperspektiven für unsere jungen einheimischen Forscher sind dringend nötig.

Was mich aber am meisten stört, sind die geringen Budgeterhöhungen im ETH-Bereich. Die ETH haben im Bereich der Ausbildungsangebote, der dringend notwendigen Mint-Förderung, der Exzellenz und der internationalen Ausstrahlung eine entscheidende Aufgabe. Sie sollen trotz steigender Studentenzahlen – mehr Frauen notabene – und trotz steigender Ansprüche an die Forschungsinfrastrukturen nur 1,5 Prozent mehr Mittel erhalten. Pardon, das ist bedauernd. Im Gegensatz zu den universitären Hochschulen und den Fachhochschulen sind die ETH zu hundert Prozent vom Bund abhängig. Bei Sparprogrammen sind unsere Flaggschiffe ETH Zürich und ETH Lausanne die Ersten, die den Gürtel enger schnallen müssen. Dies ist äusserst bedauernd.

Begrüssenswert ist, dass die Allianz der Vertreterinnen und Vertreter der Berufsbildung, des Schweizerischen Gewerbeverbandes, der Hochschulbildung (Swissuniversities) sowie der Forschung in der Schweiz im Rahmen eines runden Tisches im Mai 2015, also vor einem Jahr, gemeinsam – gemeinsam, das ist zu betonen – beschlossen haben, die Bildung zu stärken. Denn eine der grössten Herausforderungen für alle Bereiche der Schweizer Bildung besteht heute darin, die von Wirtschaft, Gesellschaft und Forschung benötigten Fachkräfte auszubilden. Duale Berufsbildung, unser bewährtes schweizerisches Erfolgsmodell, und die akademische Ausbildung bilden gemeinsam die Basis für eine erfolgreiche Schweiz.

Massnahmen gegen den herrschenden Fachkräftemangel in unserem Lande sind dringend und zwingend. Dazu hat uns auch die SVP-Initiative "gegen Masseneinwanderung" gezwungen. Wir können und wollen nicht weiterhin die fehlenden Fachkräfte einfach importieren. Wir brauchen mehr eigene junge Spezialisten in allen technischen Bereichen.

Die Wirtschaftsverbände, Economiesuisse, Scienceindustries, Swissmem haben sich für höhere Bildungsrahmenkredite starkgemacht. Eine ausgezeichnete Bildung will auch die CVP. Heute können wir leider nur über zwei Budgetvarianten entscheiden, nämlich über die Anträge des Bundesrates oder über die Anträge Ihrer WBK. Die CVP hat sich hinter den Bundesrat gestellt.

Noch wesentlicher als die Bewilligung der absoluten Beträge ist es, ein "Stop-and-go" zu verhindern. Der



grösste Teil der Bildungsmittel geht in Humankapital, ist für Forschende und Lehrende bestimmt, die Zeit brauchen. "Stop-and-go" ist Gift für nachhaltige Bildung und Forschung, wir brauchen Kontinuität und finanzielle Sicherheit. Dies ist uns sehr wichtig.

Quadranti Rosmarie (BD, ZH): Die BDP-Fraktion wird bei den Zahlungsrahmen der Mehrheit Ihrer WBK folgen, weil uns der Erhalt unseres hervorragenden Bildungssystems wichtig ist. Die Bundesratslösung erachten wir als ungenügend und nicht nachhaltig.

Die Medienvertreterinnen und -vertreter dürften zudem ziemlich erfreut und erleichtert darüber sein, dass sie auf der Suche nach dem Profil der BDP fündig geworden sind, dies dank der Feststellung, dass sich die BDP als einzige bürgerliche Partei nicht von nachhaltigen Investitionen in die Bildung und damit in künftige Generationen verabschiedet hat.

Herr Bundespräsident, letzte Woche bei der Gotthardtunnel-Eröffnung haben Sie zu Recht die Innovationskraft der Schweiz gelobt und waren sichtlich stolz auf unser Land. Ohne diese Innovations-, aber auch Investitionskraft hätte der Gotthardtunnel nie gebaut und nie realisiert werden können.

Was passiert, wenn Bildung und Forschung vernachlässigt werden, sehen wir gerade heute eindrücklich. Fehlende oder mangelhafte Bildung ist einer der Gründe, weshalb Menschen flüchten müssen. Was Bildung, Forschung und Innovation aber aus einem Land machen können, hat die Schweiz eindrücklich vor Augen geführt. Sie hat sich wegen einer guten Bildungspolitik von einem Armenhaus zum Wissens- und Werkplatz gemausert. Unser hervorragendes Bildungssystem auf allen Stufen, von der Volksschule bis zur Hochschule, ist massgeblich für den Wohlstand und dauerhaften Erfolg des Landes verantwortlich.

Dieses Erfolgsmodell dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Die BDP ist der Meinung, dass das Wachstum von 2 Prozent, welches der Bundesrat vorschlägt, ungenügend ist. Es kommt hinzu, dass gerade der Bildungsbereich 20 Prozent des Sparprogramms tragen soll, obwohl er gerade mal 11 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes ausmacht; das ist unverständlich. Das Argument des Finanzministers bei diesem Sparprogramm, dass der Bildungsbereich in den Vorjahren die grössten Zuwachsraten verzeichnet hätte, ist ja wohl kaum ein Zeichen dafür, dass hier grosses Sparpotenzial liegt, vielleicht ist es sogar ein Zeichen für das Gegenteil.

Die BDP ist mit wichtigen Verbänden der Bildung einig, dass der Bundesrat hier einen falschen Weg einschlägt. Wir können ewig diskutieren, ob 2 Prozent nicht doch genügen. Wer Recht hat, ist eine hypothetische Frage. Auswirkungen – positive wie negative – werden erst nach geraumer Zeit sichtbar. Weil das so ist, wählt die BDP-Fraktion einen ganz pragmatischen Ansatz. Die Mehrheit der WBK strebt ein Wachstum an, welches nicht optimal, aber so ausgestaltet ist, dass mit Effizienzbemühungen und Sparen, wo es am wenigsten schadet, das Erreichen der gesteckten Ziele doch möglich erscheint. Diese Lösung wird auch von Berufsbildungs- und Hochschulen getragen. Natürlich führen höhere Ausgaben im Bildungsbereich nicht automatisch zu besserer

AB 2016 N 951 / BO 2016 N 951

Bildung. Dass das Bildungswesen aber funktioniert, beweisen seine Erfolge.

Unsere Leuchttürme, die ETH Zürich und die EPFL, sowie unsere Universitäten dürfen nicht an Leuchtkraft verlieren. Wir bekommen fast täglich vor Augen geführt, was passiert, wenn Rohstoffe in anderen Ländern abgebaut werden. Auch sie werden häufig nicht nachhaltig gewonnen und genutzt. In der Schweiz haben wir einen einzigen Rohstoff: unsere Bildung, unsere Forschung und unsere Innovationskraft. Diesen Rohstoff müssen wir nachhaltig bewirtschaften.

Die BDP steht zu den Inhalten der BFI-Botschaft und ihren prioritären Schwerpunkten. Die Franken, die wir im Bildungswesen einsetzen, sind als Investition in die Zukunft zu betrachten. Diese Investition braucht ein deutliches Wachstum, denn sonst sind die Ziele, die wir als BDP unterstützen, in unseren Augen nicht zu erreichen.

Wir stehen unter dem Druck von Sparmassnahmen. Die Bildung muss ihren Beitrag leisten. Sie tut es auch, weil das Wachstum, das von der Mehrheit der WBK vorgeschlagen wird, schon dazu aufruft. 2 Prozent werden aber eine Verzichtplanung bedeuten; wie diese aussieht, das weiss im Moment niemand. Auch deshalb dürfen wir dem Spardruck auf Kosten der Bildungsausgaben heute nicht nachgeben, denn das Potenzial der Schweiz liegt in Bildung, Forschung und Innovation. Das ist ein Bekenntnis zur Stärke der Schweiz, hält den Standort Schweiz attraktiv und macht die Bevölkerung für die Zukunft fit. Wir sollten nicht von einem Weg abkommen, der bis hierhin gezeigt hat, dass er richtig war. Wir sollten diesen Weg weitergehen, gerade auch in Zeiten, welche nicht besonders rosig erscheinen – in Zeiten, in denen an allen Ecken und Enden gespart werden muss und welche nicht zuletzt auch dadurch viele Unsicherheiten mit sich bringen. Gerade das sollte uns nicht davon abbringen, dass wir weiterhin auf unsere Stärken vertrauen; wir dürfen nicht das Risiko eingehen, diese Stärken verkümmern zu lassen.



Klar sind die finanzpolitischen Verhältnisse heute andere als in der letzten BFI-Periode, aber das gilt eben nicht nur für die finanzpolitischen Verhältnisse: Auch im BFI-Bereich hat sich vieles verändert. Wir stehen vor anderen und schwierigeren Herausforderungen. Umso weniger verständlich ist es, wenn die Wachstumsrate niedriger angesetzt wird als früher. Wie verheerend und was für ein finanzpolitischer Unsinn wäre es, wenn wir die Ziele nicht erreichen würden, weil wir am falschen Ort gespart hätten!

Auch bei Investitionen ist es so: Die Früchte zeigen sich erst später. Das gilt aber auch für die verkümmerten Früchte bzw. für die Folgen einer verpassten Innovationschance. Gerade der BFI-Bereich ist ein sensibler Bereich, was verpasste Chancen anbelangt. Ein einmal entstandener Forschungsrückstand lässt sich nicht so leicht wieder aufholen. Verpasste Innovationen sind endgültig verpasst. Wie schwer sich verpasste Chancen bei den Bildungsmaßnahmen korrigieren lassen, braucht nicht betont zu werden.

Bereits erwähnt habe ich den Spitzenplatz der Schweiz im internationalen Vergleich. Vergleicht man die Ausgaben aber in Relation zum BIP, so stellt man fest, dass die Ausgaben in der Schweiz zum Teil markant geringer ausfallen als im Ausland. Das zeigt zwar, dass die Schweiz mit weniger Investitionen schon sehr viel erreicht hat, aber auch, dass andere Länder nachziehen werden.

In der Botschaft heisst es, die Schweiz könne Wachstum praktisch nur über Innovationen generieren. Darüber sind wir uns wahrscheinlich einig. Die hohen Ziele zeigen, dass der Bundesrat von dieser Strategie überzeugt ist. Es fehlt aber ein klares Bekenntnis zu diesen Aussagen, wenn auf finanzieller Seite keine klare Absicherung vorhanden ist.

Deshalb werden wir grundsätzlich der Mehrheit Ihrer WBK folgen. Gerade auch als bürgerlicher Fraktion – ich habe es gesagt – liegt uns das Bildungswesen tatsächlich und nicht nur mit Worten am Herzen. Denn wir vergessen nicht, dass vor allem Bildung, Forschung und Innovation unser Land zu dem gemacht haben, was es ist. Das Arbeitsame, das Strebsame und die Zuverlässigkeit unterscheiden uns nicht von allen anderen Ländern. Ebenso blockiert Angstmacherei gegenüber allem und jedem. Ebenso muss man sich gut überlegen, ob dieser Bereich wirklich der richtige Ort für ein so tiefes Wachstum ist, wie es der Bundesrat vorgesehen hat. Nicht Stacheldraht bringt dieses Land vorwärts, sondern Bildung, Forschung und Innovation.

Deshalb: keine gefährlichen Experimente bei der Bildung! Wir unterstützen die Mehrheit der WBK.

Fricker Jonas (G, AG): Wissen ist der einzige Rohstoff der Schweiz, den wir unbeschränkt wachsen lassen und nutzen können. Leider treffen die Sparmassnahmen den Bereich Bildung, Forschung und Innovation überproportional. Wir müssen uns daher die Frage stellen, ob der Bundesrat die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt hat.

Vor einem Jahr hat der Nationalrat den Bundesrat per Motion beauftragt, für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017 bis 2020 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 3,9 Prozent einzuplanen. Diese Wachstumsrate sollte eine ganze Reihe notwendiger Reformen in der Berufsbildung und in der Hochschulbildung ermöglichen. Insbesondere sollten die angekündigten Massnahmen für eine Stärkung der höheren Berufsbildung und für eine attraktivere wissenschaftliche Karriere umgesetzt werden, ohne dabei die vorhandene Substanz und die Exzellenz in allen Bereichen des BFI-Systems zu gefährden. Denn Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Da waren und sind sich auch nach den heutigen Voten der Fraktionen in diesem Rat alle Parteien einig. Der Entscheid für 3,9 Prozent Wachstum wurde übrigens – das möchte ich hier betonen – vor einem Jahr in Kenntnis der aktuellen Haushaltlage gefällt, nicht in Unkenntnis. Sechs Monate später, in der Wintersession, stimmte der Ständerat der Motion in abgeänderter Form zu.

Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation soll vom Bundesrat als prioritäre Aufgabe behandelt werden, und er soll die dafür notwendigen Mittel in ausreichendem Masse zur Verfügung stellen. Der Ständerat verzichtete dabei bewusst auf eine Prozentzahl für das Wachstum und definierte die vier Förderungsschwerpunkte höhere Berufsbildung, wissenschaftlicher Nachwuchs, Humanmedizin und Innovation. Ende Februar präsentierte der Bundesrat die BFI-Botschaft mit genau diesen vier Schwerpunkten. Er bekräftigte darin mehrmals die entscheidende Bedeutung dieses prioritären Politikbereichs. So schreibt er zum Beispiel: "Bildung ist die wichtigste Grundlage für eigenständiges und selbstverantwortliches Denken und Handeln, Forschung die Quelle neuer Erkenntnisse und Innovation die Basis für den Erfolg am Markt." Zudem beruft er sich auf das Legislaturziel "Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft". Viele schöne Worte, aber was sagen die Zahlen?

In der Botschaft wurde das jährliche Wachstum auf nur gerade 2,0 Prozent heruntergekürzt, ohne dabei Ziele oder Schwerpunkte zu verändern; wir haben es heute mehrmals gehört. Der BFI-Bereich muss 18 Prozent zum Sparprogramm beitragen, obwohl er nur 10,7 Prozent der Ausgaben ausmacht. Ich frage Sie: Sieht so ein prioritärer Politikbereich aus? Wir Grünen bezweifeln das. Dazu ein Beispiel aus der Berufsbildung: Der Bundesrat hat einen Förderschwerpunkt "Höhere Berufsbildung" definiert und will jährlich zwischen 110 und



135 Millionen Franken in die Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen investieren. Gleichzeitig fährt er aber die Pauschalbeiträge an die Kantone um 80 bis 100 Millionen Franken zurück. Unter dem Strich bleibt also nicht mehr viel übrig, eigentlich nur noch gutes Marketing.

Damit erreichen wir unser Ziel, im BFI-Bereich weiterhin Weltspitze zu sein, nicht. Denn die internationale Konkurrenz schläft nicht. Gerne hätten die Grünen das ursprüngliche Ziel von 3,9 Prozent Wachstum konsequent im Rat vertreten. Aber auch wir sind der Meinung, dass der BFI-Bereich seinen Teil zum Sparprogramm beitragen muss. Aus diesem Grund unterstützen wir mit einer Ausnahme konsequent die Kompromissanträge der Mehrheit der WBK, die

AB 2016 N 952 / BO 2016 N 952

auf 3,2 Prozent Wachstum zielen. Wir legen dabei Wert darauf, dass die einzelnen BFI-Teile nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Noch eine finanztechnische Bemerkung: Wir beschliessen hier jeweils einen vierjährigen Zahlungsrahmen. Es ist das Maximum an Ausgaben, das wir hier definieren. Die einzelnen Ausgabepositionen unterliegen dann natürlich wieder dem jährlichen Budgetprozess.

Die Grünen werden der Mehrheit der WBK folgen und damit den austarierten Kompromissanträgen im Hinblick auf die finanzielle und bildungspolitische Interessenlage zustimmen. Wir danken dem Bundespräsidenten, der Verwaltung und allen Beteiligten für die grosse Arbeit, für die gute Arbeit, die geleistet wurde. Wir hoffen auf die CVP- und die FDP-Fraktion, von denen wir hier schöne Worte gehört haben, die aber leider mehrheitlich nur 2,0 Prozent sprechen werden und doch ein bisschen die Tür offen lassen. Vielleicht gibt es ja noch eine Kompromisslösung via Ständerat. Da sind wir zuversichtlich.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): La matière grise est la principale ressource de notre pays, une ressource dont le potentiel est certes inépuisable, mais qu'il faut néanmoins gérer, entretenir et cultiver de manière proactive, afin qu'elle réalise toutes ses promesses en matière d'innovation. Ceci ne peut se faire sans investir un minimum de moyens. C'est la conclusion à laquelle était parvenue notre conseil il y a un an, en soutenant la motion 15.3011 chargeant le Conseil fédéral de prévoir une croissance annuelle moyenne des soutiens à la formation, à la recherche et à l'innovation de 3,9 pour cent pour les années 2017 à 2020.

Ces moyens supplémentaires devaient permettre de mettre en place toute une série de réformes, indispensables au bon développement de la formation professionnelle et des hautes écoles. Lors de la dernière session d'hiver, le Conseil des Etats a adopté la motion, dans une version légèrement modifiée, sans objectif chiffré, en réaffirmant que les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation devaient être considérés comme prioritaires pour le Conseil fédéral et bénéficier des moyens nécessaires.

Aux yeux des Verts, les investissements pour la formation, la recherche et l'innovation sont d'autant plus importants aujourd'hui, en cette période où nous sommes confrontés à de nombreux défis exigeant un engagement fort en matière de savoir et de créativité à tous les niveaux de la société. Je pense en particulier non seulement à la transition énergétique, mais aussi à l'application des principes de l'économie circulaire à tous les secteurs d'activité, ainsi qu'aux enjeux majeurs liés à la numérisation de notre économie.

Par ailleurs, depuis le vote sur l'initiative contre l'immigration de masse, la nécessité de mieux mobiliser les forces de travail présentes à l'intérieur des frontières de notre pays ainsi que celle d'une vaste offensive de formation ont été évoquées dans les milieux politique et économique les plus divers. Tout le monde est également d'accord pour dire que le franc fort nous contraint à innover, si nous voulons rester compétitifs au niveau international. Il faut dès lors donner des suites concrètes à ces belles paroles.

Dans son message sur l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant les années 2017–2020, le Conseil fédéral reconnaît l'importance de cet objet et réaffirme la haute priorité qu'il souhaite lui accorder. Cependant, les moyens ne suivent pas. Le message ne prévoit qu'une croissance annuelle de 2 pour cent, sans avoir en rien changé les objectifs et les points forts déterminés auparavant. De fait, le domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation est lourdement affecté par le programme d'économies, auquel il contribue à raison de 18 pour cent, bien qu'il ne représente que 10 pour cent des dépenses. Comment peut-on encore parler d'un dossier prioritaire?

Les Verts considèrent qu'une augmentation de 3,9 pour cent des dépenses en faveur du domaine FRI, demandée au Conseil fédéral il y a seulement un an, constituait un engagement non seulement crédible, mais aussi raisonnable pour un domaine d'une telle importance pour notre pays. Il s'agit d'investir dans notre avenir, et de tels investissements ne doivent précisément pas être sacrifiés pour des raisons d'économie. Ils sont en effet, bien au contraire, garants de notre prospérité sur le long terme.

Les propositions de la majorité de la commission prévoient un taux de croissance de 3,2 pour cent, ce que l'on



peut considérer comme un compromis dans un contexte d'austérité budgétaire. Ces propositions constituent un minimum auquel les Verts peuvent évidemment souscrire et qu'ils soutiendront effectivement lors du vote. Je le rappelle pourtant, de tels chiffres restent à nos yeux insuffisants pour développer une politique véritablement ambitieuse, vu les défis écologiques, économiques et de société auxquels nous faisons face aujourd'hui et qui exigeraient, au contraire, une mobilisation exceptionnelle de notre savoir et de nos capacités d'innovation.

Aebischer Matthias (S, BE): Gerne eröffne ich meine Rede heute mit einer Behauptung: Im Bildungsbereich ist die Schweiz Weltmeisterin. Sei es unser Bildungssystem, seien es die Hochschulen, sei es der Forschungsplatz, die Berufsbildung oder die Weiterbildung – überall sind wir top, und ich bin stolz darauf. Die Bildung ist das Wichtigste für den Erfolg unseres Landes. Es ist das Wichtigste für die Zukunft. Oder wie sagte einst der britische Premierminister Tony Blair? Das Wichtigste für sein Land war, ist und muss sein: "education, education, education" – Bildung, Bildung, Bildung.

Nicht, dass dies unser Bundesrat nicht erkannt hätte, im Gegenteil: Seine Ziele im Bildungsbereich steckt er alle vier Jahre neu, er steckt sie alle vier Jahre höher, und das ist gut so. In den nächsten vier Jahren hat er Folgendes vorgesehen: Er will – das haben wir bereits gehört – die höhere Berufsbildung finanzieren. Das wurde lange angekündigt. Dann will er die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, also des Mittelbaus, stärken. Dann will er die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte erhöhen. Auch dort steckt er die Ziele hoch, oder auch bei der Priorisierung der nachhaltigen Innovationsförderung und bei der Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes. Um dies zu erreichen, stellt der Bundesrat jährlich für seine neuen Ziele mehr Geld zur Verfügung. In den letzten vier Jahren waren es im Schnitt 3,7 Prozent. Auch das ist gut so.

Gerne wären wir von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur bei dieser jährlichen Erhöhung von 3,7 Prozent geblieben, doch der Bundesrat erklärte vor ziemlich genau einem Jahr, dass seine Forderungen bloss zu einer jährlichen Erhöhung von 3,2 Prozent berechtigten. Es kam noch besser bzw. schlechter: Der Bundesrat kürzte das Budget erneut und sprach plötzlich nur noch von 2 Prozent. Und die Ziele? Schon fast lapidar steht in der Bildungsbotschaft: "Aufgrund der knappen Mittel sind nicht alle Vorhaben beim Schweizerischen Nationalfonds realisierbar, und die strategischen Planungen bei den ETH, den Universitäten und den Fachhochschulen müssen angepasst werden."

Im gesamten schweizerischen Bildungsbereich ist man sich einig: Sparen bei der Bildung ist der falsche Weg. Und so hat eine klare Mehrheit der Kommission die Zahlen so angepasst, dass sie der ursprünglichen Version des Bundesrates entsprechen. Es ist also nicht überschwänglich, sondern es ist die ursprüngliche Version des Bundesrates. Unterstützung erhalten wir für diesen Plan aus restlos allen Bildungsbereichen.

Abschliessend möchte ich noch etwas sagen: Dass die SVP-Fraktion bei der Bildung sparen will, ist bekannt. Wenn aber heute auch die FDP- und die CVP-Fraktion in Zeiten, in denen man den Unternehmen mit der Unternehmenssteuerreform III 1,4 Milliarden schenkt, die Bauern mit 400 Millionen entlastet und die Armee mit jährlich zusätzlich 500 Millionen Franken finanzieren will, wenn also die CVP- und die FDP-Fraktion nun auch bei der Bildung sparen wollen, dann ist das, gelinde gesagt, ein Armutszeugnis.

Ich bitte Sie deshalb, die klare Mehrheit der Kommission zu unterstützen.

AB 2016 N 953 / BO 2016 N 953

Keller Peter (V, NW): Kollege Aebischer, keine Angst, ich werde Sie nicht zu Ihrer Interessenbindung befragen. Zur Bildung gehört auch die korrekte Verwendung der Begriffe. Sie haben gesagt, dass wir bei der Bildung sparen wollten. Tatsächlich sieht unser Vorschlag vor, in der kommenden BFI-Periode eine Milliarde Franken mehr auszugeben als in der laufenden Periode. Können Sie uns bitte Ihren Begriff von Sparen erklären?

Aebischer Matthias (S, BE): Geschätzter Kollege Keller, ich weiss jetzt nicht genau, was Sie unter "wir" oder "unser Vorschlag" verstehen. Denn Ihr Vorschlag ist ja ein anderer als jener der Kommissionsmehrheit. Ich habe erklärt, die Kommissionsmehrheit wolle nur das, was der Bundesrat vor einem Jahr gewollt hatte, nämlich diese 3,2 Prozent. Ihr Vorschlag ist ja, dass man die gesamten Bildungskosten einfriert, wenn ich das richtig begriffen habe.

Amstutz Adrian (V, BE): Wir sind uns einig, dass die Bildung zentral wichtig ist. Aber einfach mehr Geld zu sprechen ist kaum die Lösung. Ich frage Sie jetzt: Finden Sie es sinnvoll, wenn der Nationalfonds z. B. für mehrere Hunderttausend Franken Forschungsprojekte unterstützt, um die Unterwäsche der untergegangenen Hanro-Fabrik zu analysieren? Es gehe darum, "aufzuzeigen, wie Intimität über Wäsche hergestellt wird, was zu welcher Zeit verborgen wurde und warum". (*Zwischenruf der Präsidentin: Herr Amstutz, eine kurze Frage!*) Finden Sie es richtig, Steuergelder für solchen Blödsinn einzusetzen?



Aebischer Matthias (S, BE): Geschätzter Kollege Amstutz, diese Frage gefällt mir. Sie gefällt mir, weil sie von Ihrer Partei bereits im Kulturbereich gestellt wurde. Ihre Partei hat im Kulturbereich alle Projekte bis ins letzte Detail infrage gestellt, wie Sie das jetzt auch bei einem Forschungsprojekt tun wollen. Ich sage Ihnen: Wenn Sie hier im Bildungsbereich die gleiche Flughöhe wählen wie im Kulturbereich, dann sind wir gezwungen, dieselbe Flughöhe auch im Landwirtschaftsbereich zu wählen. Im Moment machen wir das nicht, aber wenn Sie so weiterfahren, werden wir das auch machen müssen.

Steiert Jean-François (S, FR): La majorité des membres de notre chambre est en passe de prendre une décision irresponsable pour l'avenir de notre pays. J'ai aujourd'hui l'impression de travailler dans un conseil où la majorité se plaît plus à suivre des logiques partisans, des positions idéologiques, qu'à penser à l'avenir de notre pays, à ses forces centrales, à leur maintien et à leur développement, comme l'ont déjà rappelé Monsieur Wasserfallen et Madame Bulliard, rapporteurs de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. Ceux-ci ont expliqué ce pour quoi la formation, ce pour quoi la recherche, ce pour quoi l'innovation sont particulièrement importantes pour notre pays. Je ne vais pas répéter leurs arguments, mais souligner que nous n'avons ni pétrole, ni minerais, ni d'autres richesses naturelles dans notre pays, si ce n'est peut-être une belle nature. Mais ce n'est pas uniquement grâce à une belle nature que l'on construit l'avenir de notre pays. La force économique, sa prospérité, c'est tout d'abord la plus-value des emplois qui nous permettent d'être concurrentiels sur le plan international. Ils sont basés sur le savoir, un savoir qui est non seulement statique, mais également renouvelé en permanence. Un savoir qui est renouvelé en permanence implique d'avoir des lieux de recherche. Monsieur Amstutz a évoqué un exemple caricatural pour dire qu'il y avait de la recherche qui se faisait dans des domaines inutiles. J'aimerais lui rappeler qu'un de ses collègues nous a dit il y a quelque temps qu'il fallait faire de la recherche là où on était sûr d'obtenir des résultats. Si un parti dit qu'il faut faire de la recherche là où on est sûr d'obtenir des résultats, c'est qu'il n'a rien compris à l'idée de la recherche et il est donc malvenu de proposer aujourd'hui des coupes dans ce domaine.

La Commission de la science, de l'éducation et de la culture est composée de gens de toutes sensibilités politiques, du directeur de l'USAM – que l'on peut définitivement ne pas soupçonner d'extrémisme de gauche ou d'avoir le sens de la dilapidation de l'argent public –, au président de la CDIP – qui représente l'intérêt de tous les cantons –, en passant par d'autres personnes qui ont de grandes compétences. Il y a deux ans déjà, ces gens ont essayé d'établir un plan sérieux pour l'avenir de la recherche, de la formation et de l'innovation dans notre pays en mettant tout le monde autour d'une table, tous les groupes d'intérêts, de l'industrie au monde du travail, en passant par les milieux de la science et de la formation.

Ils ont défini des besoins supplémentaires; certains d'entre eux ont été adoptés par le Parlement, d'autres par le Conseil fédéral: des places d'études supplémentaires en médecine, un financement supplémentaire de la formation professionnelle supérieure, un encouragement de la relève et de la recherche dans le domaine de l'énergie. D'autres éléments ont également été relevés, où nous savons tous que nous avons un travail important à faire. Ce sont des choses que nous avons décidées, mais que nous n'avons pas financées, et c'est l'un des problèmes de ce projet du Conseil fédéral.

Les tâches supplémentaires, couplées à l'augmentation du nombre d'étudiants, cela signifie 3,9 pour cent de plus par année. Ce n'est pas une augmentation déraisonnable, cela revient juste à couvrir les coûts supplémentaires naturels qui découlent de l'augmentation de la population, ainsi que les tâches supplémentaires que nous avons données au monde de l'éducation et de la science au cours des dernières années.

Le Conseil fédéral a dit que nous étions un peu à l'étroit financièrement et a proposé, dans un premier temps, 3,2 pour cent de croissance annuelle. Ce que prévoyait donc le projet, à savoir de se serrer un peu la ceinture, était à peu près faisable. C'est sans doute la raison pour laquelle le président du Parti démocrate-chrétien, Monsieur Gerhard Pfister, a écrit il y a environ une semaine, en tant que président de l'Inter groupe parlementaire Formation, recherche et innovation, fondé par Science Industries, aux 200 membres du Conseil national, pour nous inciter à soutenir l'augmentation annuelle de 3,2 pour cent pour le renforcement de la recherche, de la formation et de l'innovation en Suisse. Les propos du président du PDC sont tout à fait raisonnables. Je souhaite évidemment que son groupe le suive aujourd'hui en ce sens.

Nous sommes dans un contexte de concurrence internationale, et nous avons face à nous des pays concurrents qui doublent, pour certains, leur budget pour la recherche et l'éducation. Que cela signifie-t-il? Cela signifie qu'en nous battant sur un demi pour cent de plus ou de moins, nous ergotons sur des montants qui sont petits, voire ridicules. En effet, même si les montants sont importants en francs, ils sont petits par rapport à d'autres gros montants dont nous discutons dans le domaine de la fiscalité, des subventionnements agricoles, de l'armée, etc. Ergoter sur les montants FRI, c'est laisser d'autres pays nous dépasser, et c'est – par un dol éventuel – faire en sorte que la situation de la Suisse s'affaiblisse progressivement.



Je vous donne un exemple pour expliquer pourquoi un taux de croissance de 3,2 pour cent, qui peut paraître élevé, n'est pas grand-chose. Mon exemple concerne le domaine de la formation professionnelle. Nous avons décidé de consacrer 100 millions de francs supplémentaires à la formation professionnelle supérieure. Cette décision, prise à une forte majorité, va sans aucun doute être suivie par le Conseil des Etats, car elle fait l'objet d'un large consensus. Pour financer la formation professionnelle supérieure, il faut en principe 100 millions de francs par année. La Confédération en paie une partie, et les 286 millions de francs que nous vous proposons d'ajouter dans le cadre des 3,2 pour cent couvrent tout juste ce montant supplémentaire pour les cantons. Tout

AB 2016 N 954 / BO 2016 N 954

montant en moins signifie que les cantons devront couper dans la formation professionnelle de base.

Nous sommes tous, à droite comme à gauche, à faire de beaux discours et à reconnaître que la formation professionnelle est essentielle pour notre pays. Mais il faut être conséquent. Ainsi, j'aimerais demander aux personnes qui tiennent ces propos et qui décideront aujourd'hui de réduire les montants en disant – à l'instar de Monsieur Tuena – qu'il n'y a pas de problème, qu'on fera mieux avec moins, de nous montrer comment on fait mieux avec moins dans l'armée ou dans l'agriculture. D'après Monsieur Tuena, si ce n'est pas possible, cela signifie que le seul domaine inefficace en Suisse, c'est la formation et la recherche. C'est sans doute la raison pour laquelle nous sommes au top sur le plan international dans ce domaine!

J'ai fait un petit calcul. Nous discutons actuellement de plus ou moins 1,4 milliard de francs dans la réforme de l'imposition des entreprises III. Si l'on prend 245 millions de francs, cela ne représente même pas 20 pour cent de la marge de manoeuvre de la RIE III que nous investissons dans la formation. Soyons sérieux! Nous discutons de plus ou moins 1,5 milliard de francs en matière d'imposition et nous ne sommes pas capables de prendre 20 pour cent de ce montant pour l'avenir de notre pays, pour l'éducation et la formation. Ce n'est pas sérieux!

Pour l'avenir de notre pays, je vous invite donc à suivre les propositions de la majorité de la commission et à dire que nous avons les moyens de payer plus, c'est-à-dire d'investir 3,2 pour cent de plus par année pour la formation, l'éducation et l'innovation.

Rime Jean-François (V, FR): Monsieur Steiert, plusieurs intervenants nous ont dit que nous n'avions aucune matière première en Suisse, à part la formation. Vous avez dit que la nature était très belle. Ne pensez-vous pas que le bois est une matière première importante et sous-exploitée dans notre pays?

Steiert Jean-François (S, FR): En tant que propriétaire forestier comme vous, je sais que le bois est une matière première importante pour la Suisse. La nature est belle sur ma parcelle, que je fréquente souvent. Comme vous l'avez dit, et nous sommes parfaitement d'accord: la nature est une plus-value importante pour notre pays. Ce n'est toutefois pas ce que dont nous discutons aujourd'hui. Le jour où nous discuterons du subventionnement de produits naturels et de l'encouragement au maintien de la nature, je soutiendrai volontiers ces démarches avec vous.

Béglé Claude (C, VD): Monsieur Steiert, y a-t-il moyen d'évaluer l'impact positif de l'investissement fait en matière d'éducation supérieure et de recherche sur la croissance de notre produit national brut? Ou, à l'inverse, les conséquences négatives que pourraient avoir de telles coupes sur notre économie?

Steiert Jean-François (S, FR): Monsieur Béglé, je vous remercie de votre question. Si on voulait y répondre sérieusement, cela demanderait un certain temps; or, nous sommes censés donner des réponses relativement courtes; donc, je ne vous citerai pas une ribambelle de chiffres.

L'Office fédéral de la statistique a, dans ses séries de publications, quelques données de base, qui sont malheureusement un peu lacunaires. Par contre, nous avons quelques indicateurs, si nous prenons les principaux blocs dont nous discutons aujourd'hui. Il y a trois blocs particulièrement importants, financièrement parlant. Le premier dont nous discuterons est celui de la formation professionnelle et de la formation professionnelle supérieure. Nous savons que, si nous suivons le Conseil fédéral en diminuant les crédits dans le domaine de la formation professionnelle de base – les cantons nous l'ont dit, notamment par la voix de Monsieur Eymann, président de la Conférence suisse des directeurs de l'instruction publique –, cela signifie que des gens, que nous cherchons à faire entrer dans cette formation aujourd'hui, n'en auront pas; cela signifie du chômage en plus, des jeunes qui ne trouveront pas d'emploi.

Je ne peux donc pas calculer au plus juste le nombre supplémentaire de jeunes qui seront au chômage. Ce qui est pourtant évident, c'est que le fait d'avoir moins de jeunes ayant fait un apprentissage et plus de jeunes sans formation clé qui seront au chômage, nous coûtera nettement plus cher en termes d'assurances sociales



et diminuera le nombre de personnes contribuant à la plus-value de notre pays. Je ne peux pas le chiffrer, mais si l'on se réfère au sens commun, les choses sont relativement évidentes.

L'autre exemple clé est celui des écoles polytechniques fédérales. Vous qui représentez le canton de Vaud, Monsieur Béglé, connaissez parfaitement la situation. Le canton de Vaud, qui est le principal canton de Suisse romande, s'est retrouvé il y a quelques années dans une situation financière difficile et s'est fait, par conséquent, enlever son troisième A par les agences de notation. Grâce à des investissements massifs du canton ainsi que de la part de privés dans la place forte de recherche de Lausanne, l'économie a pu prendre un nouvel essor. Un nombre très important de petites entreprises ont été créées, grâce aux savoirs acquis et développés tant à l'EPF que dans les universités. (*Zwischenruf der Präsidentin: Herr Steiert, Sie haben zu Beginn gesagt, eine kurze Antwort sei gefragt. Bitte halten Sie sich daran.*) Vous et moi savons que c'est à cela que nous devons une partie de notre prospérité.

Amstutz Adrian (V, BE): Herr Kollege, Sie spielen hier einmal mehr wichtige Bereiche unseres Landes gegeneinander aus: Bildung und Forschung gegen die Landwirtschaft. Ich frage Sie nun: Geht es in diesem Rat nicht um einen effizienten, richtigen Mitteleinsatz? Da frage ich Sie bezüglich der Landwirtschaft: Wollen Sie im Notfall, bei einem Versorgungsengpass, die Schweizer Bevölkerung mit der Studie über die Geschichte der Hanro-Unterwäsche füttern?

Steiert Jean-François (S, FR): Lieber Kollege aus dem Kanton Bern, erstens spielen wir nicht gegeneinander, sondern zusammen. Wir haben hier zum ersten Mal ein Projekt, bei dem wir mit dem Gewerbeverband, der Ihnen ja nahesteht, zusammengesessen sind, bei dem wir mit der Wissenschaft, mit allen Kreisen, die beteiligt sind, mit den 26 Kantonen – auch mit Ihrem Kanton, Herr Amstutz – zusammengesessen sind. Wir haben geschaut, was wir brauchen, um effizient die zusätzlichen Studierenden und die neuen Aufgaben, die wir gegeben haben, zu finanzieren. Wir sind auf diese 3,2 Prozent gekommen.

Zu Ihrem Antrag, Herr Amstutz, die Mittel zu kürzen, hat uns der Präsident der Eidgenössischen Technischen Hochschule sehr genau gesagt, was das heisst. Ihr Antrag würde dazu führen, dass auch im Kanton Bern Standorte geschlossen werden müssten. Wir haben das vom Präsidenten der ETH gehört. Sie dürfen natürlich den Präsidenten der ETH hier als unseriösen Menschen betrachten. Ich gehe davon aus, dass er seriös ist. Er weiss sehr genau, wenn er mit den Mitteln, die Sie ihm geben wollen, arbeiten muss, wo er abschneiden muss. Sie können dann Ihren Wählerinnen und Wählern im Kanton erklären, das sei halt in Kauf zu nehmen, das gebe weniger Arbeitsstellen.

Ich komme aus einem Landwirtschaftskanton, wie Sie auch. Mir ist die Landwirtschaft wichtig. Aber es geht darum, dass wir nicht mit verschiedenen Ellen messen. Wir haben hier heute Morgen einen Sprecher der Finanzkommission gehabt, der gesagt hat, wir müssten schauen, wie es mit der Teuerung und der Kompensation der Teuerung aussieht. Er hat das nur für den BFI-Bereich gesagt. Ich bin schon dafür zu haben, das anzuschauen, Herr Amstutz. Aber dann schauen wir das überall an, auch bei der Landwirtschaft, auch in anderen Bereichen, und machen das seriös und hauen nicht nur auf die Bildung und Forschung ein, für die wir international bekannt sind, und sagen, bei uns gehe alles gut.

Sie haben bei der Landwirtschaft, wir haben in der Bildung da und dort Sachen, die wohl nicht optimal laufen. Aber

AB 2016 N 955 / BO 2016 N 955

einzelne Beispiele bringen ist nicht hilfreich. Ich finde Ihnen auch einen Bauern, der die Subventionen schlecht nutzt; Sie finden einen Wissenschaftler, der die Subventionen schlecht nutzt. Sie machen alles schlecht. Wir müssen gut arbeiten. Sie gehen mit einem falschen Beispiel voran, Herr Amstutz.

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Ich bedanke mich bei Ihnen für die eben geführte konstruktive Diskussion. Die Diskussion hat aufgezeigt, dass Bildung, Forschung und Innovation zentral wichtig sind und dass die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation eine Investition in unsere graue Masse und in die Fähigkeit unserer Gesellschaft ist. Es ist also eine investive Angelegenheit und nicht Geld, das ohne nachhaltige Wirkung ausgegeben wird.

Lassen Sie mich mit einer Zahl beginnen, damit diese einmal gefallen ist: Nehmen Sie die Botschaft auf Seite 3095, und lassen Sie sich dort zeigen, dass für die Periode 2013–2016 insgesamt 23,8 Milliarden Schweizerfranken zur Verfügung gestanden haben und dass für die Periode 2017–2020 nun eine Gesamtsumme vorgeschlagen wird, die bei 25,7 Milliarden Franken liegt. Es steht also mehr Geld zur Verfügung, bei quasi einer Nullteuerung. Es steht mehr Geld zur Verfügung, was nichts anderes heisst, als dass der Spielraum, um in Bildung, Forschung, Innovation zu investieren, etwas grösser und nicht kleiner wird. Ich komme dann in ein



paar Minuten auch noch auf die Gelder im Berufsbildungskontext zu sprechen.

Das Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbudget, das wir heute diskutieren, ist mit Sicherheit ein ambitioniertes Projekt, es ist aber ein machbares Projekt. Der Bundesrat hat sich sehr bemüht, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen bestmöglich zu berücksichtigen und Ihnen einen bestmöglichen Kompromiss vorzuschlagen. Ich stehe persönlich mit Überzeugung hinter diesem Budget, auch wenn es nicht mehr ganz dem entspricht, was wir ursprünglich anvisiert hatten. Es muss mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, möglich sein, dass wir unseren Auftrag erfüllen.

Es war übrigens so, dass ich während des Prozesses der Erarbeitung der BFI-Botschaft die betroffenen Kreise, die Stakeholder, zweimal an den Tisch eingeladen habe. Ich habe sie versammelt, um ihnen vor der Beratung des Stabilisierungsprogramms aufzuzeigen, wie nach der Idee des Bundesrates die Mittel alloziert werden sollen. Ich habe sie dann auch wieder eingeladen, nachdem wir wussten, dass wir beim Stabilisierungsprogramm mitmachen müssen, damit sie sehen konnten, was die Konsequenzen dieses Stabilisierungsprogramms für ihren Bereich sein werden. Ich stelle auch heute noch fest, dass diese Stakeholder-Meetings sehr konstruktiv waren, dass man sich gegenseitig hat verständigen können. Ich behaupte, dass die Betroffenen, die Stakeholder, das bundesrätliche Konzept, das Ihnen vorliegt, grundsätzlich gemeinsam und erst noch mit grosser Überzeugung tragen können, auch wenn sie nicht ganz das bekommen haben, was sie sich ursprünglich vorgestellt hatten.

Es wurde bereits betont, die BFI-Botschaft fokussiert vor allem auf vier Schwerpunktgebiete:

1. Die höhere Berufsbildung ist ganz zentral; wir wollen sie fördern, wir wollen damit die Berufsbildung per se attraktiver machen. Es sind doch beträchtliche Mittel, die der Bund künftig in die Vorbereitungskurse zu den höheren Berufsbildungsabschlüssen investiert. Es sind im Jahr 2018 immerhin 110 Millionen, im Jahr 2019 sind es 120 Millionen, und im Jahr 2020 sind es 135 Millionen Franken. Das ist nicht nichts. Bei der Berufsbildung haben wir herkömmlich einen Auftrag, wonach sich der Bund zu 25 Prozent beteiligt. Diese 25 Prozent gelten als Richtgrösse natürlich weiterhin. Einmal übertreffen wir diese Quote von 25 Prozent; es wird zeitweise sogar eine 26-Prozent-Beteiligung. Insgesamt hält der Bund seine Verpflichtungen ein.
2. Beim wissenschaftlichen Nachwuchs haben wir festgestellt, dass wir gegenüber dem Ausland doch bedeutend im Rückstand sind, dass wir zu viele junge Spitzenkräfte haben, die zu lange darauf warten müssen, bis geklärt ist, ob sie für eine akademische Laufbahn infrage kommen, ob sie diese Chance bei uns kriegen können. Da geht es in der nächsten Periode darum, dass wir diesen wissenschaftlichen Nachwuchs in Angleichung an die internationale Praxis über sogenannte Tenure Tracks positionieren und ihm damit frühzeitige Chancen eröffnen. Es geht letztlich darum, dass wir diese jungen Wissenschaftler vor allem bei uns, an unseren Hochschulen behalten können und sie nicht ins Ausland abwandern lassen müssen.
3. Stichwort Humanmedizin: Wir bilden zu wenig Humanmediziner aus, das ist breit anerkannt. Wir haben entschieden, dass wir dort einen Akzent setzen wollen. Der Bundesrat hat denn auch im Rahmen der Diskussion über das Stabilisierungsprogramm den Plafond erhöht und 100 Millionen Franken für die Domäne der Humanmedizinerausbildung zur Verfügung gestellt.
4. Zum Schwerpunkt der Innovation: Alles, was uns unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in der Zukunft erhalten wird, ist nach meinem Verständnis innovationsgetrieben, innovationsabhängig. Wenn es uns gelingt, die Innovation zu befördern, wenn innovative Ideen in Prozesse, Produkte und Dienstleistungen oder letztlich in Jobs umgesetzt werden, dann haben wir das Richtige gemacht. Wir fokussieren also ganz bewusst mit überdurchschnittlich grossen Mitteln innerhalb des BFI-Budgets auf die innovatorische Tätigkeit. Was ich damit erreichen will, ist nicht irgendein Projekt oder irgendein Prozess, sondern vor allem eine Anpassung unseres kulturellen Denkens. Es braucht das innovative, unternehmerische Denken; die Risikobereitschaft soll gefördert werden, denn wer Risiken eingeht, hat letztlich auch die Möglichkeit, Chancen zu eröffnen. Und es muss uns darum gehen, dass wir uns Chancen eröffnen.

Wir haben jetzt zehn Finanzierungsbeschlüsse, fünf Gesetzesänderungen und ein neues Gesetz miteinander zu diskutieren und zu verabschieden. Noch einmal: 2 Prozent mehr Mittel bedeuten ungefähr 2 Milliarden Franken, die gegenüber der vergangenen Periode mehr zur Verfügung stehen. Es geht um Nachhaltigkeit, um Investitionen. Mir ist ausserordentlich wichtig, dass wir das Konzept der BFI-Botschaft gemeinsam tragen und umsetzen. Es ist ein Konzept, das auch für Kontinuität sorgt. Frau Nationalrätin Riklin hat vorhin sehr zu Recht gesagt, dass es auch um Rechtssicherheit geht. Das ist genau das, was die Hochschulen, die Bildungsinstitutionen von uns erwarten. Obwohl es zum jetzigen Zeitpunkt etwas artfremd ist, erinnere ich an das Projekt Horizon 2020, an die Teilnahme an diesem Projekt. Auch hier müssen wir die Rechtssicherheit natürlich herstellen.

Frau Riklin, ich wollte Ihnen noch sagen, dass die ETH immerhin die Möglichkeit haben, von Nationalfonds- und KTI-Geldern, die auch zur Verfügung stehen, zu profitieren, auch wenn der ETH-Bereich mit einer Wachs-



tumsrate von 1,5 Prozent etwas unterdurchschnittlich bedacht ist. Da wird ein gewisser Ausgleich stattfinden. Herr Nationalrat Béglé hat gefragt, ob es eine Korrelation zwischen Bildungsinvestitionen einerseits und volkswirtschaftlichem Erfolg andererseits gibt. Ich nehme an, dass es eine solche Statistik gibt; ich kenne sie nicht. Aber ich würde mir von hier aus ohne Hemmungen die Feststellung erlauben: Je mehr wir in die Innovation investieren können, je mehr wir in die Bildung investieren können, umso besser bestehen wir im internationalen Konkurrenzkampf, und umso besser sind wir auf den Märkten etabliert. Das wirkt sich dann in "added value" und in Jobs aus. Mit unserer Bildungspolitik gehen wir darauf aus, diese Korrelation muss es geben. Aufgrund des Gesagten bitte ich Sie, dem Bundesrat und seinen Anträgen zu folgen.

Köppel Roger (V, ZH): Haben Sie von der EU jemals eine rechtlich verbindliche Zusage bekommen, dass die Schweiz tatsächlich den Vollbeitritt zu Horizon 2020 bekommt, wenn sie das Kroatien-Protokoll unterzeichnet hat? Haben Sie also eine rechtlich verbindliche Zusage der EU? Und wer hat sie Ihnen eigentlich konkret gegeben?

AB 2016 N 956 / BO 2016 N 956

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Herr Köppel, wir haben ein Teilassoziierungsabkommen und ein Kroatien-Protokoll, die besagen, dass wir, wenn das Protokoll bis zum 9. Februar 2017 ratifiziert ist, bei Horizon 2020 automatisch im vollassozierten Zustand mit von der Partie sein werden. Wenn die Ratifikation nicht stattfindet, wird das Gegenteil der Fall sein.

Keller Peter (V, NW): Herr Bundespräsident, im Zusammenhang mit der Beratung der BFI-Botschaft war ja auch ein Thema, dass es bezüglich der ETH einen Wechsel von der Leistungsvereinbarung zur Definition von strategischen Zielen gibt. Künftig soll der Bundesrat diese im Zusammenspiel mit dem ETH-Rat festlegen. Das heisst gleichzeitig, dass das Parlament und die Kommissionen herabgestuft werden. (*Zwischenruf der Präsidentin: Die Frage bitte!*) Sie haben eine Kompromisslösung angesprochen. Können Sie diese zuhanden des Amtlichen Bulletins hier kurz umreissen?

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Die Idee ist, dass der Bundesrat strategische Ziele vorgibt, sie natürlich mit der ETH-Spitze, mit dem ETH-Rat aushandelt und dann vorgibt. Sie als Parlament haben die Möglichkeit, auf den Bundesrat einzuwirken und dem Bundesrat unter die Arme zu greifen, wenn es darum geht, dass er seine strategischen Zielsetzungen formuliert. So gesehen, ist das Parlament nicht zusätzlich entkoppelt, sondern hat die Chance einer Mitwirkung.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich möchte mich nur noch kurz auf zwei, drei Dinge beziehen, die gesagt wurden. Ich beginne mit den Äusserungen der Vertreter der Finanzkommission, die sich ja bei diesen sogenannten Teuerungsüberschüssen ziemlich einseitig, um nicht zu sagen fast ausschliesslich auf die BFI-Botschaft konzentriert haben.

Man kann dieses System schon diskutieren, aber dann in allen Bereichen, überall, wo Verpflichtungskredite gesprochen werden respektive dann eben auch Geld ausgegeben wird. Ich möchte den beiden Vertretern der Finanzkommission, die sich vor allem auch in der Agrarpolitik immer zu Wort melden, Herrn Bourgeois und Herrn Hausammann, auch mit auf den Weg geben, dass die Landwirtschaft in den letzten Jahren die Teuerungsungleichgewichte unterdurchschnittlich zurückbezahlt hat und dass ausgerechnet dieser Bereich dann natürlich wieder die grosse Ausnahme sein soll. Wir haben auch die Entwicklungszusammenarbeit und auch die Armeebotschaft besprochen, das würde dann in allen Bereichen gelten. Nur dass Sie das wissen: Man kann dann nicht einfach nur einen Bereich mit diesem System belegen. Ich wünsche Ihnen dann viel Vergnügen bei der Diskussion in der Finanzkommission, ob das eine gute oder eine schlechte Idee wäre.

Weil am Morgen die Präsenz nicht wahnsinnig hoch war, möchte ich noch einmal kurz in den Raum stellen, worum es bei dieser BFI-Botschaft geht. Diese BFI-Botschaft bringt einen vierjährigen Verpflichtungskredit. In der Botschaft steht, dass der Zahlungsrahmen, den wir hier heute definieren, nur dann ausgeschöpft werden kann, wenn es der Bundeshaushalt zulässt. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, damit Sie dann auch dem Antrag der WBK-Mehrheit ohne Probleme zustimmen können. Es geht bei diesem Budgetrahmen auch um den eigenen, einheimischen Nachwuchs. Das sind unsere Leute, die wir ausbilden, die an unseren Hochschulen, in unseren Lehrgängen der höheren Berufsbildung ausgebildet werden. Um nichts weniger als das geht es heute bei diesem Verpflichtungskredit. Es ist also eine Investition in die eigene Jugend und in die eigenen Fachkräfte, wo es übrigens partout, überall sehr viele Angebote gibt, übrigens auch im Bereich der Landwirtschaft. Vor den Toren Berns liegt zum Beispiel die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft. Das ist auch eine



Hochschule, die muss auch finanziert werden, und es gibt auch dort mehr Studierende als in anderen Jahren. Ich möchte es noch einmal festhalten: Wir haben hier die historische Chance, genügend Mittel einzustellen, damit wir auch in Zukunft fit sind. Man muss sich nämlich wirklich die Frage stellen, wo dieses Land momentan hinsteuert. Die Bildungs- und Forschungslandschaft ist nach den Voten, die wir gehört haben, ganz offensichtlich unter Druck. Wir wissen nicht, ob wir in Zukunft im Forschungsbereich in der Champions League, bei Horizon 2020, mitspielen können. Damit habe ich die groben Linien skizziert, die zeigen, in welchen Bereichen unser Land weltmeisterlich unterwegs ist. Wir sollten diese bewahren und ausbauen.

Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir 10 Prozent besser sind als Deutschland und zehn Jahre früher am Markt sind als die Chinesen. Nur dann haben wir Erfolg. Das ist der Grund, aus dem Ihnen die Mehrheit der WBK hier beantragt, in sämtlichen Bereichen etwas mehr Gas zu geben, anstatt Gas wegzunehmen.

Ich erinnere daran: Was passiert mit dem Vorsprung, den wir jetzt haben? Der Vorsprung ist so schnell weg. Man muss gar nichts tun, damit der Vorsprung weg ist. Wenn wir etwas tun wollen, dann bitte ich Sie, der Mehrheit der WBK zu folgen. Sie tun damit unserem Land, den eigenen Leuten in diesem Land, einen grossen Gefallen, damit wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein werden.

Hausammann Markus (V, TG), für die Kommission: Herr Wasserfallen, ich muss Sie im Vorfeld meiner Frage berichtigen. Ich habe wortwörtlich gesagt, dass das von der Finanzkommission erkannte Teuerungsproblem keine BFI-Besonderheit sei. Die Kommission will das Problem deshalb mittels eines sachpolitisch neutralen Finanzierungsinstruments generell lösen – das einfach dazu.

Jetzt aber zu meiner Frage: Gehen Sie mit mir einig, dass Personen, Leute, auch junge Leute, die an diesem Bildungs- und Forschungstopf partizipieren, auch bereit sein müssen, im Anschluss an ihre Ausbildung mehr Verantwortung und mehr Führungsaufgaben zu übernehmen? Und wie stufen Sie diesbezüglich die Situation in der Schweiz ein?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Herr Kollege Hausammann, Sie sind ja vor allem Agrarvertreter, ich wollte Sie einfach daran erinnern, dass es dann eben auch in der Landwirtschaft um die Rückbezahlung der Teuerungsüberschüsse geht und nicht nur im Bildungsbereich. Das haben Sie nicht erwähnt; den Landwirtschaftsbereich haben Sie nicht erwähnt, das weiss ich ganz genau, ich weiss auch, aus welchem Grund.

Jetzt zum zweiten Punkt: Sie sagen, dass die Leute Verantwortung übernehmen sollen. Das tun sie ja. Aber ich höre in allen Sonntagsreden immer: Berufsbildung! Berufsbildung! Duales Berufsbildungssystem! Man will hier ausbilden, man will die besten Fachkräfte; die Schweizer Industrieunternehmen wollen die besten Ingenieure – sie haben zum Teil zu wenig Ingenieure. Dann ermöglichen Sie doch die Plätze, damit wir solche ausbilden können! Dann ermöglichen Sie doch die Projekte, damit sie an der Spitzenforschung teilnehmen können! Ich stelle einfach auf Ihrer Seite eine sehr geringe Tendenz fest, das zu tun. Also, helfen Sie uns doch dabei. Dann wird die Welt eine bessere sein, weil wir im "driving seat" sind und nicht die anderen.

Bourgeois Jacques (RL, FR), pour la commission: Monsieur Wasserfallen, je rappellerai que nous sommes dans un débat relatif à la formation, à la recherche et à l'innovation et non à l'agriculture. Nous aurons l'occasion d'en faire un sur ce domaine au mois de septembre prochain. Je m'exprimais au titre de rapporteur de la Commission des finances.

Remettez-vous en cause dans vos propos la possibilité pour la Commission des finances de faire des propositions sur les aspects, je tiens à le préciser, purement financiers de cet objet?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich kann einfach die Ausführungen wiederholen: In der WBK haben wir viel über diesen Meccano diskutiert. Er wurde hier

AB 2016 N 957 / BO 2016 N 957

im Parlament beschlossen, und das ist zu akzeptieren, ob es sinnvoll ist oder nicht. In unserer Kommission wurde einfach eine Debatte darüber geführt, dass es sich wahrscheinlich um einen Parallelprozess handelt und das Ganze nicht viel schlanker wird. Aber, Herr Kollege Bourgeois, ich muss einfach noch einmal festhalten: Wenn die Debatte über die Teuerungsüberschüsse wirklich geführt wird, wie Sie das wollen, dann ist der Bereich, den Sie immer vertreten, die Landwirtschaft, auch davon betroffen. Das haben Sie heute hier vorne nicht gesagt, und das enttäuscht mich.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: Je serai très brève parce qu'une partie des points que j'allais soulever viennent d'être débattus. Mais permettez-moi tout simplement de vous dire merci pour



tous les beaux plaidoyers en faveur de la formation, de la recherche et de l'innovation! Vous avez mis l'accent sur la croissance des dépenses nécessaire au maintien de la qualité de tous les domaines de la formation. Aux membres de la Commission des finances, je voulais mentionner l'élément suivant: il est vrai que nous avons entendu qu'il y avait un renchérissement dans le domaine FRI, mais il me manquait des informations transparentes, quant aux autres domaines. Les questions ont toutefois été posées, et on y a répondu. Ainsi, je voudrais vous demander, à nouveau, de revenir au projet initial du Conseil fédéral d'augmenter la croissance des dépenses en faveur de ce domaine à 3,2 pour cent. J'aimerais terminer en vous disant qu'il n'y a qu'une chose qui sera plus chère que la formation: c'est l'absence de formation. C'est pourquoi il vous faut soutenir la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture.

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Damit sind wir am Ende der Eintretensdebatte. Eintreten auf die 16 Vorlagen ist unbestritten.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Wir kommen zur Detailberatung, die in drei Blöcke gegliedert ist. Zum Inhalt der Blöcke wurde Ihnen eine Übersicht ausgeteilt.

Block 1 – Bloc 1

Vorlagen 1, 11 – Projets 1, 11

Munz Martina (S, SH): Der Bundesrat will die höhere Berufsbildung stärken. Mit dem gewählten Finanzierungssystem bleibt er aber auf halbem Weg stehen. Er will zwar in Zukunft die Kurskosten subventionieren, will diese aber von den Teilnehmern vorfinanzieren lassen und die Kosten erst nach der Abschlussprüfung zurückerstatten.

Das System der Subjektfinanzierung besticht zwar auf den ersten Blick und hat deshalb in der Vernehmlassung recht gut abgeschnitten. Auf den zweiten Blick zeigt sich dann aber, dass es grosse Mängel hat. Das vorgesehene System führt vorerst bei den Teilnehmern zu hohen Kurskosten. Die Teilnehmer der höheren Berufsbildung müssen diese hohen Kurskosten irgendwie finanzieren, denn sie erhalten die Hälfte des Betrages erst nach abgeschlossener Prüfung zurück. Viele Jugendliche bezahlen ihre Kurskosten für die höhere Berufsbildung heute schon in Raten. Ihnen fehlt das nötige Geld, denn längst nicht alle Arbeitgeber sind bereit, diese Kurse mitzufinanzieren. Die teuren Kurse machen aber die Ausbildung wenig attraktiv, auch wenn das Geld später zur Hälfte zurückbezahlt wird.

Für die Gleichstellung aller subventionierten Ausbildungsgänge im Tertiärbereich und für die Attraktivität der höheren Berufsbildung ist die jährliche Auszahlung, wie ich sie in meinem Minderheitsantrag fordere, entscheidend. Die Vorfinanzierung der Ausbildung durch die Teilnehmer ist in der Bildungslandschaft einmalig und hat enorme Ungerechtigkeiten zur Folge. Die Vorbereitungskurse dauern oft mehrere Jahre, die Kurskosten können mehrere Zehntausend Franken betragen. Dieses Geld ist für die Teilnehmer oft schwierig aufzubringen, vor allem in Berufen mit niedrigen Löhnen. Massiv ungerecht, schon fast himmelschreiend ist das System für Kursabbrecher. Wird die Ausbildung nach zwei oder drei Jahren abgebrochen – sei es wegen Schwangerschaft, Familie oder beruflichem Wechsel –, dann erhalten die Teilnehmer keinen Rappen rückvergütet. Das schwächt die Attraktivität der höheren Berufsbildung, statt sie zu stärken.

Heute unterstützen viele Kantone die Vorbereitungskurse mit kantonalen Mitteln. Die gleichen Kantone werden in Zukunft diese Aufgaben dem Bund überlassen und sich aus der Finanzierung zurückziehen. Die höheren Fachschulen werden dadurch gegenüber der höheren Berufsbildung attraktiver. Sie werden die höhere Berufsbildung zunehmend konkurrieren, denn ihre Kurse erscheinen den Teilnehmern viel günstiger.

Die Vertreter vieler Organisationen sind auf mich zugekommen und unterstützen meinen Minderheitsantrag. Von den technischen Fachschulen, dem Gewerbeverband, Hotellerieuisse über die Bäuerinnen und die landwirtschaftlichen Schulen bis hin zum Verband schweizerischer Elektro-Installationsfirmen sind alle einhellig der Meinung, dass die Beiträge der höheren Berufsbildung mindestens einmal jährlich ausbezahlt werden müssen, um die Attraktivität der höheren Berufsbildung zu erhöhen und die höhere Berufsbildung zu fördern.



Mit einer jährlichen Auszahlung der Beiträge sorgen Sie dafür, dass keine Ungerechtigkeiten bei der Finanzierung der tertiären Ausbildung entstehen, dass die Ausbildung attraktiv bleibt und dass junge Berufsleute die höhere Berufsbildung ohne finanzielles Risiko anpacken können.

Keller Peter (V, NW): Ich äussere mich hier zu beiden Minderheitsanträgen, also zum Antrag der Minderheit III der Finanzkommission und jenem der Minderheit der WBK; diese sind identisch. Ich werde mich auch nur einmal zu den Bundesbeschlüssen äussern, um die Debatte nicht unnötig zu verlängern.

Bei diesen Minderheitsanträgen ist vor allem die Finanzpolitik im Zentrum der Überlegungen. Wir müssen das Umfeld, in dem wir uns finanzpolitisch bewegen, anschauen. Wir haben die Staatsrechnung 2015 bereits beraten. Es wurde auf den Rückgang bei den Mehrwertsteuererträgen verwiesen. Das ist ein Alarmzeichen für die Volkswirtschaft. Wir haben historisch tiefe Schuldzinsen, die unsere Rechnung beschönigen. Gerade in diesen Tagen ist bekannt geworden, dass die Eidgenossenschaft Anleihen zu 0 Prozent vergibt; wir können also gratis Schulden machen. Das hat aber keine Zukunft und kann nicht die Basis einer seriösen Finanzpolitik sein.

Der Bundesrat hat bereits ein Stabilisierungsprogramm vorgestellt. Es sieht insgesamt 24 Massnahmen vor. Von diesen ist aber noch keine umgesetzt, zumal politische Widerstände kommen werden. Sollten die Massnahmen aber tatsächlich umgesetzt werden, drohen uns trotzdem ab 2018 strukturelle Defizite in der Höhe von 1 Milliarde Franken. Das ist vor allem begründet durch Mehrausgaben, die absehbar sind: Das betrifft das Asylwesen, wo sich die Kosten auf Bundesebene von gegenwärtig 1,2 Milliarden Franken auf 2,4 Milliarden Franken verdoppeln werden. Dann steht weiter die Reform der Altersvorsorge 2020 an, die wohl kaum kostenneutral umgesetzt wird. Dann beraten wir die Unternehmenssteuerreform III, die zusätzlich zu Mindereinnahmen führen wird. Und bei der internationalen Zusammenarbeit haben wir es verpasst, die Gelegenheit zu ergreifen und korrigierend die Ausgaben zu senken. Zu den allgemeinen Bundesausgaben ist noch zu sagen, dass sie seit dem Jahr 2000 von 47 Milliarden Franken auf 65 Milliarden Franken angestiegen sind. Es gibt also ein enormes Ausgabenwachstum. Die Wachstumstreiber sind vor allem die soziale Wohlfahrt, die Entwicklungshilfe und auch die Bildung.

AB 2016 N 958 / BO 2016 N 958

Wenn wir nun alle ein Bekenntnis zur Bildung ablegen, dann ist das richtig. Doch wir müssen auch sagen, dass Geld allein noch keine Garantie ist für mehr Geist. Wer mehr auf dem Konto hat, ist nicht unbedingt klüger.

Selbstverständlich braucht es Mittel, und diese wurden in den vergangenen Jahren sehr grosszügig gesprochen. Seit 2008 sind die Ausgaben für die Bildung von 4537 Millionen Franken auf gegenwärtig 6187 Millionen Franken gestiegen. Das heisst, seit 2008 haben wir ein Ausgabenwachstum von 33 Prozent. Gleichzeitig sind aber die Studentenzahlen nicht in diesem Ausmass gestiegen. Es stehen also viel mehr Mittel pro Student oder pro Person, die ein Bildungsangebot in Anspruch nimmt, zur Verfügung. Gleichzeitig oder parallel dazu hat sich das Bruttoinlandprodukt nur um 8 Prozent gesteigert. Wir haben also bei den Bildungsausgaben ein viermal höheres Wachstum als in der Volkswirtschaft.

Wenn wir auf die Bundesausgaben in den letzten Jahren schauen, so sehen wir, dass diese durchschnittlich im Jahr um 2,1 Prozent gestiegen sind. Bei der Bildung gab es einen Anstieg um durchschnittlich 4 Prozent. Zusätzlich kommen die Teuerungsgewinne in diesen Jahren von 836 Millionen Franken dazu; sie wurden bereits erwähnt. Denn die angenommene und die effektive Teuerung lagen doch weit auseinander.

Nun haben wir ein Konzept vorgelegt, das im Zentrum die Stabilisierung dieser Bildungsausgaben vorsieht. Weil wir aber gleichzeitig festhalten wollen, dass die höhere Berufsbildung bei diesen verschiedenen Bereichen insgesamt stiefmütterlich behandelt wurde, sieht unser Konzept vor, dass wir dort den Betrag übernehmen, den der Bundesrat vorgeschlagen hat. Dafür wird die Differenz dann bei den anderen Bereichen kompensiert.

Was heisst das, "Stabilisierung auf dem Niveau 2016", wie es unser Konzept will? Das heisst, dass wir für die kommende BFI-Botschaft immer noch kumulativ 4 Prozent mehr ausgeben als für die laufende Botschaft 2013–2016. Das macht konkret 1 Milliarde Franken zusätzliche Mittel, die hier zur Verfügung stehen, und man kann beim besten Willen nicht sagen, dass wir sparen. Sparen heisst weniger ausgeben. Wir wollen 1 Milliarde Franken mehr zur Verfügung stellen. Dazu kommen noch die absehbaren Teuerungsgewinne, die auch in den kommenden Jahren entstehen werden, weil die angenommene Teuerung wiederum höher sein wird als die effektive.

Das finanzpolitische Umfeld und das starke Ausgabenwachstum, das wir bereits hinter uns haben, haben uns dazu bewogen, eine Stabilisierung vorzuschlagen. Da es schon um Bildung geht und wir hier in einem Ratssaal sind, der klassizistisch angehaucht ist, in dem also die Anlehnung an die Antike architektonisch umgesetzt ist, möchte ich doch noch auf die vier Kardinaltugenden hinweisen, die wir mit der Antike verbinden: Wir haben



die Justitia, die Gerechtigkeit, die wir am Bundeshaus finden. Wir haben die Virtus, die Tapferkeit, die wir beispielsweise in der Figur des Arnold von Winkelried im Eingangsbereich unter der Bundeskuppel finden. Die dritte Kardinaltugend ist die Sapientia, die Klugheit, die wir hoffentlich alle ins Zentrum unserer Entscheide stellen. Die vierte und letzte Kardinaltugend ist die Temperantia, das ist die Mässigung, das Masshalten.

Diese vierte Kardinaltugend wollen wir hier als Richtschnur nehmen: Halten wir mass! Die Bildung hat bereits grosszügig mehr Mittel bekommen. Wir müssen aber im finanzpolitischen Gesamtrahmen schauen, dass wir die Ausgaben stabilisieren können. Das heisst für uns, dass das Niveau der Ausgaben von 2016 als Grundlage für die kommende BFI-Botschaft genommen werden soll.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit III der Finanzkommission bzw. Minderheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur zu folgen.

Quadranti Rosmarie (BD, ZH): Zu meinem Vorredner und damit auch zu den Minderheitsanträgen, die er vertreten hat: Die BDP-Fraktion wird diese Minderheitsanträge klar ablehnen. Es gibt ein weiteres Prinzip, das hier erwähnt werden könnte, dass man sich nämlich antizyklisch verhalten kann. Das heisst, wenn die Zeiten nicht so rosig sind, soll man investieren. Vielleicht merkt man es dann halt – vor allem auf der Seite rechts von den bürgerlichen Parteien und von der BDP – etwas zu spät, dass verpasste Investitionen verpasste Chancen sind, und manchmal sind diese Chancen unwiderruflich verpasst. Geld, das in die Bildung investiert wird, ist eine Investition und als solche anzusehen.

Ich möchte aber vor allem zum Antrag der Minderheit Munz sprechen: Die BDP-Fraktion wird der Minderheit Munz folgen.

Es gab eine Diskussion zur Frage, ob man hier von der Objekt- zur Subjektsubventionierung wechseln soll. Dieser Wechsel ist vollzogen. Kritisieren wir aber nicht, dass dieser Wechsel für die betroffenen Anbieter eine riesige Herausforderung ist – das haben wir in den Diskussionen im Vorfeld deutlich gespürt! Wir bitten also die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass der administrative Aufwand dieser Umstellung auf allen Seiten wirklich sehr gering gehalten wird.

Die Minderheit Munz unterstützen wir, weil das vorgeschlagene System den Teilnehmern der Vorbereitungskurse eine sehr hohe finanzielle Belastung aufbürdet: Gemäss Entwurf des Bundesrates müssen sie die Vollkosten vorfinanzieren, ohne sicher sein zu können, dass es zu einer Rückerstattung kommt. Diese Unsicherheit besteht eben deshalb, weil mit dem Entwurf die Kosten erst nach Abschluss der Vorbereitungskurse zurückerstattet werden. Das kann es nicht sein! Wir benötigen dringendst sehr gut qualifizierte Fachkräfte, und mit diesen Vorbereitungskursen für eidgenössische Prüfungen sind wir auch in der Lage, solche Fachkräfte zu generieren. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass diese Kurse gut besucht werden.

Um das sicherzustellen, soll der Bund Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützen. Das ist auch eine Gleichstellung mit der Tertiärstufe A. Auch dort ist es ja nicht so, dass man, wenn man ein Semester nicht beendet, kein Geld mehr bekommt oder Geld zurückzahlen muss. "Zurückzahlen" hinkt, aber man kann trotzdem am Studium teilnehmen.

Deshalb muss hier für gleich lange Spiesse gesorgt werden, und deshalb ist der Minderheitsantrag Munz unbedingt zu unterstützen. Wir riskieren sonst eben, dass gute Berufsleute, hervorragende Berufsleute, Talente nicht mehr in diese Vorbereitungskurse gehen. Wir brauchen die Fachkräfte – Sie alle wissen es –, und wir brauchen sie in Zukunft noch mehr. Der Spiess muss gleich lang sein wie jener der Tertiärstufe A.

Deshalb unterstützt die BDP-Fraktion den Minderheitsantrag Munz.

Hadorn Philipp (S, SO): Die Staatsaufgaben sind vielfältig, und die Schweiz ist nicht gerade besonders gesegnet mit Rohstoffen aus dem Boden oder so. Unser Land hat allerdings die Tradition, eine qualitativ hochstehende Bildung anzubieten. Mit Chancengleichheit, angepassten Förderungsbedingungen für Menschen, Forschung und Innovation schafft es unsere kleine Nation, den Mangel an natürlichen Ressourcen wettzumachen. Das ist wichtig für unser Land, und zwar aus mehreren Gründen:

1. Den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes ermöglicht eine frei zugängliche Bildung persönliche Entwicklung, die Chance, sich beruflich zu entfalten, Aussicht auf ein angemessenes Einkommen zu erhalten, das eigene Leben, aber auch die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.
2. Der Wohlstand unseres Landes hat nicht nur, aber sehr wohl auch etwas mit unserem Bildungsstandard zu tun. Eine funktionierende Infrastruktur, ein leistungsstarker Staat und Rechtssicherheit sind Schlüssel dazu, dass sich Bildung, Forschung und Innovation in unserem Land auch lohnen.
3. Der Bund braucht Einnahmen, um den leistungsstarken Staat zu finanzieren.

Die Auswirkungen von Bildung, Berufsbildung, Forschung und Innovation sind nicht nur die Grundlage für die Prosperität von Mensch und Wirtschaft, sondern auch dafür, dass der Staat seine Leistungen durch Steuern



und Abgaben finanzieren kann. Wollen wir auf Bundesebene auch die höhere Berufsbildung auf eine längerfristig prosperierende

AB 2016 N 959 / BO 2016 N 959

Basis stellen, müssen wir auch bereit sein, deren Finanzierung sicherzustellen. Wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, befinden sich heute viele Kantone in finanziell herausfordernden Situationen. Sollte der Bund nicht bereit sein, die zusätzlichen Kosten für die höhere Berufsbildung durch diese Botschaft auch zu tragen, ist das Risiko gross, dass die Kantone sie zulasten der Grundbildung und/oder der beruflichen Integration finanzieren. Dass dies später auch für den Werk- und Wirtschaftsstandort Schweiz katastrophale Auswirkungen haben würde, liegt auf der Hand.

Ich hatte die Gelegenheit, mich auf allen drei staatlichen Ebenen in Finanzkommissionen zu engagieren. Gerade auch als Finanzpolitiker muss ich mir vor Augen halten, dass Investitionen – die vorliegende Förderungsbotschaft enthält solche Investitionen – die Grundlagen dafür sind, dass unsere Entwicklung weitergeht. Unser Bekenntnis zur Zukunft von Mensch und Wirtschaft braucht den Tatbeweis; es darf nicht destabilisiert werden. Wir brauchen diese Förderung, und diese Investitionen werden sich mit grosser Sicherheit auch lohnen. Gerade in Zeiten einer gewissen wirtschaftlichen Unsicherheit brauchen wir den Mut, solche Investitionen zu wagen.

Die SP ist und bleibt eine Volksbewegung, welche weder die staatliche Macht überborden lassen will noch eine unangepasste Mittelverwendung stützen oder gar decken würde. Ein haushälterischer Umgang mit den Bundesfinanzen beinhaltet aber auch eine angepasste Förderung. Eine nachhaltige Finanzpolitik stellt die Grundlagen auf, damit langfristig Einnahmen generiert werden können. Dies setzt voraus, dass Menschen einen angemessenen versteuerbaren Lohn erarbeiten können und die Wirtschaft ebenfalls einen angemessenen versteuerbaren Gewinn erwirtschaften kann. Die vorliegende Botschaft trägt dazu bei. Hier Mittel nicht zur Verfügung zu stellen bedeutet, Optionen zu minimieren, Möglichkeiten und Chancen einzudämmen. Verzicht heisst, der Innovation das Schmieröl vorzuenthalten, und führt zu Reibungen, welche später Schäden und auch Einnahmefälle produzieren.

Die Mehrheit der Finanzkommission des Nationalrates opfert wohl aus ideologischen Gründen die Erfordernisse der Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der in diesem Saal gegenwärtig trendigen Abbauphilosophie. Den Ast nicht zu stärken, auf dem wir in diesem Land sitzen, wäre kurzsichtig und würde sich über kurz oder lang rächen.

Ich wünsche uns den Mut und die Bereitschaft, in die Innovation und damit in unsere Gegenwart und in die Zukunft der jungen und der folgenden Generationen zu investieren. Ein maximaler Zahlungsrahmen ermöglicht maximalen Spielraum und auch entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten.

Gerne erlaube ich mir noch eine Anmerkung zur Äusserung unseres Bundespräsidenten von vorhin: Nein, innovative Staatsführung richtet sich nicht einfach nur danach, mit vorhandenen Mitteln möglichst viel zu erreichen. Wir haben auch gemeinsam die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit wir gemeinsam später ernten können.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Es besteht ein breiter Konsens, dass die höhere Berufsbildung zu stärken und zu fördern ist, dass Fehlanreize zu korrigieren sind. Studierende der tertiären Bildungsstufe sind heute finanziell sehr unterschiedlich belastet. Wer einen Abschluss in der höheren Berufsbildung anstrebt, trägt die Kosten heute weitgehend selber. Die Kantone subventionieren zwar ausgewählte Anbieter von vorbereitenden Kursen, und der Bund beteiligt sich indirekt über die jährlichen Pauschalbeiträge an die Kantone. Für die Absolventen sind die finanziellen Kosten der Tertiärstufe B aber nicht vergleichbar mit jenen der Tertiärstufe A. Das sind hohe Kosten, die selber getragen werden und die zur Folge haben können, dass weniger Bildung oder eine andere Ausbildung in Anspruch genommen wird, als eigentlich nachgefragt und erwünscht wäre. Das ist nicht im Sinne unserer Volkswirtschaft, unserer Fachkräftestrategie und unseres Bildungsstandortes. Wir Grünliberalen unterstützen daher das Ziel, die unterschiedlichen Belastungen der Bildungsgänge einander anzugleichen und die Teilnehmer von vorbereitenden Kursen für eidgenössische Prüfungen finanziell direkt zu unterstützen, indem zu einer subjektbezogenen Finanzierung gewechselt wird.

Zum zweiten Punkt: Man kann nicht auf der einen Seite der Berufsbildung einen höheren Stellenwert zuordnen und auf der anderen Seite die dafür notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stellen. Das geht dann womöglich zulasten der beruflichen Grundbildung. Das gilt es aus unserer Sicht zu vermeiden.

Zu den Anträgen in Block 1: Wir Grünliberalen unterstützen die Minderheit Munz, um eine Differenz zu schaffen und um hier Klarheit zu erlangen. In Artikel 56a hat es in der Version des Bundesrates und der Mehrheit aus unserer Sicht einen Widerspruch. In der französischen Version steht im Titel "subventions aux personnes ayant



accompli des cours". Daraus lässt sich schliessen, es gehe um die Personen, die das Examen bestanden haben. In Absatz 1 heisst es dann "subventions aux personnes ayant achevé des cours"; das heisst, es geht um jene, welche den Kurs gemacht haben, aber nicht unbedingt das Examen bestanden haben. Das ist nicht das Gleiche, und es besteht auch ein Unterschied zur deutschen Version.

Unsere Haltung ist, dass im Grundsatz die Kurse inklusive der Prüfung absolviert werden sollen, um eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, dass die Prüfung aber nicht zwingend bestanden werden muss. Wir erzielen sonst ein suboptimales Ergebnis; es würde weniger Bildung nachgefragt, als erwünscht ist, dies aus Angst vor Verschuldung, wenn die Kosten bei Nichtbestehen oder bei Abbruch des Kurses selber getragen werden müssten. Hier braucht es eine Klarstellung.

Zu einem weiteren Punkt, zur Vorauszahlung durch die Teilnehmer, die Absolventen: Das kann gerade bei mehrjährigen Kursen, bei teuren Kursen Abhalteeffekte auslösen. Das ist nicht erwünscht. Wir erachten es als erstrebenswert, dass die Subjektfinanzierungsbeiträge des Bundes nicht erst nach Abschluss der Ausbildung bezogen werden können, sondern nach Bedarf, auch dann, wenn die Rechnung bezahlt werden muss, dann, wenn kein kantonaler Fonds, kein Arbeitgeber mit- oder vorfinanziert. In diesen Punkten braucht es aus unserer Sicht noch eine Klarstellung.

Im Übrigen unterstützen wir in Block 1 die Mehrheiten.

Keller Peter (V, NW): Tatsächlich ist die höhere Berufsbildung ein Stiefkind. Deshalb unterstützen wir auch die höheren Beiträge, wie sie der Bundesrat in diesem Bereich vorsieht. Es werden künftig insgesamt 135 Millionen Franken Bundesbeiträge gesprochen werden – das ist wesentlich mehr, als es jetzt der Fall ist.

Nun hat sich noch ein Grundsatzstreit über das System dieser Finanzierung ergeben. Soll der Anbieter von Kursen der höheren Berufsbildung unterstützt werden, das wäre die Objektfinanzierung, oder soll der Teilnehmer eines Kurses der höheren Berufsbildung unterstützt werden, das wäre die Subjektfinanzierung? Wie ist es jetzt? Es werden eben nicht die Kurse finanziert, bzw. nicht die Kurse sind eidgenössisch anerkannt, sondern die Prüfungen, die Abschlüsse. Was heisst das konkret in der höheren Berufsbildung? Wir haben Hunderte von vornehmlich privaten Anbietern, die in diesem Markt Hunderte von Kursen anbieten. Zwei Drittel der Absolventen werden vom Arbeitgeber heute schon unterstützt. Die Vernehmlassung hat ergeben, dass die meisten Verbundpartner dieses System, diese Finanzierungsform begrüssen und weiterhin so wollen. Allerdings gibt es eben auch Opposition aus Wirtschaftskreisen, die eine Objektfinanzierung vorziehen; dazu kommen die Minderheitsanträge Munz, die von der Linken unterstützt werden.

Ich frage die Wirtschaftsseite: Wollen Sie tatsächlich eine Anerkennung der Kurse und damit eine Reglementierung, Überwachung und Kontrolle dieser Kurse und Anbieter durch den Bund? Denn darauf läuft es hinaus. Es wird sicherlich zu einem Ausbau führen, den Sie sonst eigentlich nicht wollen. Es wird bürokratischer, aufwendiger werden. Es werden entsprechende Verwaltungsstellen geschaffen werden müssen. Weiter würde sich eine Schwierigkeit

AB 2016 N 960 / BO 2016 N 960

ergeben, wenn es um die Unterscheidung zwischen Weiterbildung und Abschlüssen geht. Es ist nicht das Ziel dieser Vorlage, Weiterbildung zu finanzieren, sondern man will eben die Absolventen finanziell unterstützen, die dann eine Prüfung ablegen, ob sie sie bestehen oder nicht. Ich denke, das ist klar.

Wenn es um die Vorfinanzierung geht, herrscht ein gewisser Alarmismus bei den Berufs- oder Wirtschaftsverbänden. Allerdings hat bereits eine grosse Zahl der Berufsverbände eigenständige Lösungen gefunden, indem sie eben für ihre künftigen Absolventen eine Vorfinanzierung leisten. Wenn sie dann die Prüfung ablegen und das Geld vom Bund erhalten, können sie diese vorgeschossenen Gelder wieder zurückzahlen.

Natürlich wäre es einfacher, jetzt zusätzlich Geld vom Bund für die höhere Berufsbildung einzufordern. Ich kann dieses Anliegen nachvollziehen. Aber gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass Sie damit ein wichtiges Gut, ein wichtiges Plus der Berufsbildung aufs Spiel setzen, nämlich dass wir hier ein Zusammenspiel der Berufswelt, der Berufsverbände und der Politik haben. Wir haben also eine enge Beziehung zur Berufswelt. Umgekehrt ist es bei den Hochschulen eher so, dass sie sich eben zu weit von der Berufswelt entfernt haben oder eben die Nähe nicht wollen. Es ist eine Ängstlichkeit da, die ich nicht verstehen kann und die eigentlich einer akademischen Welt unwürdig ist. Mehr Bundesgelder heisst mehr Einfluss und damit eben auch weniger Unabhängigkeit in der Berufsbildung.

Im Gegensatz zur Volksschule ist es so, dass die Berufsbildung eigentlich verschont worden ist von diesen grossen "Reformitisdebatten", wie wir sie eben von der Volksschule kennen, wo immer neue pädagogische Konzepte entwickelt werden; der Lehrplan 21 führt zu Unstimmigkeiten, die Sprachendiskussion usw. Bei der Berufsbildung ist das nicht der Fall, weil hier eben vornehmlich die Berufsverbände bei der Ausgestaltung



dieser Ausbildung mit einbezogen sind. Dieses grosse Plus sollte man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, nur weil man mehr Gelder abholen möchte.

Weiter ist die Subjektfinanzierung eigentlich eine Möglichkeit, dass mehr Wettbewerb zwischen den Anbietern entstehen kann und im Idealfall auch weniger Kosten ausgelöst werden. Die Mehrheit unserer Fraktion unterstützt deshalb den Bundesrat in der Subjektfinanzierung.

Ich darf hier noch sagen, dass wir dann bei den Blöcken 2 und 3 grundsätzlich die Mehrheitsanträge unterstützen werden und wir nicht noch unnötigerweise das Wort zur Begründung ergreifen werden.

Graf Maya (G, BL): Die grüne Fraktion weist – wie Sie alle, wir haben es heute gehört – dem Berufsbildungssystem der Schweiz einen hohen Stellenwert zu. Die Berufsbildung ist die wichtigste Erstausbildung in der Schweiz. Mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen machen eine Berufslehre und steigen so in die Arbeitswelt ein. Nicht nur für unsere Wirtschaft sind die gutausgebildeten Fachleute und späteren Führungspersonen essenziell, auch für unsere Gesellschaft zählt sich die Integration möglichst aller, nein, eigentlich aller jungen Menschen aus, und sie ist weltweit beispielhaft. Wir haben eine der tiefsten Jugendarbeitslosenquoten, über 92 Prozent aller jungen Menschen machen einen Sekundarschule-II-Abschluss. Das Ziel müssen mindestens 95 Prozent sein. Auf der anderen Seite brauchen wir mehr Fachkräfte, das heisst, wir müssen in die höhere Berufsbildung investieren. Die Rahmenbedingungen für höhere Berufsabschlüsse müssen verbessert werden, und damit muss auch finanziell investiert werden, ebenso in die Ausbildungsplätze im Gesundheitsbereich.

Die grüne Fraktion unterstützt mit Nachdruck mehr Bundesgelder für die Berufsbildung, insbesondere für die höhere Berufsbildung, unter der Bedingung, dass es nicht auf Kosten der beruflichen Grundbildung geht. Damit das nicht geschieht, muss unbedingt der Mehrheit der Kommission gefolgt werden. Wenn ich Herrn Keller richtig verstanden habe, wird nun auch die SVP-Fraktion der Mehrheit der WBK-NR folgen. Da kein Widerspruch erfolgt, danke ich dafür bereits jetzt.

Wir unterstützen daher auch mit Nachdruck die gesetzlichen Änderungen im Berufsbildungsgesetz, die erstmals den Weg ebnen, um Absolventinnen und Absolventen von Kursen, die auf eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen vorbereiten, zu unterstützen. Es ist ein Meilenstein, wenn wir heute die Subjektfinanzierung gesetzlich verankern können, die es erlaubt, dass junge Berufsleute die Kurskosten substanziell, nämlich bis zu 50 Prozent, zurückerstattet bekommen, wenn sie in Zukunft eine Prüfung der höheren Berufsbildung absolvieren. Damit erfolgt endlich eine Angleichung und vor allem, wichtiger noch, Anerkennung gegenüber den Hochschulabsolventinnen und -absolventen, denen das Studium subventioniert und bezahlt wird.

Es ist uns dabei wichtig, dass die hoffentlich heute gesprochenen Mittel vollumfänglich den jungen Berufsleuten zukommen, die sich höher qualifizieren wollen, und nicht als Subventionen an Prüfungsträger gehen. Wir versprechen uns davon nicht nur, dass mit dem Schwerpunkt höhere Berufsbildung mehr Berufsleute eine höhere Qualifikation in ihrem Beruf erhalten, sondern auch, dass mit begleitenden Massnahmen insbesondere der Anteil der Frauen in der höheren Berufsbildung gesteigert werden kann. Er ist heute nur gerade halb so gross wie derjenige männlicher Absolventen. Das Potenzial der jungen Frauen ist aber gross, und wir brauchen diese jungen, gutausgebildeten und motivierten Frauen, um das Ziel zu erreichen, mehr inländische Fachkräfte zu haben.

Wir wissen aber auch, dass es mit hohen finanziellen Belastungen verbunden ist, sich für Kurse einzuschreiben, diese aus dem eigenen Sack zu bezahlen, um dann die Prüfungen der höheren Berufsbildung absolvieren zu können. Es betrifft vor allem Frauen, die im Tieflohnsegment berufstätig sind. Aus diesem Grund werden wir Grünen heute, da der Nationalrat Erstrat ist, auch den Antrag der Minderheit Munz unterstützen, obwohl wir bezüglich der praktischen Umsetzung Bedenken haben und obwohl – das sei hier bewusst gesagt – wir unbedingt am Subjektfinanzierungsmodell festhalten möchten, garantiert dieses doch die Freiheit, die Kurse selbst wählen zu können. Es ist uns bewusst, dass es nicht für alle Berufsleute selbstverständlich ist, die finanziellen Mittel zu haben, handelt es sich doch um erwachsene Menschen zwischen 25 und 35 Jahren, die eventuell auch Familienpflichten haben und daneben voll im Beruf stehen und notabene eben voll erwerbstätig sein müssen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch einmal sagen: Erhöhen Sie die Kredite in der höheren Berufsbildung heute unbedingt; stimmen Sie dem Antrag der WBK-Mehrheit zu. Wir stehen vor vielen Herausforderungen: Wir haben den Fachkräftemangel, es sind viele Migrantinnen und Migranten in unser Berufsbildungssystem zu integrieren, und in den Kantonen wird bereits gespart! Wir können es uns nicht leisten, in dieser wichtigen Sache in den nächsten vier Jahren weniger Geld zur Verfügung zu stellen.

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Herr Keller hat das Wort für eine kurze persönliche Erklärung.



Keller Peter (V, NW): Es macht sich Enttäuschung breit, aber ich danke Frau Graf, dass sie so aufmerksam zugehört hat. Sie kennen die Problematik von davonlaufender Zeit.

Einfach zur Klarstellung: Wir werden bei den Bundesbeschlüssen, die den Zahlungsrahmen betreffen, selbstverständlich an unseren Minderheitsanträgen festhalten. Aber was die Bundesgesetze betrifft, werden wir jeweils die Mehrheit unterstützen.

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Ein paar ganz wenige Bemerkungen zum Systemwechsel von der Objektfinanzierung zur Subjektfinanzierung: Wir haben uns im Bundesamt und im Departement sehr intensiv über diese Thematik gestritten. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es die Subjektfinanzierung sein soll. Wir wissen, dass das

AB 2016 N 961 / BO 2016 N 961

etwa 20 000 Personen pro Jahr betrifft. Wir haben sogar festgelegt, dass die Subjektfinanzierung dann ab Stufe Bund auf die einzelnen Betroffenen ausgerichtet sein soll. Was ist die Idee dahinter? Die Idee ist ganz simpel diejenige, dass wir die Mittel denen zukommen lassen wollen, die sich wirklich bemühen, eine zusätzliche Ausbildung zu absolvieren.

Die Gelder sind übrigens, wie das mehrfach richtig gesagt wurde, nicht nur für die Beteiligung an den Weiterbildungskursen bei bestandener Prüfung gedacht, sondern sie sollen auch dann verfügbar sein, wenn die Beteiligung an den Kursen in der Prüfung nicht zum Erfolg führt. Dann sind die Mittel trotzdem zugesprochen. Wenn, Frau Munz, Kurse unterbrochen werden, wegen Schwangerschaft zum Beispiel, dann wird das in Sachen Beiträge nicht abträglich sein.

Die Vorfinanzierungsfrage haben Sie gestellt. Ja, wir gehen davon aus, dass vorfinanziert werden kann, dass die Arbeitgeber sich beteiligen werden. Es gibt GAV-Fonds, es gibt Berufsbildungsfonds. Die Mittel können auch privat bereitgestellt werden. Wir haben kein anderes Zahlungsmodell gefunden, das korrekt funktioniert und das administrativ handelbar ist, und sind auch deshalb bei der Vorfinanzierungslösung gelandet, die wie gesagt Mittel aus Arbeitgeber-, GAV-, Berufsbildungsfonds, aber auch private Gelder umfassen müsste.

Wir sind der Überzeugung, dass es gut aufgegleist ist, was wir Ihnen vorschlagen, dass damit die höhere Berufsbildung tatsächlich gefördert werden kann und dass die Förderung über die materielle Unterstützung sehr deutlich ist. Die Mittel, die zusätzlich fließen, haben wir angesprochen.

Ich bitte Sie also, der bundesrätlichen Lösung zuzustimmen und den Minderheitsantrag Munz abzulehnen.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: Le premier bloc concerne l'encouragement à la formation professionnelle par la Confédération. C'est un thème essentiel, tant il est vrai que la formation professionnelle, telle qu'elle est vécue en Suisse, est une exception dans le monde. Son apport à l'économie et à la société est extrêmement important, aussi important que l'apport donné par la formation académique. Depuis de nombreuses années toutefois, les acteurs de la formation professionnelle ont dénoncé, avec raison, une injustice qui frappe les personnes participant à la formation professionnelle supérieure. En effet, si l'on peut dire que les apprentis bénéficient de la même facilité d'accès à la formation que les gymnasiens, il en va de même des participants à la formation professionnelle supérieure vis-à-vis des étudiants des hautes écoles. En effet, différentes barrières empêchent les spécialistes titulaires d'un CFC de continuer à se former au niveau supérieur tout en restant dans la formation professionnelle. D'une part, les cours et les taxes d'inscription sont coûteux, comparés aux taxes d'inscription prévalant pour les étudiants. D'autre part, les participants doivent se former tout en continuant à assumer leur travail et, souvent aussi, leurs responsabilités familiales. Si le fait de se former en cours d'emploi est consubstantiel à la formation professionnelle, la hauteur de l'engagement financier exigé pour les participants n'a pas de justification vis-à-vis des taxes d'études modérées demandées aux étudiants.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral propose, dans le projet 11 qui nous est soumis, de modifier la loi fédérale sur la formation professionnelle, pour permettre à la Confédération de verser des subventions aux personnes ayant achevé les cours préparatoires. Cette mesure fait suite à une première mesure entrée en vigueur en 2013, qui a permis à la Confédération d'augmenter son subventionnement des examens fédéraux de 25 à 60 pour cent, voire à 80 pour cent, au bénéfice des participants. Les subsides accordés aux personnes ayant achevé les cours préparatoires ont fait l'objet de vastes discussions entre les partenaires de la formation professionnelle, qui ont débouché sur un nouveau modèle de financement.

Selon ce modèle, il appartient à la Confédération de soutenir les participants dans le but que leurs charges soient diminuées de moitié par rapport à aujourd'hui. Le fait que la Confédération soutienne les participants, et non les organisateurs des cours, est largement défendu par la commission.

Celle-ci estime en effet qu'il n'y a pas lieu de soutenir directement les prestataires, pour l'essentiel privés,



mais de soutenir les participantes et les participants. Dès lors se pose la question de savoir à partir de quand l'on peut obtenir un soutien de la Confédération. Le projet du Conseil fédéral prévoit que chaque participant a droit à des subsides à hauteur de la moitié de ses frais de participation, dès qu'il a terminé sa formation. Qu'il échoue ou non ensuite aux examens n'entre pas en ligne de compte. La minorité Munz propose de changer cela et de donner droit aux subsides dès que la participation aux cours est attestée.

La commission a longuement discuté de point. De cette façon, cela permettrait, il est vrai, de donner un signal plus clair aux participants, qui n'auraient pas à attendre la fin de leur formation, soit bien souvent deux années au moins, avant de recevoir le soutien de la Confédération. Toutefois, un tel changement aurait des implications fortes sur la mise en oeuvre de cette importante réforme de l'encouragement à la formation professionnelle. Elle impliquerait une plus grande bureaucratie pour vérifier qui a droit à quel montant et sur quelle durée.

Dans cet esprit, et en tenant compte du fait que les employeurs soutiennent déjà deux participants sur trois dans le financement des cours préparatoires, je vous invite, au nom de la commission, à suivre le Conseil fédéral au niveau de la modification de la loi sur la formation professionnelle.

Il en va autrement des finances et de l'arrêté fédéral relatif au financement de la formation professionnelle pendant les années 2017 à 2020. Comme vous le savez, la Confédération participe à hauteur de 25 pour cent au financement de la formation professionnelle, initiale ou supérieure. Ce sont les cantons qui financent l'essentiel de nos offres. Le changement proposé par le Conseil fédéral implique que la Confédération reprenne à son compte le financement de la formation professionnelle supérieure par le biais des subsides destinés aux participants, mais il ne prévoit pas de changement sur le mécanisme global de financement.

Ce choix est contre-productif, car l'engagement accru de la Confédération en faveur de la formation professionnelle se fera au détriment de la formation professionnelle initiale, si les cantons ne devaient pas augmenter leurs efforts en la matière. Les représentants des cantons ont clairement exprimé leur souci à ce propos en commission. Ils demandent au Conseil fédéral d'augmenter la participation financière de la Confédération, de 25 à 30 pour cent.

La commission est sensible à cette problématique. Renforcer la formation professionnelle supérieure en hypothéquant l'avenir de la formation professionnelle initiale est un mauvais calcul. La Confédération a en outre annoncé vouloir reprendre à son compte une nouvelle tâche en finançant les personnes qui participent aux cours. Or, il existe de facto un décalage – un nouveau décalage – entre ce qui est dit et ce qui est mis à disposition.

D'autres variantes également à la hausse, par rapport à la version du Conseil fédéral, font l'objet de différentes propositions de minorité. La décision de la commission correspond toutefois à une augmentation de la part de la Confédération, de 25 à 27 pour cent, ce qui paraît équilibré.

En outre, la majorité propose, à l'article 2, une petite augmentation des crédits destinés au développement de projets de formation professionnelle. Ces montants permettront d'offrir à des personnes sans formation l'accès à une formation professionnelle formelle. La proposition de la minorité II (Keller Peter) vous propose de réduire le montant prévu par le Conseil fédéral de 8 millions de francs, et ce essentiellement pour des motifs financiers. La majorité rejette cette idée, en rappelant que l'objectif commun des cantons et de la Confédération est que chaque personne dispose d'une formation de niveau secondaire II dans notre pays.

Je vous invite à suivre la majorité de la commission sur l'ensemble des propositions qui vous sont soumises.

AB 2016 N 962 / BO 2016 N 962

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Das ist der erste Block, der hybrid beraten wird; "hybrid" in dem Sinne, dass man zuerst die inhaltlichen Änderungen diskutiert und dann über die finanzierungsrelevanten Beschlüsse abstimmt.

Bei der inhaltlichen Änderung des Berufsbildungsgesetzes geht es darum, dass der Bund bei den vorbereitenden Kursen für die eidgenössischen Prüfungen der höheren Berufsbildung Finanzhilfen leisten kann, und zwar in der Art einer Subjektfinanzierung. In der Kommission wurde auch noch diskutiert, ob es nicht besser wäre, nicht eine neue Subjektfinanzierung einzuführen, sondern eine Objektfinanzierung über die bestehenden Gefässe der Organisationen der Arbeitswelt. Es liegt aber in der vorliegenden Fahne kein Antrag vor, mit dem man auf das Finanzierungsmodell, wie es jetzt vom Bundesrat vorgeschlagen wurde, zurückkommen will. Deshalb geht es hier beim Minderheitsantrag Munz lediglich darum, ob während diesen vorbereitenden Kursen bereits Beiträge ausbezahlt werden können. Die Mehrheit der Kommission ist in diesem Fall der Auffassung, dass man der bundesrätlichen Version folgen sollte.

In der Kommission gab es aber durchaus die Diskussion, ob bei der neuen Subjektfinanzierung ein schlanker Vollzugsmechanismus eingeführt werden kann. Denn es sind natürlich schon mehrere Tausend Leute, die



davon betroffen sind. Es ist der Wunsch der WBK, diesen neuen Mechanismus so auszugestalten, dass es administrativ nicht zu aufwendig ist. Das ist auch aus der Vernehmlassung herausgekommen. Viele Stakeholder haben sich im Grundsatz positiv geäußert, aber die klare Forderung aufgestellt, dass das Ganze hinsichtlich der Zahlungsmodalitäten unbürokratisch abzulaufen habe. Die Massnahme wird denn auch verbundpartner-schaftlich mitgetragen.

Ich möchte beim Verpflichtungskredit zum Bundesbeschluss 1 weiterfahren. Auf der Fahne zum Bundesbeschluss 1 sehen Sie die verschiedenen Minderheitsanträge, wobei ich nochmals darauf aufmerksam mache, dass der Antrag der Minderheit der Finanzkommission, der dem Minderheitsantrag Maire Jacques-André entspricht, zurückgezogen wurde; deshalb stimmen wir dann über diesen nicht mehr ab. Die Aufstockung, die Ihnen die Mehrheit der WBK beantragt, ist berechtigt. Wenn man nämlich anschaut, welche Bestandteile der Bund bei der Berufsbildung wirklich leistet, sieht man, dass es nicht 25 Prozent sind, sondern rund 21, 22 Prozent. Denn einige Leistungen, die der Bund exklusiv zu erbringen hat, werden im Prinzip mit eingerechnet, was nicht ganz korrekt ist. Deshalb wird die gesetzliche Vorgabe der 25-Prozent-Kostenbeteiligung des Bundes an der Berufsbildung heute nicht eingehalten. Es sollte möglich sein, mit dem Antrag der Mehrheit der WBK hier etwas zu korrigieren.

Ich möchte bei der Berufsbildung noch darauf aufmerksam machen: Das ist dann wirklich das Sahnestück, über das wir jetzt abstimmen. Für all jene, die sich für die Berufsbildung starkmachen: Es wäre dann auch Zeit, dass man hier Taten folgen lässt. Denn wenn wir hier in der höheren Berufsbildung die Vorbereitungskurse nicht ausreichend finanzieren, werden die Grundbeiträge entsprechend gekürzt. Das wäre die Konsequenz, wenn Sie nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.

Das ist übrigens auch die grosse Sorge der Kantone. Die Vertreter der Kantone haben in der WBK klar ausgeführt, dass wir in diesem Bereich einen erhöhten Finanzbedarf haben. Man kann nicht auf der einen Seite immer fordern und mit diesem neuen Subventionstatbestand dieser Forderung Folge leisten, wenn man auf der anderen Seite nicht die entsprechenden Mittel einstellt. Wer A sagt, muss auch B sagen, und das heisst, der Mehrheit der WBK zu folgen. Damit ist gesagt: Wenn der Bund hier seinen Beitrag leistet, ist damit natürlich auch die Aufforderung an die Kantone verbunden, dass sie ihre Beiträge nicht wieder kürzen. Das ist nicht nur ein Appell, sondern eine Aufforderung der Kommissionsmehrheit.

In diesem Sinne bitte ich Sie, überall dem Antrag der Mehrheit der WBK zuzustimmen.

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Die CVP-Fraktion unterstützt in Block 1 jeweils die bundesrätliche Version. Ich erinnere Sie daran, dass der Antrag der Minderheit I (Maire Jacques-André) der Finanzkommission zurückgezogen wurde.

11. Bundesgesetz über die Berufsbildung

11. Loi fédérale sur la formation professionnelle

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 52 Abs. 3 Bst. d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, art. 52 al. 3 let. d

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 56a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Munz, Aebischer Matthias, Bigler, Derder, Glauser, Wasserfallen)

Abs. 1



Der Bund kann an Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Kursen ...

Abs. 4

Die Beiträge werden mindestens einmal jährlich ausbezahlt.

Art. 56a

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Munz, Aebischer Matthias, Bigler, Derder, Glauser, Wasserfallen)

Al. 1

La Confédération peut verser des subventions aux personnes participant à des cours préparatoires ...

Al. 4

Les subventions sont versées au moins une fois par an.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13502)

Für den Antrag der Mehrheit ... 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 89 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13503)

Für Annahme der Ausgabe ... 187 Stimmen

Dagegen ... 4 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 56b; 59; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2016 N 963 / BO 2016 N 963

Art. 56b; 59; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13504)

Für Annahme des Entwurfes ... 189 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen

(0 Enthaltungen)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2017–2020

1. Arrêté fédéral relatif au financement de la formation professionnelle pendant les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article





Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Abs. 1

Es wird ein Zahlungsrahmen von 3575 Millionen Franken ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

Es wird ein Zahlungsrahmen von 3283,2 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

Es wird ein Zahlungsrahmen von 3406,5 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit III FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Schwander, Sollberger)

Abs. 1

Es wird ein Zahlungsrahmen von 3283,2 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Al. 1

Un plafond de dépenses de 3575 millions de francs ...

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 3283,2 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 3406,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité III CdF-CN



(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Schwander, Sollberger)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 3283,2 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13505)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit III FK-NR ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13506)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 83 Stimmen

(8 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13507)

Für Annahme der Ausgabe ... 189 Stimmen

Dagegen ... 4 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 194,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 184,3 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 199,4 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Sollberger, Vitali)

Abs. 1

Es wird ein Verpflichtungskredit von 184,3 Millionen Franken ...



AB 2016 N 964 / BO 2016 N 964

Art. 2

Proposition de la majorité CSEC-CN

Al. 1

Un crédit d'engagement de 194,6 millions de francs ...

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 184,3 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 199,4 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 184,3 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13508)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 82 Stimmen

(8 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13509)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13510)

Für Annahme der Ausgabe ... 183 Stimmen

Dagegen ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 144,3 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 156,1 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Es wird ein Zahlungsrahmen von 144,3 Millionen Franken ...

Art. 3

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Un plafond de dépenses de 144,3 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Un plafond de dépenses de 156,1 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Un plafond de dépenses de 144,3 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13511)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/FK-NR ... 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13512)

Für Annahme der Ausgabe ... 188 Stimmen

Dagegen ... 6 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 16.025/13513)
Für Annahme des Entwurfes ... 179 Stimmen
Dagegen ... 13 Stimmen
(1 Enthaltung)

Block 2 – Bloc 2

Vorlagen 4, 12 – Projets 4, 12

Graf Maya (G, BL): Wir sind jetzt bei Vorlage 12, und zwar beim ETH-Gesetz. Hier schlägt uns der Bundesrat eine Revision vor. Das, was ich Ihnen jetzt vortrage, ist also nicht ein zusätzlicher Antrag zu einem schon geltenden Artikel. Im 3. Abschnitt, "Wissenschaftliche Integrität und gute wissenschaftliche Praxis", werden vielmehr neue Gesetzesartikel vorgeschlagen.

In Artikel 20a werden die Regeln, Verfahren und Sanktionen erwähnt. Es heisst hier: "Die ETH und die

AB 2016 N 965 / BO 2016 N 965

Forschungsanstalten erlassen für ihre Angehörigen verbindliche Regeln der wissenschaftlichen Integrität." Ich schlage Ihnen mit der Minderheit eine andere Formulierung vor. Wir möchten, dass hier neu auch steht: "... der ethischen Grundsätze der Forschung in Bezug auf Mensch und Kreatur und der guten wissenschaftlichen Praxis." Bei diesem Minderheitsantrag geht es also um die wissenschaftliche Integrität und die gute wissenschaftliche Praxis, um das Herzstück guter Forschung und des ETH-Gesetzes. Wir schlagen Ihnen hier vor, dass in Absatz 1 die Formulierung "in Bezug auf Mensch und Kreatur" eingefügt wird.

Warum? Die Würde der Kreatur ist ein Verfassungsprinzip und wird zum Beispiel für die Tiere auch im Tierschutzgesetz konkretisiert. Dieses Verfassungsprinzip muss nach unserer Auffassung in der ganzen Rechtsordnung Beachtung finden. Es gibt zwar heute an der ETH Zürich bereits Richtlinien über die Integrität in diesem Bereich der Forschung. Diese enthalten aber lediglich Verweise auf geltende Bestimmungen, zum Beispiel Tierschutzbestimmungen, nicht jedoch Handlungsmaximen, zum Beispiel für alle Mitarbeitenden oder Studierenden, die mit Tierversuchen arbeiten. Ich möchte aber auch betonen, dass es auch um Humanforschung geht, um die Forschung am Menschen. Es ist wichtig, dass die ethischen Grundsätze der Forschung in Bezug auf Mensch und Kreatur in verbindlicher Art und Weise in die Forschungsregeln der ETH und der Forschungsanstalten aufgenommen werden. Es ist auch gut für diese Institutionen selbst, denn sie wissen gut, dass diese Themen immer wieder öffentlich kontrovers diskutiert werden.

Eine solche ethische Grundhaltung festzusetzen stärkt also das Vertrauen gegen aussen, aber es stärkt auch das Vertrauen gegen innen, gegenüber allen Angehörigen der Institutionen, gegenüber den Forschern und Studierenden, die arbeiten und wissen, an welche Richtlinien, an welche Vorgaben sie sich bei ihren wissenschaftlichen Arbeiten und bei der Forschung zu halten haben. Dies basiert auf den ethischen Grundsätzen, die wir hier gerne in Bezug auf Mensch und Kreatur ergänzt, erweitert hätten.

Wir danken Ihnen für Ihre Zustimmung.

Fricker Jonas (G, AG): Wir befinden uns jetzt auf Seite 45 der Fahne, wo es um die Studiengebühren geht. Ich möchte Ihnen beliebt machen, Absatz 2bis von Artikel 34d zu streichen. Darin geht es um die Möglichkeit, für ausländische Studierende bis zu dreimal mehr Studiengebühren zu verlangen als für Schweizer Studierende. Es ist unnötig, diese Ungleichheit zu schaffen. Erstens bringt die Massnahme finanziell nicht viel, und zweitens ist es in Bezug auf die Rechtssituation zumindest umstritten, ob diese Diskriminierung dem Diskriminierungsverbot im Uno-Pakt I widerspricht oder nicht. Ausserdem betonten auch der ETH-Rat und die Vertreterin der Studentinnen und Studenten, dass es nicht ihr Anliegen sei, hier eine Ungleichheit zu schaffen.

Es ist klar, dass diese Diskriminierung ein negatives Signal gegen aussen sendet. Die ETH – sie ist ja eine Tophochschule – will die besten Studenten und Forscher bei sich beherbergen. Das ist die Botschaft. Es muss heissen: Bei uns studieren die weltbesten, schlauesten Köpfe, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.

Innovation braucht Diversität zwecks gegenseitiger Inspiration. Das ist insbesondere dann gegeben, wenn auch die schlauesten ausländischen Köpfe bei uns studieren können.



Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrages der Minderheit I.

Reynard Mathias (S, VS): Je prends la parole pour défendre mes cinq propositions de minorité s'inscrivant dans le bloc 2. Il s'agira donc d'être extrêmement clair et bref pour chacune de ces propositions.

Mes deux premières propositions de minorité concernent le projet 12, à savoir la révision de la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales, et plus précisément la question des émoluments, qui vient d'être traitée par Monsieur Fricker. Le projet du Conseil fédéral prévoit en effet de permettre des taxes différenciées entre étudiants suisses et étrangers. Cette différenciation, qui n'était pas possible jusqu'à présent, pourrait aller du simple au triple.

Le groupe socialiste se bat depuis des années pour des taxes d'études socialement acceptables et supportables dans notre pays. Il s'est opposé avec succès à leur doublement dans les EPF. Les taxes d'études ne doivent pas devenir un critère de sélection caché, mais ce sont les aptitudes des étudiants, leurs compétences – qu'ils soient suisses ou étrangers –, qui doivent être prises en compte pour leur admission dans les EPF, et non leur situation financière ou celle de leurs familles. La formation doit rester un bien public accessible à tous; c'est l'accès aux hautes écoles qui est en jeu.

Vu la faiblesse de notre système de bourses d'études – une catastrophe en comparaison internationale –, système que notre conseil refusera sans doute d'améliorer lors du vote relatif au bloc 3, une augmentation des taxes d'études aurait des conséquences néfastes immédiates. En ce sens, nous avons déposé deux propositions permettant de cadrer la proposition de différenciation du Conseil fédéral, en nous inspirant de la motion 13.4008, "EPF. Taxes d'études équitables", que la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national avait déposée sur ce sujet, il y a de cela environ trois ans.

Ma proposition de minorité II, à l'article 34d alinéa 2bis, a donc pour but que les montants supplémentaires obtenus par une éventuelle hausse des taxes d'études pour les étudiants étrangers servent intégralement à des mesures de soutien aux étudiants défavorisés, par exemple via des bourses d'études.

La hausse des taxes d'études ne permettrait pas de compenser les manques de moyens publics, et ses effets seraient ainsi limités en ce qui concerne l'égalité des chances.

Ma proposition de minorité à l'article 34d alinéa 2ter prévoit que, pour les étudiants suisses et les étudiants étrangers domiciliés en Suisse, les émoluments ne puissent être augmentés au-delà du renchérissement qu'au moyen d'une décision du Conseil fédéral. Si la loi prévoit la possibilité d'introduire des émoluments différenciés, il convient de préserver en contrepartie un niveau acceptable pour les taxes d'études des étudiants suisses et des étudiants étrangers vivant en Suisse. Pour des augmentations dépassant le renchérissement, il importe alors de faire revenir la décision au Conseil fédéral.

Je vous remercie d'avance de soutenir ces deux propositions modérées de la révision de la loi sur les EPF.

J'en viens maintenant aux trois autres propositions de minorité relatives au projet 4, qui concernent les objectifs stratégiques du domaine des EPF pour les années 2017 à 2020. Les deux premières propositions, aux articles 1b et 1c, que vous retrouvez à la page 10 du dépliant en français, traitent de la problématique des frontières dans le budget des EPF. La question du financement privé de la recherche et de la formation fait régulièrement débat dans notre pays, et plusieurs cas ont fait scandale récemment, notamment aux EPF. On peut citer les contrats de sponsoring problématiques avec Nestlé, Merck Serono ou encore la fondation Gandur pour l'art.

Les deux propositions ne remettent pas en cause l'existence de financements privés pour les EPF, mais prévoient de cadrer le phénomène. La première proposition vise à ce que les institutions du domaine des EPF assurent la transparence sur les conditions dans lesquelles les financements privés sont réglés. Il ne serait en effet pas acceptable que le financement privé vienne mettre en danger l'indépendance de la recherche et de l'enseignement. Ce sont des éléments centraux, des principes fondamentaux de notre système de formation, qui sont d'ailleurs inscrits à l'article 20 de la Constitution. Il en va également de l'image, de la réputation et de la crédibilité de nos EPF.

La publication de l'essentiel des contrats qui lient les écoles polytechniques fédérales à ces sponsors privés, dans les limites, évidemment, de la protection des données, semble être un élément crucial pour garantir au mieux la transparence des fonds de tiers et éviter les abus dans ces contrats:

AB 2016 N 966 / BO 2016 N 966

droit de veto sur la nomination de professeurs, droit de regard sur des publications scientifiques, etc.

Une autre de mes propositions de minorité prévoit un nouvel article 1c, qui demande que les institutions du domaine des EPF s'efforcent de maintenir une part limitée de fonds de tiers dans leur budget, afin de protéger la qualité et l'indépendance de la recherche et de la formation, ainsi que leur financement durable. Il existe en effet un seuil à partir duquel le financement privé peut poser des problèmes au bon fonctionnement des



hautes écoles et à l'indépendance de l'enseignement et de la recherche. Il importe donc de limiter la part de financement privée dans ces budgets.

Ces dernières années, la part de fonds de tiers d'origine totalement privée – sans compter les fonds secondaires, qui représentent près de 20 pour cent du total du budget –, cette part s'est rapprochée des 10 pour cent du budget des EPF. La tendance est claire, elle est à l'augmentation, et l'enseignement doit rester un bien public. C'est au pouvoir public d'assurer le financement de nos hautes écoles.

Enfin, ma dernière proposition de minorité, celle relative à l'article 1d, concerne les objectifs stratégiques des écoles polytechniques fédérales également, et la proposition vise à ce que le domaine des EPF communique dans la transparence les mandats accessoires de ses cadres et veille à éviter les conflits d'intérêts. Nous pouvons en effet craindre – et, je crois, à juste titre – que certains mandats accessoires de cadres, de professeurs, de membres de la direction des écoles polytechniques fédérales, puissent porter préjudice aux écoles polytechniques, quant au temps qui leur est consacré, à la réputation de ces hautes écoles, ou aux éventuels conflits d'intérêts. Je sais que le Conseil fédéral et le Conseil des EPF ont certainement la volonté d'éviter ces conflits d'intérêts, mais il est important de ne pas reproduire les erreurs du passé et donc d'inscrire cela dans les objectifs stratégiques.

Marti Min Li (S, ZH): Ich vertrete ebenfalls einen Antrag zu den strategischen Zielen zum ETH-Bereich, mit dem Inhalt, dass der ETH-Bereich eine öffentliche Diskussion über Wissenschaft, Technik und Gesellschaft unter dem Einbezug verschiedener Positionen fördert.

Gemessen an der Bedeutung von neuen Technologien auf Gesellschaft, Wirtschaft und auf den Menschen überhaupt bleibt die politische und gesellschaftliche Diskussion dazu bescheiden. Das liegt einerseits daran, dass das Thema Technologie von vielen als kompliziert wahrgenommen wird und sich somit nur Spezialisten und Insider damit beschäftigen, was diesen Effekt noch verstärkt. Andererseits wird teilweise ein Glaubenskrieg zwischen Kulturpessimisten und Technologiegläubigen ausgetragen. Der Internettheoretiker Evgeny Morozov hat noch eine dritte Kategorie ausgemacht: die Technologieagnostiker, die durchaus anerkennen, dass Technologie zu guten oder zu schlechten Zwecken eingesetzt werden kann. Er kritisiert dabei aber einen naiven Technologieagnostizismus, der davon ausgeht, dass Technologie wertneutral sei, quasi im luftleeren Raum statfinde und völlig unbeeinflusst von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sei. Diese Haltung ist nicht nur naiv, sie ist letztlich auch nicht wissenschaftlich. Denn sie verkennt, dass Wissenschaftsentwicklung nicht gradlinig, sondern immer in Kontroversen verläuft.

Es stehen sich immer verschiedene Denkschulen und Paradigmen gegenüber. Francis Bacon sagte schon vor 400 Jahren, dass Wissenschaftler sich überlegen sollen, was wirklich das Ziel ihrer Erkenntnis sei, und dass sie weder aus Freude an der Spekulation noch aus Wetteifer, noch zur Erlangung der Herrschaft über andere, noch wegen des Profits, des Ruhms oder der Macht die Erkenntnis anstreben dürfen, sondern zum Wohle und Nutzen des Lebens und dass sie diese Erkenntnis in Barmherzigkeit vervollständigen und lenken sollen. Das Nachdenken über gesellschaftliche Auswirkungen ist also sowohl Bestandteil wie auch Ziel der Erkenntnis, die die Wissenschaft anstrebt. Es ist daher sinnvoll und wichtig, dass sich die Hochschulen einem offenen und selbstreflexiven Diskurs stellen und auf der Herstellung des Zusammenhangs von gesellschaftlicher, demokratischer, sozialer und wissenschaftlicher Entwicklung bestehen.

Unsere beiden eidgenössischen Hochschulen gehören zu den besten Hochschulen der Welt, und darauf sind wir stolz. Diese Diskussion zu führen bedeutet, dass sie der hohen Verantwortung, die sie tragen, entsprechen und dass sie die hohen Erwartungen, die an sie gestellt werden, erfüllen – dies gerade auch, weil technologische Entwicklungen grosse Auswirkungen haben können; dies gerade auch, weil sie auch Ängste auslösen.

Es geht hier nicht darum, dem ETH-Bereich Steine in den Weg zu legen. Es geht darum, eine Chance zu nützen. Wir haben gestern im Rahmen unseres Fraktionsausfluges unter anderem auch die ETH besucht. ETH-Präsident Lino Guzzella sagte, dass auch er das kritische Denken seiner Studierenden fördern wolle und darum eine "Critical Thinking"-Initiative gestartet habe. Mein Minderheitsantrag unterstützt dieses Vorhaben und möchte es noch stärken.

Ich bitte Sie daher, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Derder Fathi (RL, VD): Nous nous prononçons sur les projets 12 et 4. S'agissant des propositions de minorité, le groupe libéral-radical vous recommande de les rejeter et de vous rallier à l'avis de la majorité de la commission pour toutes les dispositions soumises à discussion.

Je m'arrêterai plus spécifiquement sur deux éléments: tout d'abord, sur les différenciations de taxation entre Suisses et étrangers. Nous sommes, d'une part, surpris de voir que le groupe socialiste s'y oppose, parce que cette idée a émané de ce groupe, il y a quelques années, si mes souvenirs sont bons. D'autre part, sur le fond,



le principe de soumettre à une taxation différente des enfants de contribuables suisses ou étrangers qui ont travaillé et payé des impôts en Suisse, par rapport à d'autres, qui viennent de l'étranger, ne nous paraît pas complètement farfelu; en outre, c'est une pratique qui se fait à l'étranger et qui nous paraît acceptable.

L'autre élément, à savoir limiter les fonds de tiers et les fonds privés ainsi que les partenariats avec les entreprises, soulève un débat de fond assez essentiel. C'est un point important qui mérite qu'on s'y arrête quelques instants. Je suis tout d'abord un peu surpris de voir, dans un débat où certains à ma droite veulent limiter les fonds publics, qu'on présente une autre proposition qui, elle, vise à limiter les fonds privés. Je proposerai qu'on arrête de vouloir limiter les fonds de nos écoles polytechniques fédérales, mais j'y reviendrai. Elles ont besoin de financement; la recherche a besoin de financement, qu'elle aboutisse ou non, d'ailleurs, à des résultats. Ensuite, ces fonds privés sont relativement faibles. Ils constituent, par exemple, environ 7 pour cent du budget de l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne; il ne s'agit donc vraiment pas de sommes importantes. Je suis surtout un peu surpris quand on manifeste l'envie de vouloir limiter ces fonds! Je vous rassure, Monsieur Reynard, à ma connaissance, il n'y a pas 30 entreprises qui font la queue pour frapper à la porte des EPF et leur demander: "Est-ce qu'on pourrait mettre quelques milliards chez vous?" Malheureusement pas! Ce serait bien, mais ce n'est pas le cas. Les fonds proviennent d'entreprises qui ont été démarchées, ce qui constitue beaucoup de travail pour les présidences des EPF. Et ils sont essentiels, non seulement pour financer la recherche, mais aussi parce qu'il faut un lien entre le monde de l'économie et le monde de la recherche.

Il faut que les entreprises et les chercheurs soient en contact pour pouvoir améliorer leurs travaux.

Enfin, l'utilisation du terme "scandale", Monsieur Reynard, n'est pas acceptable. Il n'y a pas de scandale du financement privé. Vous avez utilisé ce terme en commission, vous le réutilisez ici. Or, ce que vous dites n'est pas exact. Il y a des affaires – vous avez parlé de Nestlé, de Merck Serono, ou d'autres – que les médias mettent en avant et qui prêtent au débat, et c'est bien, car c'est un bon débat. Où doit se situer la transparence? Vous avez raison, il faut de la transparence, il faut que la liberté de recherche soit garantie. Mais elle l'est aujourd'hui, et aucun chercheur ne s'est jamais

AB 2016 N 967 / BO 2016 N 967

plaint. Nous connaissons un système de formation entre le privé et le public qui, dans l'ensemble, fonctionne bien, même quasiment parfaitement, puisque nous avons de très bons résultats dans le cadre du partenariat entre le secteur privé et la recherche. Il n'y a donc pas de scandale aujourd'hui, mais une nécessité, vous avez raison, d'indépendance et de transparence, lesquelles sont garanties aujourd'hui par la loi et par le fonctionnement du Conseil des EPF.

Pour en venir au financement de l'enveloppe budgétaire qui nous est soumise, nous sommes en présence de trois propositions: celle du Conseil fédéral, celle de la minorité Keller Peter et celle de la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. J'insisterai sur un point: nous parlons, à ce sujet, des deux locomotives de la formation, de la recherche et de l'innovation en Suisse. Oui, les EPF sont les locomotives de notre recherche. Nous disposons bien sûr de tout un système de formation qui fonctionne bien, mais sans ces deux hautes écoles qui tirent en avant notre système de formation, la Suisse ne serait pas ce qu'elle est.

Une augmentation du financement est nécessaire pour deux raisons, et nous les avons évoquées. Une proposition vise à augmenter faiblement ce financement, de 1,5 pour cent, et la proposition de la commission vise une augmentation un peu plus importante. Nous devons former plus d'étudiants – leur nombre connaît une augmentation – et nous devons les former dans plus de domaines, tels que les "data sciences" – on en a parlé –, les données, la médecine personnalisée – un domaine qui nécessite beaucoup d'investissements et de temps.

Cette demande d'augmentation n'a pas été évaluée à la légère, au doigt mouillé, après que nous nous serions demandé si nous avions besoin de plus d'argent. Non, cette demande répond à des besoins précis à la hausse, en termes d'étudiants et de missions, et à des attentes de la société, afin que les locomotives de l'innovation suisse que sont les EPF puissent avancer dans ces domaines de recherche. C'est la raison pour laquelle nous devons leur donner les moyens, aujourd'hui, d'atteindre les objectifs fixés et de rester des locomotives pour la place scientifique et économique suisse.

Dans sa majorité, le groupe libéral-radical vous propose de soutenir le projet du Conseil fédéral, appuyé par la Commission des finances. Une minorité de notre groupe estime que ce n'est pas suffisant et qu'il faut suivre la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture.

Fricker Jonas (G, AG): Es ist schön zu spüren, wo das Herz von Fathi Derder schlägt und wie es ihm wehtut ob dem, was die Mehrheit seiner Fraktion beschlossen hat. Ich bin da in einer etwas angenehmeren Lage. Bei



uns ist klar: Der ETH-Bereich, EPFL und ETH, ist ein bzw. das Zugpferd. Wir stimmen sowohl dem Gesetz wie auch dem Zahlungsrahmen, wie es die WBK-Mehrheit beantragt, grundsätzlich zu. Uns sind die ethischen Grundsätze der Forschung in Bezug auf Mensch und Kreatur und die Gleichbehandlung von ausländischen und schweizerischen Studentinnen und Studenten wichtig, deswegen auch unsere beiden Minderheitsanträge: der Minderheitsantrag Graf Maya, den wir einstimmig, und der Minderheitsantrag I (Fricker), den wir mehrheitlich unterstützen.

Zu den beiden Minderheitsanträgen Reynard: Beim Minderheitsantrag für die Zweckbindung allfälliger Mehreinnahmen zugunsten der Studierenden hat die grüne Fraktion grundsätzlich eine unterstützende Haltung, es ist aber auch ein wenig Skepsis dabei. Es wird eine mehrheitliche Unterstützung geben. Den Minderheitsantrag Reynard, wonach die Studiengebühren nur mittels eines Bundesratsentscheides über die Teuerung hinaus erhöht werden können, lehnen wir aus Kompetenzüberlegungen ab.

Wir unterstützen hingegen drei der vier beantragten Ergänzungen der strategischen Ziele der ETH. Wir halten sie für grundsätzlich gut begründet. Einzig beim Ziel betreffend die Drittmittel-Akquise möchten wir mehrheitlich beim Entwurf des Bundesrates bleiben. Wir sehen auch – Fathi Derder hat es vorhin ebenfalls gesagt –, dass es ein heikles Thema ist. Das Wichtigste ist sicher die Transparenz. Diese sollte von der ETH selber und von den Universitäten proaktiv geschaffen werden. Dass man nun sensibel ist, dazu hat sicher die Recherche von SRF/"Rundschau" ihren Teil beigetragen. Es ist wichtig, dass auch wir im Nationalrat sensibel sind. Ich habe aber das Gefühl, dass die Botschaft bei der ETH angekommen ist. Dieses Ziel würde zu weit gehen.

Noch zum Zahlungsrahmen: Es ist klar, dass es Geld braucht, um Forschungsbereiche wie Big Data, Advanced Manufacturing und personalisierte Medizin neu zu erschliessen. Das kommt nicht einfach so aus dem Nichts. Auch soll zum Beispiel der Forschungsbereich Energie explizit weiterentwickelt werden. Das ist so in den Zielen verankert. Es ist ganz klar, dass man deshalb den Zahlungsrahmen für die ETH aufstocken muss.

Die Grünen stimmen darum, wie schon angekündigt, mit der Mehrheit der WBK. Ich bitte Sie, das auch zu tun.

Präsident (Stahl Jürg, erster Vizepräsident): Die SVP-Fraktion unterstützt beim Zahlungsrahmen in Vorlage 4 die Anträge der Minderheit der FK bzw. der Minderheit der WBK. Beim ETH-Gesetz folgt sie den Anträgen der Mehrheit. Die BDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Mehrheit der WBK.

Munz Martina (S, SH): Die ETH ist das Flaggschiff der Schweizer Hochschulen. Ihre grosse Bedeutung für die Schweizer Gesellschaft und Wirtschaft ist unbestritten, sie gehört zu den Topuniversitäten der Welt und betreibt Grundlagenforschung auf höchstem Niveau. Sie ist für die Ausbildung von Fach- und Führungskräften in technischen Bereichen und in den Ingenieurwissenschaften verantwortlich. Wenn wir die Schweiz vorwärtsbringen wollen, dann nur mit Investitionen in die Bildung. Sparen beim ETH-Bereich träfe die Bildung ins Herz. Die SP-Fraktion ist sich der Bedeutung der ETH für die Schweiz bewusst und will deshalb den Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich für die Jahre 2017 bis 2020 erhöhen und unterstützt die entsprechenden Anträge. Es ist nicht sinnvoll, ja schon fast sträflich, wie vom Bundesrat beantragt, bei der Bildung und im Besonderen bei der ETH zu sparen und das jährliche Wachstum auf 1,5 Prozent zu limitieren, obwohl ihr auch zusätzliche Aufgaben auferlegt wurden.

An der ETH nimmt die Zahl der Studierenden zu. Das ist von der Wirtschaft gewünscht. Uns fehlen die Fachkräfte im technischen Bereich. Neu engagiert sich die ETH auch bei der Ausbildung von medizinischem Personal. Wir können nicht auf der einen Seite den Fachkräftemangel beklagen und gleichzeitig der ETH das nötige Geld zur Linderung der Missstände absprechen. Zudem muss die ETH im weltweiten Wettbewerb der führenden Hochschulen bestehen können. Das ist anspruchsvoll und funktioniert nicht ohne die entsprechenden finanziellen Mittel. Wenn wir die Qualität der ETH und damit auch die strategische Entwicklung des ETH-Bereichs langfristig erhalten und auch neue, zukunftsweisende Forschungsgebiete erschliessen wollen, dann müssen wir investieren. Die ETH ist deshalb auf einen höheren Zahlungsrahmen angewiesen.

Mit der Änderung des ETH-Gesetzes soll die ETH neu nicht mehr über einen Leistungsauftrag gesteuert werden, sondern über strategische Ziele. Die SP-Fraktion begrüsst diese Änderung des ETH-Gesetzes. Das Parlament kann auf die strategische Ausrichtung der ETH Einfluss nehmen, indem es dem Bundesrat Aufträge zu diesen strategischen Zielen erteilt. Dieses Instrument kommt heute bei der Beratung der Vorlage 4 erstmals zur Anwendung.

Unsere Fraktion wird alle Minderheitsanträge zu den strategischen Zielen unterstützen. Der wichtigste Änderungsantrag betrifft die Transparenz bei der privaten Finanzierung der Forschung; diese Transparenz muss gewährleistet sein. Auch sollen die Institutionen der ETH bei Drittmittelprojekten sicherstellen müssen, dass die Freiheit der Lehre und Forschung gewährleistet ist. Der ETH-Bereich soll zudem verpflichtet werden, offen über Nebenbeschäftigungen seiner Führungskräfte zu informieren und Interessenkonflikte zu



AB 2016 N 968 / BO 2016 N 968

vermeiden. Zudem soll eine öffentliche Diskussion über gesellschaftliche Folgen neuer Technologien gefördert werden.

Wir unterstützen beim ETH-Gesetz auch alle Minderheitsanträge bezüglich Studiengebühren. Die Mehreinnahmen aus höheren Studiengebühren für ausländische Studierende sollen über Stipendien generell wieder den Studierenden zugutekommen. Auch soll der Bundesrat über höhere Gebühren für Schweizer Studierende entscheiden.

Zum Schluss ein Zitat aus der BFI-Botschaft zur Zwischenevaluation 2015 des ETH-Bereichs: "Aus Sicht der Expertinnen und Experten sind auch die Politik, die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft gefordert, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen und so die Position des ETH-Bereichs zu stützen."

Es ist somit hier und heute an der Politik, diese guten Rahmenbedingungen zu setzen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der entsprechenden Anträge.

Riklin Kathy (C, ZH): Zur Bedeutung der ETH und zur Finanzierung haben wir bereits beim Eintreten gesprochen.

Zu den verschiedenen Minderheitsanträgen zur Änderung des ETH-Gesetzes: Die CVP-Fraktion wird diese alle ablehnen. Wichtig ist die Änderung des ETH-Gesetzes in dem Sinne, dass die ETH nun die Möglichkeit erhält, den Zustrom der ausländischen Studierenden allenfalls beschränken zu können. Die ETH ist ein solches Erfolgsmodell, dass der Andrang sehr gross ist. Es war ein Bundesgerichtsentscheid, der diese Gesetzesanpassung nötig machte; eine mögliche Zulassungsbeschränkung wird nun im Gesetz festgehalten, was begrüssenswert ist.

Was die Gebühren anbetrifft, so war es ja dieses Parlament, das immer gefordert hat, dass die ETH zwischen inländischen und ausländischen Studierenden differenzieren soll; sie soll die Möglichkeit erhalten, differenzierte Studiengebühren zu erheben, wobei das massvoll geschehen soll, indem bis maximal dreimal so hohe Gebühren für ausländische Studierende erlaubt sein sollen. Man muss auch wissen, dass es sehr wohlhabende ausländische Studierende gibt, die das ohne Probleme verkraften können, zumal sie einen Studienplatz von dieser Qualität in einem anderen Land gar nicht erhalten könnten. Diese Möglichkeit zu schaffen ist sinnvoll; das wurde von uns gewünscht.

Daher werden wir dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmen.

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, seinen Anträgen zu folgen, und somit empfehle ich Ihnen, sämtliche Minderheitsanträge in den Vorlagen 12 und 4 abzulehnen.

Lassen Sie mich ganz kurz ein paar Worte zu den einzelnen Artikeln verlieren. Vorneweg sage ich meinerseits noch einmal: Unsere Flaggschiffe sind wirklich die beiden ETH Zürich und Lausanne mit den Forschungsanstalten. Je besser sie unterwegs sind, umso innovativer sind wir, umso besser sind wir in den Rankings, umso attraktiver sind wir, und umso besser sind wir in der Lage, die absoluten Spitzenköpfe an unsere Institute zu holen. Das ist eine Spirale, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter nach oben gedreht hat. Selbstverständlich wollen wir daran nichts ändern.

Ich komme zum Minderheitsantrag Graf Maya zu Artikel 20a: Es geht in diesem Artikel nicht um eine neue materielle Regelung der Forschungsethik an den ETH. Die Forschungsethik ist in Umsetzung der verschiedenen Gesetzgebungen an den ETH längstens geregelt; ich rufe hier das Tierschutzgesetz, das Heilmittelgesetz, das Patientengesetz, das Forschungsgesetz usw. in Erinnerung. Es besteht also kein Handlungsbedarf, weshalb ich Sie bitte, den Minderheitsantrag Graf Maya abzulehnen.

Dann zum Minderheitsantrag Fricker zu Artikel 34d: Der Entwurf des Bundesrates entspricht der Forderung der Motion der WBK-NR und will nichts anderes. Das Anliegen ist, dass ausländische Studierende, die weder selber noch über ihre Eltern in Form von Steuern zur Finanzierung der ETH beitragen, dies im Sinne einer Kompensation über höhere Studiengebühren tun sollen.

Dann zum Minderheitsantrag Reynard zu Artikel 34d Absatz 2bis betreffend Zweckbindung der Mehreinnahmen: Lassen wir, mit einem Wort gesagt, den ETH-Bereich mit seiner Autonomie die richtige Lösung finden. Verzichten wir darauf, von der Politik her in die Gebühren- und Schulgeldordnung eingreifen zu wollen! Ich bitte Sie wirklich darum, davon Abstand zu nehmen. Ich habe auch in der Kommission deutlich darauf aufmerksam gemacht, dass in den letzten zwanzig Jahren die Gebühren quasi nicht oder überhaupt nicht angepasst wurden. Es ist also kein Handlungsbedarf vorhanden.

Dann zu Artikel 34d Absatz 2ter, zur über die Teuerung hinausgehenden Anpassung der Gebühren gemäss Antrag der Minderheit Reynard: Dagegen spricht wiederum vor allem der Grund, dass es um den ETH-Bereich



mit seiner Autonomie geht. Lassen Sie ihn bitte die Gebühren und die Abgaben selber festlegen. Er braucht unsere politische Hilfe nicht.

Zum Minderheitsantrag Marti betreffend die Ergänzung der ETH-Ziele, die öffentliche Diskussion über die Wissenschaft, die Technik und die Gesellschaft: Der Inhalt des Anliegens ist an sich berechtigt und auch aktuell. Das wird bei der Bereinigung der strategischen Ziele aufgenommen und dann diskutiert werden. Hier kann man auf eine entsprechende Nennung im Gesetz verzichten.

Dann zum Minderheitsantrag Reynard betreffend die Transparenz der Bedingungen im Zusammenhang mit privaten Drittmitteln: Die Motion Reynard 14.3566 wurde in den Räten noch nicht behandelt. Die verlangte Transparenz ist durch das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004 im Grundsatz gegeben. Eine Pflicht zu einer umfassenden proaktiven Veröffentlichung könnte potenzielle wichtige industrielle Partner von einer Kooperation abhalten. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in den letzten Monaten wiederholt in Diskussionen gewesen sind, wie man mit diesen privaten Geldern umgehen will. Der Grundsatz der Freiheit von Lehre und Forschung ist absolut zentral. Irgendwelche Bedingungen dürfen nicht an diese Mittel geknüpft werden. Aber selbstverständlich sind wir daran interessiert, dass die Schulen über private Mittel verfügen, und die privaten Mittel machen etwa 10 Prozent aller verfügbaren Mittel des ETH-Bereiches aus.

Dann zu den Drittmitteln in Bezug auf das Budget: Das habe ich eben auch im gleichen Satz schon abgehandelt, Herr Reynard. Bitte keine zusätzliche Regulierung!

Last, but not least die Information über die Nebenaufträge: Auch da gibt es eine Motion, die Motion Graf Maya 14.3621, die noch nicht behandelt ist. Auch hier kann ich Ihnen sagen: Wir haben intensivste Diskussionen mit dem ETH-Bereich bzw. mit ETH und EPFL geführt und haben klargemacht, dass die 10 Prozent, über die die Professoren verfügen dürfen, gegeben sind. Die Frage ist dann, wovon diese 10 Prozent sind – sicherlich nicht gemessen an den 40 Wochenstunden. Das Zweite sind die Gebühren. Auch diese haben eine in den ETH-Reglementen festgelegte Maximalquote, bis zu der die Gebühren bei den betroffenen Individuen bleiben. Alles, was darüber hinausgeht, wird an die Schule abgegeben. Das ist geprüft und durchgesetzt. Sie dürfen mir mit gutem Gewissen abnehmen, dass wir aufgeräumt haben. Also auch hier: bitte mit der Mehrheit gehen und den Minderheitsantrag ablehnen.

Schwander Pirmin (V, SZ): Herr Bundespräsident, seit Jahren sind die Nebenbeschäftigungen von Professoren auch in den Finanzkommissionen ein Thema. Bis wann erhalten wir diesbezüglich mehr Transparenz im Parlament bzw. in den Kommissionen?

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Ich habe es eben gesagt, Herr Nationalrat Schwander. Wir haben uns insbesondere im letzten Jahr und im ETH-Bereich intensivst mit dieser Thematik befasst. Wir wissen genau, wo wir stehen – wir können miteinander abmachen, wann Sie Einsicht bekommen.

Keller Peter (V, NW): Herr Bundespräsident, ich erlaube mir, auf die Frage zu den strategischen Zielen aus der

AB 2016 N 969 / BO 2016 N 969

Eintretensdebatte zurückzukommen. Sie haben sich sehr wolkig ausgedrückt, was das Parlament betrifft, wenn es um die Ausformulierung der strategischen Ziele geht. Sie haben von einer Chance gesprochen. Können Sie hier bitte eine klare Zusage machen, dass bei der kommenden BFI-Botschaft die strategischen Ziele auch den vorberatenden Kommissionen vorgelegt werden?

Schneider-Ammann Johann N., Bundespräsident: Jawohl, ich habe das heute Morgen verpasst. Aber wir haben das in der Kommission schon einmal festgestellt. Mit der BFI-Botschaft bekommen Sie die strategischen Ziele vorgelegt, wie sie der Bundesrat beschreibt. Mit der BFI-Botschaft hat das Parlament regelmässig die Möglichkeit, sich zu diesen strategischen Zielen zu äussern.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich nehme zuerst zu den inhaltlichen Änderungen des ETH-Gesetzes und dann zu den Finanzierungsbeschlüssen Stellung.

Beim ETH-Gesetz werden ja vor allem vier Bereiche geändert. Es betrifft zunächst die Corporate Governance der ETH, dann das Berichtswesen, die Studiengebührenordnung und weitere Anpassungen betreffend Treuepflicht und Mitglieder des ETH-Rates. Das sind etwa diese vier Bereiche, bei welchen wir Diskussionsbedarf haben.

Es ist so, dass das Parlament selber die Steuerung der verselbstständigten Einheiten eigentlich anders aufgleist haben und eine einheitliche Regelung wollte. Gemäss Artikel 8 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes ist denn der Bundesrat auch dafür verantwortlich, dass der ETH-Bereich über strategische



Ziele gesteuert werden kann. In dem Sinn wird der heutige Leistungsauftrag für den ETH-Bereich, wie wir ihn kennen, durch die strategischen Ziele ersetzt, und auch die Prozedur wird leicht verändert, aber das halt in dem Sinn, dass alle Bereiche der verselbstständigten Einheiten einheitlich geregelt sind.

Bezüglich der vorherigen Frage von Herrn Keller an die Adresse von Bundespräsident Schneider-Ammann möchte ich hier klar noch einmal zuhänden des Amtlichen Bulletins Folgendes festhalten: Wir haben in der Kommission diskutiert, und wir haben vom Bundesrat auch den Entschluss mitgeteilt erhalten, dass er die strategischen Ziele für den ETH-Bereich jeweils bei der Erarbeitung der BFI-Botschaft der vorberatenden Kommission zur Verfügung stellen will. Wir danken ihm herzlich dafür, das erleichtert natürlich auch die Beratung innerhalb der Kommission. Es ist aber auch so, dass das Parlament, dass wir selber die Oberaufsicht über die ETH wahrnehmen. In dem Sinn möchte ich auch festhalten, dass zum Beispiel die Autonomie des ETH-Bereiches nicht infrage gestellt wird.

Deshalb bittet Sie die Kommissionsmehrheit, im Folgenden auch immer bei den bundesrätlichen Anträgen zu bleiben. Denn es ist nicht stufengerecht und sinnvoll, jetzt hier im Parlament über die Studiengebührenordnung zu diskutieren, einerseits was die Teuerung und andererseits auch was den Inhalt anbelangt. Die ausländischen Studierenden werden mit bis maximal dreimal so hohen Studiengebühren belastet werden können – sofern Sie den entsprechenden Absatz drinlassen; eine Minderheit Fricker will diesen streichen.

Ich möchte noch kurz zum Verpflichtungskredit sprechen. Die Mehrheit der WBK verlangt eine Aufstockung, und zwar ist es schon so – das müssen Sie also wirklich zur Kenntnis nehmen –, dass das Bundesamt für Statistik bis 2020 mit dem Referenzszenario damit rechnet, dass rund 8,9 Prozent mehr Studierende an den ETH eingeschrieben sein werden. Das heisst also 8,9 Prozent mehr Studierende bis 2020. Da müssen wir schon schauen, dass wir für die Mehraufgaben des ETH-Bereiches – namentlich Medizin, Big Data, Advanced Manufacturing und Energieforschung – genügend Mittel einstellen. Es ist auch so, und das ist wahrscheinlich auch der Stolz, den wir hier drin haben, dass die ETH eine jener Hochschulen ist, welche in den internationalen Rankings Top-Ten-Positionen erreichen kann. Damit dies garantiert werden kann, sind entsprechende Aufstockungen mehr als gerechtfertigt.

Ich möchte zum Schluss an Sie appellieren: Der ETH-Bereich kann es sich nicht leisten, wenn die ETH unter den Top-Ten-Universitäten bleiben will, dass man irgendwie eine Kompensation hier und eine Kompensation dort macht. Wenn wir internationale Qualität haben wollen, dann müssen wir hier genügend Mittel einstellen. Nur mit dem Antrag der WBK-Mehrheit ist es möglich, in diesem Bereich die ausreichenden Finanzen bereitzustellen.

In dem Sinn danke ich für die Unterstützung der Mehrheit.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: Je parlerai tout d'abord de la modification de la loi sur les EPF. Les changements proposés par le Conseil fédéral visent la gouvernance, les taxes d'études pour les étudiants, la question de la restriction d'admission et l'intégrité scientifique. Au sujet de cette dernière, il s'agit d'adapter la loi à de récentes évolutions négatives du monde de la recherche. La loi sur les EPF vise à permettre aux écoles polytechniques fédérales et aux quatre instituts fédéraux de recherche de prévoir les mesures adéquates, conformément au droit du personnel et aux dispositions sur le retrait des titres académiques.

La commission soutient évidemment ces nouvelles dispositions, qui doivent permettre aux institutions d'édicter des règles contraignantes relatives à l'intégrité scientifique et aux bonnes pratiques scientifiques. A l'article 20, la minorité Graf Maya propose d'ajouter à ces critères les principes éthiques à respecter dans le cadre de la recherche sur l'être humain ou sur tout autre être vivant. La majorité de la commission estime que ce n'est pas nécessaire, dans la mesure où la recherche sur l'être humain est déjà réglée par une loi.

S'agissant de la gouvernance, il convient d'adapter les règles en vigueur aux nouvelles dispositions relatives à l'administration. Actuellement, le Conseil fédéral établit un mandat de prestations avec le Conseil des EPF. L'idée est d'assurer à l'avenir la gouvernance en fixant des objectifs. La commission s'est inquiétée de savoir si cette nouvelle gouvernance allait enlever au Parlement son pouvoir de contrôle. Monsieur Schneider-Ammann, président de la Confédération, nous a assurés que telle n'était pas l'idée du Département de l'économie, de la formation et de la recherche. Il a aussi pu s'engager sur le fait que le Conseil fédéral soumettrait les projets d'objectifs stratégiques à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. Avec ces garanties, la commission vous demande donc de soutenir ce changement de gouvernance.

S'agissant des étudiants étrangers, les modifications à l'article 16 alinéa 1 doivent permettre aux écoles de limiter l'admission des étudiants étrangers, si des problèmes de capacité se font jour. A l'alinéa 2, il s'agit de préparer le terrain avant que les écoles polytechniques fédérales n'ouvrent des filières de bachelor en médecine, à l'horizon 2017, et de leur donner la possibilité de limiter cet accès, comme peuvent le faire les écoles



de médecine universitaires de ce pays. Il est clair que nos écoles polytechniques fédérales sont extrêmement attractives pour les étudiants étrangers – les étudiants français et allemands, en particulier –, et que nous n'avons pas intérêt à ce que les étudiants issus de notre système de formation soient des victimes de cette attractivité.

Pour ce qui concerne les taxes d'inscription pour les étudiants étrangers, le projet du Conseil fédéral prévoit d'autoriser le Conseil des EPF à fixer des émoluments jusqu'à trois fois plus élevés que ceux s'appliquant aux jeunes issus du système de formation suisse. Deux minorités vous proposent soit de biffer cette disposition de l'article 34d alinéa 2bis, soit d'affecter le revenu supplémentaire issu de ces taxes à des bourses d'études ou à d'autres mesures en faveur des étudiants.

Aux yeux de la majorité de la commission, ces propositions doivent être repoussées et le projet du Conseil fédéral, qui est le fruit d'un compromis auquel le Parlement a participé, doit être accepté. En effet, il est juste que les étudiants venant de l'étranger, et dont les parents n'ont pas contribué au financement du système éducatif de base, paient un

AB 2016 N 970 / BO 2016 N 970

montant plus élevé. Il ne faut pas craindre que les taxes deviennent des fardeaux pour les étudiants, dans la mesure où elles doivent rester socialement supportables.

Le projet 4 qui vous est soumis concerne l'arrêté fédéral relatif au plafond des dépenses destinées au domaine des EPF pour les années 2017–2020. Le Conseil fédéral prévoit un plafond de dépenses de 10,177 milliards de francs pour ce domaine, soit une croissance annuelle moyenne de 1,5 pour cent, dont 0,5 pour cent au titre du renchérissement.

La proposition de la minorité Keller Peter vise à en rester aux dépenses de 2016, prévoyant un plafond de dépenses à 9737,7 millions de francs. Une large majorité estime, quant à elle, que cette croissance ne permettra pas aux EPF de remplir les objectifs assignés.

Pour la période 2017–2020, le Conseil fédéral demande aux EPF d'explorer les nouveaux domaines que sont le "big data", la médecine personnalisée et les "cleantech". Ces trois domaines demandent d'importantes infrastructures. La commission doute qu'une croissance de 1,5 pour cent sur quatre ans, qui risque encore d'être rongée par les programmes d'économies, nous permette de nous positionner face aux géants américains. Je vous demande donc de soutenir la majorité de la commission.

12. Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen

12. Loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung; Art. 3a; 16a Titel, Abs. 1, 2; 17 Abs. 1bis; Gliederungstitel vor Art. 20a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction; art. 3a; 16a titre, al. 1, 2; 17 al. 1bis; titre précédant l'art. 20a

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 20a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Graf Maya, Aebischer Matthias, Chevalley, Fricker, Marti, Munz, Reynard, Steiert)

Abs. 1

... der wissenschaftlichen Integrität, der ethischen Grundsätze der Forschung in Bezug auf Mensch und Kreatur und der guten wissenschaftlichen Praxis.



Art. 20a

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Graf Maya, Aebischer Matthias, Chevalley, Fricker, Marti, Munz, Reynard, Steiert)

Al. 1

... scientifique, aux principes éthiques à respecter en matière de recherche sur l'être humain ou sur tout autre organisme vivant et aux bonnes pratiques scientifiques.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13514)

Für den Antrag der Mehrheit ... 124 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 20b; 20c; 24 Titel, Abs. 4; 24a-24c; 25 Abs. 1 Bst. a; Gliederungstitel vor Art. 33; Art. 33; 33a; 34; 34bbis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 20b; 20c; 24 titre, al. 4; 24a-24c; 25 al. 1 let. a; titre précédant l'art. 33; art. 33; 33a; 34; 34bbis

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 34d

Antrag der Mehrheit

Abs. 2, 2bis, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Fricker, Aebischer Matthias, Hadorn, Munz, Reynard, Steiert)

Abs. 2bis

Streichen

Antrag der Minderheit II

(Reynard, Aebischer Matthias, Fricker, Hadorn, Munz, Steiert)

Abs. 2bis

... dreimal so hoch sein wie die Studiengebühren nach Absatz 2. Die Mehreinnahmen werden für Stipendien oder andere Massnahmen zugunsten der Studierenden eingesetzt.

Antrag der Minderheit

(Reynard, Aebischer Matthias, Hadorn, Munz, Steiert)

Abs. 2ter

Die Gebühren für Schweizer Studierende wie auch für ausländische Studierende mit Wohnsitz in der Schweiz dürfen nur mittels eines Bundesratsentscheids über die Teuerung hinaus erhöht werden.

Art. 34d

Proposition de la majorité

Al. 2, 2bis, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Fricker, Aebischer Matthias, Hadorn, Munz, Reynard, Steiert)



Al. 2bis
Biffer

Proposition de la minorité II

(Reynard, Aebischer Matthias, Fricker, Hadorn, Munz, Steiert)

Al. 2bis

... au triple du montant des finances d'inscription visé à l'alinéa 2. Les recettes supplémentaires seront affectées aux bourses d'études ou à d'autres mesures en faveur des étudiants.

Proposition de la minorité

(Reynard, Aebischer Matthias, Hadorn, Munz, Steiert)

Al. 2ter

Pour les étudiants suisses et les étudiants étrangers domiciliés en Suisse, les émoluments ne peuvent être augmentés au-delà du renchérissement qu'au moyen d'une décision du Conseil fédéral.

Abs. 2bis – Al. 2bis

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13515)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 53 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2016 N 971 / BO 2016 N 971

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13516)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 51 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Abs. 2ter – Al. 2ter

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13517)

Für den Antrag der Minderheit ... 45 Stimmen

Dagegen ... 143 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions adoptées

Art. 35 Abs. 3, 4; 35a Titel, Abs. 5; 35abis; 35ater Abs. 1; 35aquater; Gliederungstitel vor Art. 36a; Gliederungstitel vor Art. 36c; Art. 36c-36e; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 35 al. 3, 4; 35a titre, al. 5; 35abis; 35ater al. 1; 35aquater; titre précédant l'art. 36a; titre précédant l'art. 36c; art. 36c-36e; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13518)



Für Annahme des Entwurfes ... 190 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich in den Jahren 2017–2020

4. Arrêté fédéral relatif au plafond de dépenses destiné au domaine des EPF pour les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

... von 10 477,7 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

... von 9737,7 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

... von 10 540,8 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

... von 9737,7 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Un plafond de dépenses de 10 477,7 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Un plafond de dépenses de 9737,7 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Un plafond de dépenses de 10 540,8 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN



(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Un plafond de dépenses de 9737,7 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13519)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 99 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 85 Stimmen

(7 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13520)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 67 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13521)

Für Annahme der Ausgabe ... 187 Stimmen

Dagegen ... 4 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 1a

Antrag der Minderheit

(Marti, Aebischer Matthias, Fricker, Munz, Reynard, Steiert)

Einleitung

Betreffend die strategischen Ziele 2017 bis 2020 für den ETH-Bereich seien die in Anhang 8 der BFI-Botschaft festgelegten strategischen Ziele mit folgendem Ziel zu ergänzen:

Ziel 7 Titel

Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben

Ziel 7 Text

Der ETH-Bereich fördert eine öffentliche Diskussion über Wissenschaft, Technik und Gesellschaft über gesellschaftliche Folgen von neuen Technologien unter Einbezug verschiedener wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Positionen.

Art. 1a

Proposition de la minorité

(Marti, Aebischer Matthias, Fricker, Munz, Reynard, Steiert)

Introduction

Concernant la définition des objectifs stratégiques du domaine des EPF pour les années 2017 à 2020, le Conseil fédéral doit

AB 2016 N 972 / BO 2016 N 972

prendre en compte, en plus des objectifs stratégiques fixés dans l'annexe 8 du message FRI, l'objectif suivant:

Objectif 7 titre

Rôle dans la société et services nationaux

Objectif 7 texte

Le domaine des EPF encourage un débat public sur la science, la technique et la société abordant la question des implications sociétales des nouvelles technologies et tenant compte des différentes positions scientifiques, politiques et sociétales.

Abstimmung – Vote



(namentlich – nominatif; 16.025/13522)
Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen
Dagegen ... 134 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Art. 1b

Antrag der Minderheit

(Reynard, Aebischer Matthias, Bulliard, Fricker, Hadorn, Marchand, Munz)

Betreffend die strategischen Ziele 2017 bis 2020 für den ETH-Bereich sei bei den in Anhang 8 der BFI-Botschaft festgelegten strategischen Zielen das Ziel 8 wie folgt zu ergänzen:

Die Institutionen des ETH-Bereichs stellen bei Drittmittelprojekten und Donationen sicher, dass die Lehr- und Forschungsfreiheit gewahrt bleibt und Forschungsergebnisse publiziert werden können. Sie gewährleisten Transparenz bei den Bedingungen für Privatfinanzierungen.

Art. 1b

Proposition de la minorité

(Reynard, Aebischer Matthias, Bulliard, Fricker, Hadorn, Marchand, Munz)

Concernant la définition des objectifs stratégiques du domaine des EPF pour les années 2017 à 2020, le Conseil fédéral doit compléter, dans les objectifs stratégiques fixés dans l'annexe 8 du message FRI, l'objectif 8 de la façon suivante:

Pour les projets financés par des fonds de tiers et des donations, les institutions du domaine des EPF veillent à ce que la liberté d'enseignement et de recherche soit garantie et que les résultats des recherches puissent être publiés. Elles assurent la transparence sur les conditions dans lesquelles les financements privés sont réglés.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13523)
Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen
Dagegen ... 131 Stimmen
(1 Enthaltung)

Art. 1c

Antrag der Minderheit

(Reynard, Aebischer Matthias, Bulliard, Hadorn, Marchand, Munz)

Betreffend die strategischen Ziele 2017 bis 2020 für den ETH-Bereich sei bei den in Anhang 8 der BFI-Botschaft festgelegten strategischen Zielen der Teil von Ziel 8 über den Drittmittelanteil wie folgt zu ändern:

Die Institutionen des ETH-Bereichs bemühen sich, in ihren Budgets einen gewissen Drittmittelanteil einzubehalten mit dem Ziel, die Qualität und Unabhängigkeit der Bildung und Forschung sowie deren nachhaltige Finanzierung zu wahren.

Art. 1c

Proposition de la minorité

(Reynard, Aebischer Matthias, Bulliard, Hadorn, Marchand, Munz)

Concernant la définition des objectifs stratégiques du domaine des EPF pour les années 2017 à 2020, le Conseil fédéral doit modifier, dans les objectifs stratégiques fixés dans l'annexe 8 du message FRI, la partie de l'objectif 8 consacré aux fonds de tiers de la façon suivante:

Les institutions du domaine des EPF s'efforcent de maintenir une part limitée de fonds de tiers dans leur budget, afin de protéger la qualité et l'indépendance de la recherche et de la formation, ainsi que leur financement durable.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13524)
Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen
Dagegen ... 135 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Art. 1d



Antrag der Minderheit

(Reynard, Aebischer Matthias, Bulliard, Fricker, Hadorn, Marchand, Munz, Steiert)

Betreffend die strategischen Ziele 2017 bis 2020 für den ETH-Bereich seien die in Anhang 8 der BFI-Botschaft festgelegten strategischen Ziele mit folgendem Ziel zu berücksichtigen:

Der ETH-Bereich informiert offen über die Nebenaufträge seiner Führungskräfte und achtet auf die Vermeidung von Interessenkonflikten.

Art. 1d

Proposition de la minorité

(Reynard, Aebischer Matthias, Bulliard, Fricker, Hadorn, Marchand, Munz, Steiert)

Concernant la définition des objectifs stratégiques du domaine des EPF pour les années 2017 à 2020, le Conseil fédéral doit prendre en compte, en plus des objectifs stratégiques fixés dans l'annexe 8 du message FRI, l'objectif suivant:

Le domaine des EPF communique dans la transparence les mandats accessoires de ses cadres et veille à éviter les conflits d'intérêts.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13525)

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

Dagegen ... 132 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13526)

Für Annahme des Entwurfes ... 128 Stimmen

Dagegen ... 55 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Block 3 – Bloc 3

Vorlagen 2, 3, 5–10, 13–16 – Projets 2, 3, 5–10, 13–16

Fricker Jonas (G, AG): Mein Minderheitsantrag II will eine kleine, aber effektive Erhöhung des Zahlungsrahmens der Vorlage 7 um 7 Millionen Franken, und zwar explizit für den Verbund der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Diese umfassen das grösste sowie aufgrund des Milizsystems kostengünstigste Netzwerk, bestehend aus schätzungsweise 100 000 Personen. Sie sind in rund 160 Fachgesellschaften, 100 ständigen Kommissionen sowie 29 kantonalen Gesellschaften organisiert.

Obwohl sie als Institutionen der Forschungsförderung das zentrale Netzwerk darstellen, welches alle Akteure auf einer unabhängigen wissenschaftlichen Plattform verknüpft, verzeichneten die Akademien der Wissenschaften Schweiz in den vergangenen Jahren ein unterdurchschnittliches Wachstum ihres Finanzvolumens. Die Akademien bilden das Forschungsförderungsorgan für fünf Punkte: die Früherkennung und Expertise gesellschaftlich relevanter Themen in Bildung, Forschung und Innovation; die Koordination von

AB 2016 N 973 / BO 2016 N 973

anspruchsvollen Projekten; die Vernetzung verschiedener Akteure in Wissenschaft und Gesellschaft; den Einsatz für das Bewusstsein und die Wahrnehmung ethisch begründeter Verantwortung; und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses. Es sind also ganz wesentliche Aufgaben.



Die Akademien sind der grösste Träger von geisteswissenschaftlichen Datenbanken in der Schweiz. Die Reduktion des beantragten Kredites für das Daten- und Dienstleistungszentrum für die Geisteswissenschaften um 50 Prozent gefährdet dessen ordentlichen Betrieb ab 2017. Dies führt dazu, dass digitale Editionen und Forschungsdaten nicht wie geplant zielgerichtet verknüpft und zukunftsfähig archiviert werden können, was zu einem Verlust von Arbeit und Investitionen von Generationen von Forschern führt. Dies betrifft die digitale Reproduktion von historischen Handschriften genauso wie qualitative und quantitative Forschungsergebnisse der letzten zwanzig Jahre. Es besteht das Risiko, dass die Forschung in der Schweiz den Anschluss an die "digital humanities" verliert. Zahlreiche Disziplinen, Hochschulen und Forschungsstätten würden Folgekosten tragen, welche weit höher ausfallen würden als die bundesseitig vermeintlich erzielten Einsparungen. Ungünstig auswirken würden sich die finanziellen Abstriche auch auf die Verbreitung der Forschungsergebnisse im Bereich Energie und Ressourcen sowie auf die Planung von Investitionen in Forschungsinfrastrukturen von übergeordneter Bedeutung, insbesondere in den Bereichen Astronomie, Physik und Biologie. Ebenfalls unter Druck geraten würden die regionalen Aktivitäten von naturforschenden Gesellschaften. Dies trifft vor allem auch die Bevölkerung in nichtuniversitären Kantonen. Die finanzielle Verknappung würde auch die Aussenstellen von Science et Cité in der Romandie und im Tessin gefährden. Stark reduziert werden müssten schliesslich die Verbreitung und die Förderung von technischen Lösungen für eine alternde Bevölkerung. Die wirklich nur kleine Erhöhung von 7 Millionen Franken entspricht 1,6 Promille des Zahlungsrahmens und bringt, dank der Vervielfachung durch die vielen Freiwilligen und das Miliznetzwerk der Akademien der Wissenschaften Schweiz, ein Mehrfaches an Wirkung. Ich bitte Sie, meiner Minderheit zuzustimmen.

Marti Min Li (S, ZH): Einer der von Politikerinnen und Politikern aller Parteien wohl am häufigsten geäusserten Sätze, den wir auch heute sehr oft gehört haben, ist, dass Bildung die einzige Ressource der Schweiz ist. Wenn man aber gleichzeitig nicht bereit ist, den Hochschulen, der Weiterbildung, den Forschungseinrichtungen oder der Innovationsförderung die entsprechenden Mittel zukommen zu lassen, verkommt das Bekenntnis letztlich zur Sonntagsrede.

Die rein finanzpolitische Diskussion der Bildungsausgaben greift zu kurz. Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation, in den wissenschaftlichen Nachwuchs und in die Weiterbildung zahlen sich für die Schweiz und für die Schweizer Wirtschaft aus. Wir können nicht gleichzeitig den Fachkräftemangel oder die vielen deutschen Professoren beklagen und nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Bildung und Forschung, das haben wir heute häufig gehört, haben in den letzten Jahren massive Fortschritte gemacht. Jetzt werden diese Fortschritte durch eine sehr kurzfristige Sicht aufs Spiel gesetzt. Die rein finanzpolitische Betrachtung greift auch deshalb zu kurz, weil dieses Parlament und auch diejenigen Parteien, die diese Argumentation vertreten, bei vielem anderem nur wenige finanzpolitische Bedenken zeigen.

In diesem Block geht es um die Förderung der Hochschulen, die Förderung von Forschung und Innovation, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich, die Weiterbildung, Stipendien und Ausbildungsbeiträge. All diese Bereiche sind für die Weiterentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes eminent wichtig.

Ich bitte Sie daher, den Anträgen der WBK-Mehrheit zuzustimmen.

Fricker Jonas (G, AG): Der dritte Block beinhaltet drei Gesetzesänderungen, ein neues Gesetz und acht Bundesbeschlüsse. Die grüne Fraktion stimmt den Gesetzesänderungen zu und freut sich explizit über das neue und sehr schlanke Bildungszusammenarbeitsgesetz. Damit erhält der Bund die Möglichkeit, die Zusammenarbeit und Koordination in einer Vereinbarung mit den Kantonen einheitlich zu regeln. Heute gibt es eine Vielzahl von verschiedenen Erlassen, die das regeln. Wir sind gespannt auf die konkreten Auswirkungen dieses Gesetzes und hoffen, dass es sich positiv auf die Zusammenarbeit mit den Kantonen und der EDK sowie auf den digitalen und analogen Bildungsraum Schweiz auswirkt.

Bei sieben Bundesbeschlüssen folgt die grüne Fraktion dem Kompromissantrag der WBK-Mehrheit. Wir erachten diesen Zahlungsrahmen als absolut notwendig. Bei Vorlage 7, dem Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 2017–2020, unterstützen wir die Minderheit II (Fricker).

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben wiederum ein Zeitproblem. Da Herr Bundespräsident Schneider-Ammann auf sein Votum verzichtet und die Berichterstatter sich kurzfassen werden, mache ich Ihnen beliebt, die Abstimmungen noch heute durchzuführen. – Sie sind damit einverstanden.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich versuche, es kurz zu machen, obwohl es halt schon



um sehr gewichtige Dinge geht. Namentlich geht es um die ganze Universitätslandschaft, um die ganze Fachhochschul-Landschaft, um die KTI, um Innosuisse, um den Nationalfonds, um das ganze Stipendienwesen, um die Weiterbildung, um die internationalen Beteiligungen und um die restlichen Bundesbeschlüsse. Ich bin schon bereit, hier Gas zu geben. Aber es ist halt offenbar nicht die prioritäre Aufgabe, diesen Vorlagen das nötige Gewicht beizumessen.

Ich möchte nur zwei, drei Dinge erwähnen. Wir haben das neue Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, in dem wir jetzt die Universitäten, die Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen subsumiert haben. Dort sind die grossen Steigerungspotenziale bei den Studentenzahlen. Es gibt auch neue Aufgaben, namentlich bei der akademischen Karriere, die man finanzieren sollte. Das kann man nur tun, wenn man auch die entsprechenden Mittel einstellt. Ich wiederhole mich, aber offenbar nützt das heute nichts.

Ich möchte noch den Bundesbeschluss 9 erwähnen. Dort bitte ich Sie wirklich, sich zu überlegen, ob Sie nicht einmal über Ihren eigenen Schatten springen könnten. Bei diesen Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung stehen namentlich das CSEM in Yverdon, der Balgrist-Campus, wo man Biobanken einführen will, und die Sitem Insel für transnationale Medizin hier vor den Toren Berns im Zentrum. Das Problem ist einfach: Wenn wir hier den Zahlungsrahmen nicht à la Mehrheit der WBK erhöhen, werden die Kantone ihren Beitrag ebenfalls ungenügend leisten. Dann kann man diese Projekte wahrscheinlich nicht realisieren.

Ich bitte Sie, wenigstens beim Bundesbeschluss 9 über Ihren eigenen Schatten zu springen und der Mehrheit der WBK zuzustimmen. Sonst können wir diese Projekte nicht machen. Das war und ist eine klare Aussage. Sonst muss ich nichts ausführen.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR), pour la commission: Sachant que vous êtes tous bilingues, je vais tout simplement renoncer à répéter ce que le rapporteur de langue allemande vient de dire.

Pour terminer, je vous dis tout simplement merci de soutenir les trois révisions mineures de loi, ainsi que la nouvelle loi réglant la coopération entre les cantons et la Confédération. Merci également – il faut se battre jusqu'à la fin – de soutenir le concept proposé par la commission pour corriger le décalage entre les objectifs et les moyens fixés dans le cadre de ce message. Merci de croire en la formation. Merci de voter en faveur des propositions de la commission.

AB 2016 N 974 / BO 2016 N 974

13. Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

13. Loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung; Art. 70

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule; ch. I introduction; art. 70

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 75

Antrag der Kommission

Abs. 1bis

Das Gesuch um Beitragsberechtigung ist innerhalb eines Monats nach der institutionellen Akkreditierung beim Bundesrat einzureichen.

Abs. 2

... bleiben bis zur Entscheidung des Bundesrates über die Beitragsberechtigung nach diesem Gesetz bestehen. Die pädagogischen Hochschulen ...



Art. 75

Proposition de la commission

Al. 1bis

La demande de reconnaissance du droit aux contributions doit être déposée auprès du Conseil fédéral dans un délai d'un mois après l'accréditation d'institution.

Al. 2

... est acquis jusqu'à ce que le Conseil fédéral statue sur le droit aux contributions des institutions concernées par la présente loi. Les hautes écoles ...

Angenommen – Adopté

Art. 78 Abs. 2, 3; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 78 al. 2, 3; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13527)

Für Annahme des Entwurfes ... 177 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

14. Bundesgesetz über Stipendien an ausländische Studierende und Kunstschaftende in der Schweiz

14. Loi fédérale concernant l'attribution de bourses à des étudiants et artistes étrangers en Suisse

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13528)

Für Annahme des Entwurfes ... 177 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(0 Enthaltungen)

15. Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation

15. Loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission



Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13529)

Für Annahme des Entwurfes ... 183 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

**16. Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz
16. Loi fédérale sur la coopération entre la Confédération et les cantons dans l'espace suisse de formation**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13530)

Für Annahme des Entwurfes ... 185 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

**2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Weiterbildung in den Jahren 2017–2020
2. Arrêté fédéral relatif au financement de la formation continue pendant les années 2017–2020**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

... von 45,7 Millionen Franken ...



AB 2016 N 975 / BO 2016 N 975

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)
... von 24,5 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
... von 26,6 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
... von 24,5 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Un plafond de dépenses de 45,7 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)
Un plafond de dépenses de 24,5 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
Un plafond de dépenses de 26,6 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
Un plafond de dépenses de 24,5 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13531)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13532)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 101 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 79 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13533)

Für Annahme der Ausgabe ... 183 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen



(1 Enthaltung)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise*

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13534)

Für Annahme des Entwurfes ... 134 Stimmen

Dagegen ... 51 Stimmen

(1 Enthaltung)

3. Bundesbeschluss über die Finanzierung von Beiträgen an die Kantone für Ausbildungsbeiträge in den Jahren 2017–2020

3. Arrêté fédéral relatif au financement des contributions allouées aux cantons en matière d'aides à la formation pendant les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

... von 161,9 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Rösti, Tuena)

... von 97,5 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

... von 105,5 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

... von 97,5 Millionen Franken ...



Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Un plafond de dépenses de 161,9 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Un plafond de dépenses de 97,5 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Un plafond de dépenses de 105,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Un plafond de dépenses de 97,5 millions de francs ...

AB 2016 N 976 / BO 2016 N 976

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13535)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 67 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13536)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 100 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 80 Stimmen

(7 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13537)

Für Annahme der Ausgabe ... 185 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13538)

Für Annahme des Entwurfes ... 141 Stimmen

Dagegen ... 45 Stimmen





(1 Enthaltung)

5. Bundesbeschluss über die Kredite nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz in den Jahren 2017–2020

5. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués en vertu de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles pendant les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

... von 2859,9 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

... von 2634,8 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

... von 2852,1 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

... von 2634,8 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Un plafond de dépenses de 2859,9 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Un plafond de dépenses de 2634,8 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Un plafond de dépenses de 2852,1 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN



(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Un plafond de dépenses de 2634,8 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13539)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 94 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 86 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13540)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13541)

Für Annahme der Ausgabe ... 179 Stimmen

Dagegen ... 6 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Mehrheit WBK-NR

... von 2213,8 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

... von 2056,8 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

... von 2226,5 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

... von 2056,8 Millionen Franken ...

AB 2016 N 977 / BO 2016 N 977

Art. 2

Proposition de la majorité CSEC-CN

Un plafond de dépenses de 2213,8 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Un plafond de dépenses de 2056,8 millions de francs ...





Proposition de la majorité CdF-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
Un plafond de dépenses de 2226,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
Un plafond de dépenses de 2056,8 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote
(namentlich – nominatif; 16.025/13542)
Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 96 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 82 Stimmen
(7 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
(namentlich – nominatif; 16.025/13543)
Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 66 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 16.025/13544)
Für Annahme der Ausgabe ... 180 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Abs. 1

... von 559 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 462 Millionen Franken ...

b. ... um 97 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Abs. 1

... von 480,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 398,7 Millionen Franken ...

b. ... um 81,9 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR



(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 513 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 425,6 Millionen Franken ...

b. ... um 87,4 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 480,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 398,7 Millionen Franken ...

b. ... um 81,9 Millionen Franken ...

Art. 3

Proposition de la majorité CSEC-CN

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 559 millions de francs ...

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 462 millions de francs ...

b. ... est augmenté de 97 millions de francs ...

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 480,6 millions de francs ...

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 398,7 millions de francs ...

b. ... est augmenté de 81,9 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 513 millions de francs ...

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 425,6 millions de francs ...

b. ... est augmenté de 87,4 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 480,6 millions de francs ...

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 398,7 millions de francs ...



b. ... est augmenté de 81,9 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13545)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 67 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13546)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 77 Stimmen

(6 Enthaltungen)

AB 2016 N 978 / BO 2016 N 978

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13547)

Für Annahme der Ausgabe ... 180 Stimmen

Dagegen ... 5 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Abs. 1

... von 213,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

... werden 94,6 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 233,1 Millionen Franken ...

Abs. 2

... werden 103,7 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 213,6 Millionen Franken ...

Abs. 2





... werden 94,6 Millionen Franken ...

Art. 4

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 213,6 millions de francs ...

Al. 2

... un montant de 94,6 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 233,1 millions de francs ...

Al. 2

... un montant de 103,7 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 213,6 millions de francs ...

Al. 2

... un montant de 94,6 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13548)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13549)

Für Annahme der Ausgabe ... 176 Stimmen

Dagegen ... 7 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13550)

Für Annahme des Entwurfes ... 135 Stimmen

Dagegen ... 46 Stimmen

(0 Enthaltungen)

6. Bundesbeschluss über die Kredite für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung und für Stipendien an ausländische Studierende und Kunstschafter in den Jahren 2017–2020

6. Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour la coopération internationale en matière d'éducation et pour les bourses allouées à des étudiants et artistes étrangers pendant les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 22,5 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2016 N 979 / BO 2016 N 979

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 24,4 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 22,5 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN



(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 22,5 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 24,4 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 22,5 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13551)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 113 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen

(1 Enthaltung)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13552)

Für Annahme der Ausgabe ... 174 Stimmen

Dagegen ... 9 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)

Abs. 1

... von 37,8 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 41 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)



Abs. 1

... von 37,8 Millionen Franken ...

Art. 2

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Mürli, Pieren, Röstli, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 37,8 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 41 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 37,8 millions de francs ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13553)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 113 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13554)

Für Annahme der Ausgabe ... 172 Stimmen

Dagegen ... 12 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13555)

Für Annahme des Entwurfes ... 128 Stimmen

Dagegen ... 55 Stimmen



(0 Enthaltungen)

AB 2016 N 980 / BO 2016 N 980

7. Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 2017–2020

7. Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour les institutions chargées d'encourager la recherche pendant les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

... von 4083,5 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II WBK-NR

(Fricker, Aebischer Matthias, Graf Maya, Marti, Munz, Reynard)

... von 4282 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

... von 4428,5 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

... von 4083,5 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Un plafond des dépenses de 4083,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CSEC-CN



(Fricker, Aebischer Matthias, Graf Maya, Marti, Munz, Reynard)
Un plafond des dépenses de 4282 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
Un plafond des dépenses de 4428,5 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
Un plafond des dépenses de 4083,5 millions de francs ...

Art. 2

Antrag der Mehrheit WBK-NR
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I WBK-NR
(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

- ...
- a. 271,1 Millionen Franken ...
 - b. 95,7 Millionen Franken ...
 - c. 33,1 Millionen Franken ...
 - d. 28,7 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

- ...
- a. 294,1 Millionen Franken ...
 - b. 103,6 Millionen Franken ...
 - c. 36,3 Millionen Franken ...
 - d. 31,1 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

- ...
- a. 271,1 Millionen Franken ...
 - b. 95,7 Millionen Franken ...
 - c. 33,1 Millionen Franken ...
 - d. 28,7 Millionen Franken ...

Art. 2

Proposition de la majorité CSEC-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CSEC-CN
(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

- ...
- a. un montant maximal de 271,1 millions de francs ...
 - b. un montant maximal de 95,7 millions de francs ...



- c. un montant maximal de 33,1 millions de francs ...
- d. un montant maximal de 28,7 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

...

- a. un montant maximal de 294,1 millions de francs ...
- b. un montant maximal de 103,6 millions de francs ...
- c. un montant maximal de 36,3 millions de francs ...
- d. un montant maximal de 31,1 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

...

- a. un montant maximal de 271,1 millions de francs ...
- b. un montant maximal de 95,7 millions de francs ...
- c. un montant maximal de 33,1 millions de francs ...
- d. un montant maximal de 28,7 millions de francs ...

Art. 3

Antrag der Mehrheit WBK-NR
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2016 N 981 / BO 2016 N 981

Antrag der Minderheit I WBK-NR
(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)
... höchstens 403,5 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
... höchstens 437,1 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
... höchstens 403,5 Millionen Franken ...

Art. 3

Proposition de la majorité CSEC-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CSEC-CN
(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)
... un montant maximal de 403,5 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral





Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

... un montant maximal de 437,1 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

... un montant maximal de 403,5 millions de francs ...

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Die Abstimmungen gelten jeweils für die Artikel 1 bis 3. Die Anträge der Minderheit II (Fricker) der WBK werden als Konzept betrachtet, wobei in den Artikeln 2 und 3 der Antrag der Mehrheit der WBK respektive der FK – gemäss Bundesrat – übernommen wird.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13556)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II WBK-NR ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13557)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13558)

Für Annahme der Ausgabe ... 176 Stimmen

Dagegen ... 7 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13559)

Für Annahme des Entwurfes ... 135 Stimmen

Dagegen ... 45 Stimmen

(0 Enthaltungen)

8. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Tätigkeiten der Kommission für Technologie und Innovation in den Jahren 2017–2020

8. Arrêté fédéral sur le financement des activités de la Commission pour la technologie et l'innovation pendant les années 2017–2020



Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Abs. 1

... von 956,2 Millionen Franken ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 906,1 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. 133 Millionen Franken ...

b. 33,1 Millionen Franken ...

c. 67 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 979,7 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. 144,2 Millionen Franken ...

b. 36,3 Millionen Franken ...

c. 72,7 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 906,1 Millionen Franken ...

AB 2016 N 982 / BO 2016 N 982

Abs. 2

...

a. 133 Millionen Franken ...

b. 33,1 Millionen Franken ...

c. 67 Millionen Franken ...

Art. 1



Proposition de la majorité CSEC-CN

Al. 1

Un plafond de dépenses de 956,2 millions de francs ...

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 906,1 millions de francs ...

Al. 2

...

- a. un montant maximal de 133 millions de francs ...
- b. un montant maximal de 33,1 millions de francs ...
- c. un montant maximal de 67 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 979,7 millions de francs ...

Al. 2

...

- a. un montant maximal de 144,2 millions de francs ...
- b. un montant maximal de 36,3 millions de francs ...
- c. un montant maximal de 72,7 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 906,1 millions de francs ...

Al. 2

...

- a. un montant maximal de 133 millions de francs ...
- b. un montant maximal de 33,1 millions de francs ...
- c. un montant maximal de 67 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13560)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 95 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 80 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13561)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 64 Stimmen

(1 Enthaltung)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote



(namentlich – nominatif; 16.025/13562)
Für Annahme der Ausgabe ... 176 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Mehrheit WBK-NR
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR
(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)
Abs. 1
... von 199 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
Abs. 1
... von 217,4 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
Abs. 1
... von 199 Millionen Franken ...

Art. 2

Proposition de la majorité CSEC-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN
(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Müri, Pieren, Röstli, Tuena)
Al. 1
Un crédit d'engagement de 199 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN
(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)
Al. 1
Un crédit d'engagement de 217,4 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN
(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)
Al. 1
Un crédit d'engagement de 199 millions de francs ...

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 16.025/13563)



Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 116 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13564)

Für Annahme der Ausgabe ... 174 Stimmen

Dagegen ... 7 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2016 N 983 / BO 2016 N 983

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13565)

Für Annahme des Entwurfes ... 158 Stimmen

Dagegen ... 21 Stimmen

(0 Enthaltungen)

9. Bundesbeschluss über die Kredite für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung in den Jahren 2017–2020

9. Arrêté fédéral ouvrant des crédits en faveur d'établissements de recherche d'importance nationale pour les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Abs. 1

... von 422 Millionen Franken ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Abs. 2bis

Aus dem Zahlungsrahmen können höchstens 186 Millionen Franken für die Unterstützung von Technologiekompetenzzentren nach Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe c FIG eingesetzt werden.

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 365,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

... höchstens 38,3 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 395,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

... höchstens 41,4 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 365,6 Millionen Franken ...

Abs. 2

... höchstens 38,3 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Al. 1

Un plafond de dépenses de 422 millions de francs ...

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis

Sur le plafond de dépenses défini à l'article 1, un montant maximal de 186 millions de francs peut être affecté au soutien accordé aux centres de compétences technologiques selon l'article 15 alinéa 3 lettre c LERI.

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 365,6 millions de francs ...

Al. 2

... un montant maximal de 38,3 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 395,6 millions de francs ...

Al. 2

... un montant maximal de 41,4 millions de francs ...



Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 365,6 millions de francs ...

Al. 2

... un montant maximal de 38,3 millions de francs ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13566)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 113 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 64 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13567)

Für den Antrag der Mehrheit FK-NR ... 89 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR ... 83 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13568)

Für Annahme der Ausgabe ... 170 Stimmen

Dagegen ... 9 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 16.025/13569)

Für Annahme des Entwurfes ... 132 Stimmen

Dagegen ... 45 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2016 N 984 / BO 2016 N 984

10. Bundesbeschluss über die Kredite für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020

10. Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour la coopération internationale dans le domaine de la recherche et de l'innovation pendant les années 2017–2020

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission





Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 13,9 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 14,9 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 13,9 Millionen Franken ...

Art. 1

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 13,9 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 14,9 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 13,9 millions de francs ...

Art. 2

Antrag der Mehrheit WBK-NR



Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 7,6 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 8,3 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 7,6 Millionen Franken ...

Art. 2

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 7,6 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 8,3 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 7,6 millions de francs ...

Art. 3

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 51 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 55,2 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 51 Millionen Franken ...

AB 2016 N 985 / BO 2016 N 985

Art. 3

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 51 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 55,2 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 51 millions de francs ...

Art. 4

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 58 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 62,7 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR



(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Abs. 1

... von 58 Millionen Franken ...

Art. 4

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 58 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 62,7 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'engagement de 58 millions de francs ...

Art. 5

Antrag der Mehrheit WBK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit WBK-NR

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Abs. 1

... von 599,7 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 561,3 Millionen Franken ...

b. Verpflichtungskredit von 38,4 Millionen Franken ...

Antrag der Mehrheit FK-NR

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I FK-NR

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Abs. 1

... von 645,9 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 604,5 Millionen Franken ...

b. Verpflichtungskredit von 41,3 Millionen Franken ...

Antrag der Minderheit II FK-NR

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)



Abs. 1

... von 599,7 Millionen Franken ...

Abs. 2

...

a. Verpflichtungskredit von 561,3 Millionen Franken ...

b. Verpflichtungskredit von 38,4 Millionen Franken ...

Art. 5

Proposition de la majorité CSEC-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité CSEC-CN

(Keller Peter, Dettling, Glauser, Herzog, Muri, Pieren, Rösti, Tuena)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 599,7 millions de francs ...

AB 2016 N 986 / BO 2016 N 986

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 561,3 millions de francs ...

b. un crédit d'engagement de 38,4 millions de francs ...

Proposition de la majorité CdF-CN

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I CdF-CN

(Maire Jacques-André, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Heim, Meyer Mattea)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 645,9 millions de francs ...

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 604,5 millions de francs ...

b. un crédit d'engagement de 41,3 millions de francs ...

Proposition de la minorité II CdF-CN

(Keller Peter, Aeschi Thomas, Frehner, Grin, Grüter, Hausammann, Müller Thomas, Pezzatti, Schwander, Solberger, Vitali)

Al. 1

Un crédit d'ensemble de 599,7 millions de francs ...

Al. 2

...

a. un crédit d'engagement de 561,3 millions de francs ...

b. un crédit d'engagement de 38,4 millions de francs ...

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Die folgende Abstimmung gilt für die Artikel 1 bis 5.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.025/13570)

Für den Antrag der Mehrheit WBK-NR/Mehrheit FK-NR ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit WBK-NR/Minderheit II FK-NR ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 3 Abs. 1 – Art. 3 al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote





(namentlich – nominatif; 16.025/13571)
Für Annahme der Ausgabe ... 161 Stimmen
Dagegen ... 14 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Art. 4 Abs. 1 – Art. 4 al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 16.025/13572)
Für Annahme der Ausgabe ... 159 Stimmen
Dagegen ... 16 Stimmen
(1 Enthaltung)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Art. 5 Abs. 1 – Art. 5 al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 16.025/13573)
Für Annahme der Ausgabe ... 166 Stimmen
Dagegen ... 10 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Art. 6

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 16.025/13574)
Für Annahme des Entwurfes ... 120 Stimmen
Dagegen ... 51 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2016 • Siebente Sitzung • 09.06.16 • 08h00 • 16.025
Conseil national • Session d'été 2016 • Septième séance • 09.06.16 • 08h00 • 16.025



Angenommen – Adopté

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Ich bedanke mich bei den Berichterstattern der federführenden WBK, Herrn Wasserfallen und Frau Bulliard, und bei den Sprechern der mitberichtenden Finanzkommission, den Herren Hausammann und Bourgeois.

Wir sind damit am Ende dieses Geschäftes angelangt. Ich danke Ihnen bestens, dass Sie ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen einen schönen Rest der Woche sowie ein schönes Wochenende. *(Beifall)*

Schluss der Sitzung um 13.25 Uhr

La séance est levée à 13 h 25

AB 2016 N 987 / BO 2016 N 987

